Steffen Werner

Die 2. babylonische Gefangenschaft

Das Schicksal der Juden im europäischen Osten



Steffen Werner

Die zweite babylonische Gefangenschaft

Zum Schicksal der Juden im Osten seit 1941

SELBSTVERLAG STEFFEN WERNER · PFULLINGEN

Vor- und Nachsatz:
Deutsche Heereskarte 1941, Osteuropa, Blatt-Nr. U 54 Minsk (Ausschnitt),
mit zwei Nachträgen aus II.43 und aus VIII.43.

© 1990 by Steffen Werner, Pfullingen

Printed in Germany

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlags sind Vervielfältigungen dieses Buches oder von Buchteilen auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

I. Die These

In diesem Buch wird eine sehr ungewöhnliche These vorgestellt, die deshalb auch ein etwas ungewöhnliches Vorwort verdient. Ich habe Bedenken, diese These zu Papier zu bringen, da sie sich unglaublich, ja geradezu ungeheuerlich anhört. Sie erscheint völlig absurd, aber sie ist – so meine feste Überzeugung – wahr und auch beweisbar!

Die These befaßt sich mit einem der schauerlichsten Vorgänge der Zeitgeschichte, der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Ich behaupte, 1. die Endlösung der Judenfrage bestand darin, daß die Juden im Ostteil von Weißruthenien angesiedelt wurden; 2. Dort werden sie heute noch von der Sowjetunion in einer Art Gefangenschaft gehalten! Ich weiß, das klingt völlig unsinnig, und ich erwarte von niemandem, daß er dieser These einfach so Glauben schenkt! Ich erwarte allerdings von jedem – oder besser von jedem an der Wahrheit Interessierten –, daß er diese These prüft, zumindest insoweit, als er dieses und das nächste Kapitel – sie sind beide kurz – liest, und sich erst dann entscheidet, ob diese These tatsächlich so absurd ist, wie es zunächst erscheint. Vielleicht gelingt es mir – und das hoffe ich –, den Leser so weit nachdenklich zu machen, daß er die folgenden etwas umfangreicheren Kapitel ebenfalls prüft. Ich bin davon überzeugt, daß ich den gewissenhaften Leser, der sich die Mühe macht, die Arbeit aufmerksam durchzulesen, von der Richtigkeit der These überzeugen kann. Ich bin auch sicher, daß alle Punkte, die offensichtlich zunächst gegen diese These zu sprechen scheinen, letztlich für mich sogar hilfreich sind, wenn der Leser erst mit bestimmten Fakten vertraut gemacht ist, die zwar weitgehend den Fachleuten bekannt, aber bislang nur isoliert betrachtet wurden. Ich muß allerdings auch darauf hinwei-

sen, daß es sich bei dem Beweis um einen Indizienbeweis handelt, mit allen Vorzügen und Nachteilen eines solchen.

Bevor ich direkt zur Sache komme, möchte ich – und das erscheint mir notwendig – beschreiben, wie ich dazu gekommen bin, diese anscheinend so widersinnige These aufzustellen, da ich meine, daß das für den Leser hilfreich ist. Ich bin Mathematiker und freiberuflich in der Datenverarbeitung tätig. In meiner Freizeit befasse ich mich mit wissenschaftlichen Fragen aus dem Bereich der Zeitgeschichte. Durch persönliche Umstände – ich komme aus Dresden – waren das Probleme der sogenannten DDR-Forschung, und ich habe hierzu auch verschiedene Arbeiten veröffentlicht.[1] Der Problemkreis «Drittes Reich« hatte mich zunächst überhaupt nicht interessiert. Bezüglich der Endlösung der Judenfrage habe ich die allgemeine Meinung der meisten politisch Interessierten in der Bundesrepublik Deutschland geteilt, daß die Juden in Auschwitz ermordet wurden. Diese Meinung stützte sich dabei weniger auf detaillierte Kenntnisse, sondern mehr auf allgemeine Eindrücke.

1978 begann ich, mich mit der Totalitarismus-Theorie zu befassen, da ich hierzu eine in verschiedenen Punkten abweichende Meinung von der allgemein vertretenen Theorie hatte. In diesem Zusammenhang wollte ich die Endlösung der Judenfrage als Beleg für eine bestimmte These heranziehen. Für die Ermordung von Millionen Juden schien mir die nationalsozialistische Weltanschauung verantwortlich zu sein.

Eichmann, der Organisator der Judenvernichtung, mußte sich doch irgendwie gerechtfertigt haben, als er in Jerusalem vor Gericht stand. Ich erwartete, daß Eichmann sein Morden mit der nationalsozialistischen Weltanschauung begründete. Ich suchte in einer öffentlichen Bücherei nach Material und wurde, wie ich zunächst meinte, auch fündig. Ein Buch mit Dokumenten über die nationalsozialistischen Verbrechen war rasch gefunden, darunter ein Abschnitt mit dem sinngemäßen Titel: »Eichmann über die Endlösung«.[2] Zu Hause begann ich, den einschlägigen Abschnitt zu überfliegen, da ich sofort zum Kern kommen wollte, nur erlebte ich eine Überraschung. Der Text war schockierend ob seiner »Be-

langlosigkeit«! Zwar kamen schreckliche Dinge zur Sprache, aber über Auschwitz, über den Massenmord wurde nicht gesprochen. Erst bei erneutem genauen Lesen fand ich sinngemäß den Nebensatz: »... das war im Osten, und da wurde ja gemordet«[3]. Doch kein Aufschrei, kein energisches Nachfragen, das Gespräch ging weiter, als sei Belangloses gesagt. Zunächst war ich irritiert, zum Schluß nur noch verärgert, weil ich mit meiner Arbeit nicht weiter kam, ich suchte letztlich ja nur das erwartete Zitat.

Doch wie weiter? Ich überlegte und erinnerte mich an eine Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* zu dem Thema. Zwar setzte sich diese Nummer mit den »ewig Gestrigen« auseinander, die den Massenmord an den Juden leugneten, aber vielleicht kam ich über Literaturangaben weiter. Doch dann stieß ich auf die Arbeit von Georges Wellers *Die Zahl der Opfer der »Endlösung und der Korherr-Bericht*[4]. Wellers befaßte sich mit dem Buch eines Paul Rassinier *Was ist Wahrheit?* Die Arbeit beeindruckte mich einerseits durch klare logische Ausführungen, andererseits war ich verblüfft, daß im Kern des Aufsatzes weder von Eichmann noch von Höß oder anderen die Rede war, sondern daß – in einem wesentlichen Bereich – statistisch auf der Basis sowjetischer Volkszählungen argumentiert wurde. Wellers stellte die Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber mit dem Ergebnis: Millionen sowjetischer Juden waren verschwunden, um dann die rhetorische Frage an Paul Rassinier zu stellen: »Wo hat man sie versteckt, damit man sie nirgends finden konnte?«[5] Das zu fragen, fand ich nur recht und billig. Aber wieso war die Frage überhaupt stellbar? War der Massenmord nicht unwiderleglich eindeutig bewiesen? Die Sache schien so doch etwas komplizierter und ganz anders zu sein, als ich gedacht hatte. Damit geriet die logische Kette der Endlösung, so wie ich sie gesehen hatte, ins Wanken. Und ich wurde neugierig, was eigentlich in diesen dubiosen Büchern stand

Durch Zufall gelangte ich an zwei derartige Bücher. Eines war das oben erwähnte *Was ist Wahrheit?*, das andere von Arthur R. Butz *Der Jahrhundertbetrug*. Rassiniers Buch fand ich wenig aufschlußreich, überrascht war ich nur, daß Rassinier im KZ Buchen-

wald gewesen und im übrigen Franzose war. Zu dem Thema war er gekommen, als er in Berichten von Mithäftlingen ausführliche Schilderungen von Gaskammern in Buchenwald gelesen, aber in Buchenwald nie etwas davon gehört oder gesehen hatte. Substantieller war das Buch von Butz. Er stellte eine Vielzahl von Dokumenten zum Massenmord an Juden vor, um dann Einwände vorzutragen. Diese schienen mir durchaus plausibel. Da er immer mit Quelle zitierte, waren seine Angaben vollständig überprüfbar, für jene sonderbare Literatur, zu der ich das Buch zunächst gerechnet hatte, sehr ungewöhnlich. Auch auf die Frage: »Wo hat man sie versteckt?« hatte Butz eine Antwort. Vereinfacht: Die Juden haben alle überlebt und in einer Art von kollektiver Übereinkunft beschlossen, unauffindbar zu sein, damit später von den Deutschen Wiedergutmachung gefordert werden konnte! Mir erschien das unsinnig, da aber meine These vielen Lesern ähnlich unsinnig erscheinen mag, will ich logische Einwände vortragen. Wenn sich die Juden, was die These impliziert, im Osten befanden, so wurden sie 1944/45 von der Roten Armee befreit. Da die Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland zum überwiegenden Teil an den Staat Israel gezahlt wurden, hätte das bedeutet, daß sich alle diese Menschen veranlaßt gesehen hätten, ihr persönliches Schicksal hintanzustellen, damit ein noch nicht existierender Staat (Israel) von einem darniederliegenden Deutschland, das 1945 mehr der Hilfe bedurfte, als daß es Hilfe geben konnte, dereinst Geld fordern konnte. Vom Hilfsarbeiter bis zum Professor, vom Kind bis zum Greis hätte nicht nur die Gründung des Staates Israel, sondern auch das deutsche Wirtschaftswunder (man beachte Wunder!) erwartet werden müssen, eine wahrlich unglaubliche Leistung. Oder anders herum: Was soll eigentlich einen jüdischen Kaufhausbesitzer veranlassen, auf sein Eigentum, das er doch einfordern konnte, zu Gunsten eines nicht existierenden Staates zu verzichten? Oder noch anders: Was soll eine Mutter – und nicht nur eine – veranlassen, für ihr Kind unauffindbar zu sein? Jüdische Kinder, die ihre Mütter suchen, gibt es genügend!

Nach derartigen Überlegungen nahm ich mir vor, mich mit diesem Thema später einmal ausführlich zu beschäftigen, die Texte

von Butz genau an Hand der Quellen zu überprüfen und, falls die Einwände von Butz standhielten, die Schlüsselfrage: »Was ist aus den Juden geworden?« anzugehen. Vorerst sollte das Thema zurückgestellt werden, da ich spürte, daß es ein typisches Thema ist, in das man sich »verrennen« kann. Die zentrale Frage aber, was aus den Menschen geworden ist, hat mich nicht mehr losgelassen. Denn setzt diese Frage nicht voraus, daß die herrschenden Mächte, so auch das Dritte Reich, eine Antwort verhindern wollten? Was war da auszurichten? Wie war da überhaupt ein Ansatz zu finden, wo eine mögliche Antwort zu suchen? War es nicht aussichtslos, ja vermessen? Es schien zunächst einfach unmöglich. Wie ich dann doch einen Ansatz gefunden, wie ich eine Entdekkung gemacht habe, das soll im nächsten Kapitel beschrieben werden. Davon ausgehend habe ich gezielt Nachforschungen angestellt, die unter Fakten I und Fakten II vorgestellt werden.

II. Die Entdeckung

Ausgangspunkt der Überlegungen: Das unzweifelhafte Ergebnis der Endlösung der Judenfrage war, daß Millionen von Juden, die sich während des Zweiten Weltkrieges in deutschem Gewahrsam befanden, nach dem Kriege verschwunden blieben. Der Weg vieler dieser Juden, besonders aus dem westlichen Teil Europas, ließ sich bis nach Auschwitz genauestens verfolgen. Der Tag des Abtransports aus ihrer Heimat bis hin zur Ankunft in Auschwitz war in den meisten dieser Fälle den Transportlisten zu entnehmen. Nach der Ankunft in Auschwitz wurden diese Menschen einer sogenannten Selektion unterworfen. Die zur Arbeit ausgewählten Juden setzte man in den dem KZ Auschwitz angegliederten Betrieben ein. Von ihnen hat ein beträchtlicher Teil überlebt. Von den anderen Juden fehlt jede Spur. Fest steht ebenfalls, daß die Entscheidung über die Endlösung, was immer sich dahinter verbergen mag, um die Jahreswende 1941/42 getroffen wurde. Soweit die unbestreitbaren Fakten. Anzunehmen ist, daß die Entscheidung letztlich von Hitler getroffen wurde, für den die sogenannte Judenfrage eine zentrale Rolle in seinem Denken spielte. Doch wie jetzt weiter?

Bei meinen Arbeiten zur Totalitarismus-Theorie hatte ich mich eingehend mit den sogenannten Tischgesprächen Hitlers befaßt. Hitler nahm während seines Aufenthaltes im Führerhauptquartier gern eine Mahlzeit in größerer Gesellschaft ein. An diesem Essen nahmen alle teil, die dort gerade anwesend waren, deutsche Gäste, wie z. B. Himmler, und die dort Tätigen, von Bormann angefangen bis hin zur Ehefrau von Hitlers Fahrer. Hitler hat sich hier gern und ausführlich unterhalten und über vielerlei Themen gesprochen, wobei er in der Regel den Hauptteil des Gesprächs bestritt.

Da auch vielerlei prinzipielle Dinge angesprochen wurden, sorgte Bormann dafür, daß diese Ausführungen aufgezeichnet wurden. Heinrich Heims[6] und Dr. Henry Picker[7], beide ins Führerhauptquartier abgeordnet, besorgten das.

Mir fiel auf, daß diese Tischgespräche von Hitler vorwiegend den Zeitraum Mitte 1941 bis Mitte 1942 abdecken und somit großräumig den Bereich, in dem die Entscheidung über die Endlösung fiel.

Eine weitere wichtige Annahme kam hinzu: Man entscheidet nicht über das Schicksal von Millionen von Menschen und bleibt davon völlig unberührt. Sollte das bei Hitler anders sein? Ich bin davon ausgegangen, daß sich in diesen Tischgesprächen oder Monologen von Hitler, wenn auch versteckt, ein kleiner Hinweis auf die Juden finden könnte. Nichts Bedeutendes, schließlich waren die Texte bekannt, ich selbst meinte auch, beide Bücher gründlich gelesen zu haben. War aber nicht irgendwo eine kleine Bemerkung zu dem Thema versteckt, ein Halbsatz, irgend etwas, was leicht zu überlesen war?

Unter diesem Gesichtspunkt begann ich erneut zu lesen. Schließlich fand ich unter dem 25. Oktober 1941 folgendes Zitat:

> »Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrekken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.«[8]

Hitler schickt also die Juden in den Morast.[9] Das war ein Fingerzeig, zumindest ein kleiner. Doch wo liegt dieser Morast? Vermutlich, so meine Gedanken, in der Sowjetunion, da die Entscheidung während des Rußland-Feldzuges gefallen war. Über eine Reihe von Assoziationen, daß z. B. ein Sumpf einem Morast ähnelt, und weiteren Bemerkungen von Hitler, wie: »Sümpfe wollen wir nicht bewältigen. Wir nehmen nur die bessere Erde und zunächst die al-

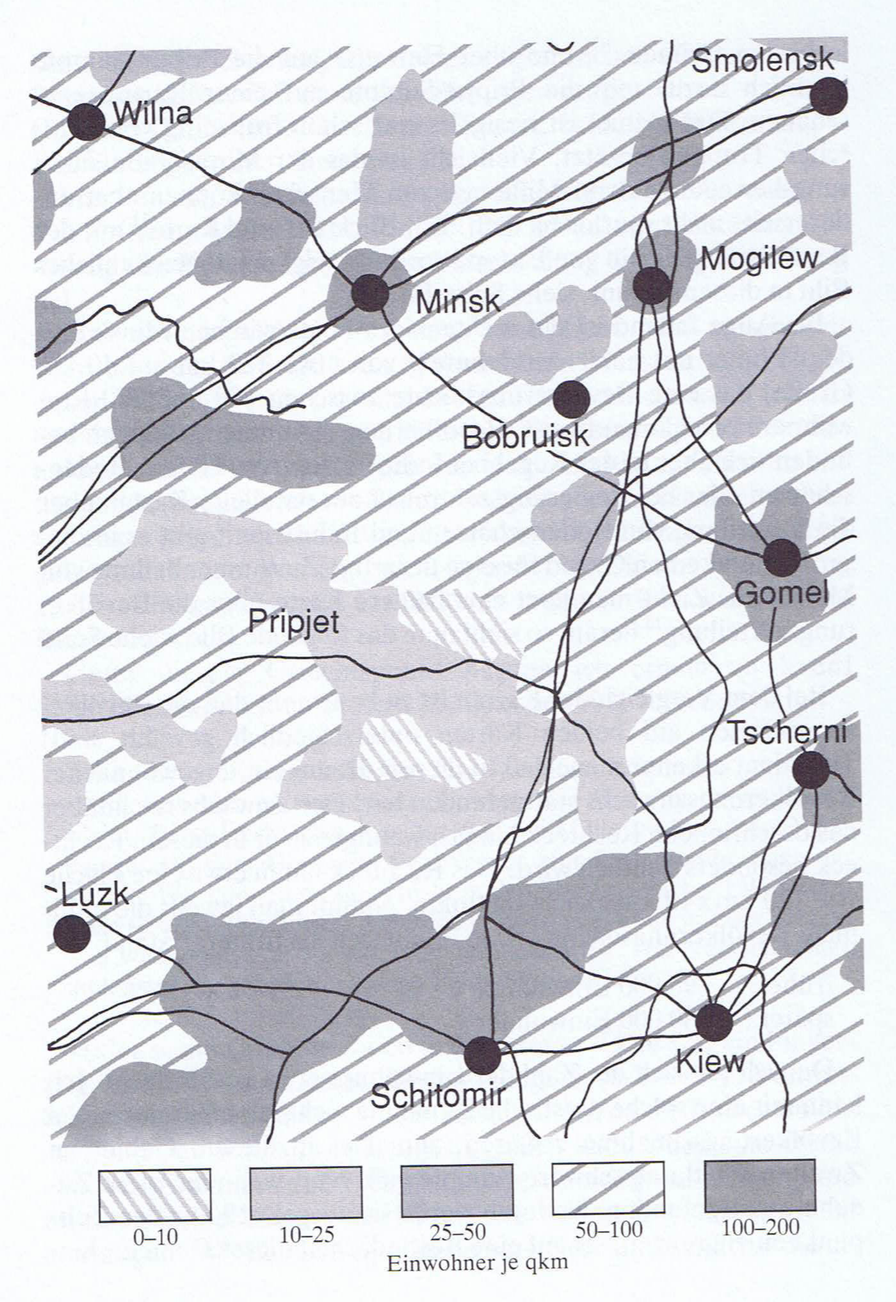
lerbesten Gründe«[10], und über Hinweise auf die Pripjet-Sümpfe kam ich dazu, mir die Pripjet-Sümpfe auf einer Karte anzuschauen. Das Gebiet ist riesig, es war schon frühzeitig von deutschen Truppen besetzt. Vielleicht ist das der Morast? Bevölkerungsbewegungen von Millionen von Menschen können aber andererseits nicht spurlos bleiben! Ein Blick auf eine Karte[11] mit der Bevölkerungsdichte von Europa vor 1969 zeigt ein ungewöhnliches Bild in diesem Raum, siehe Seite 14.

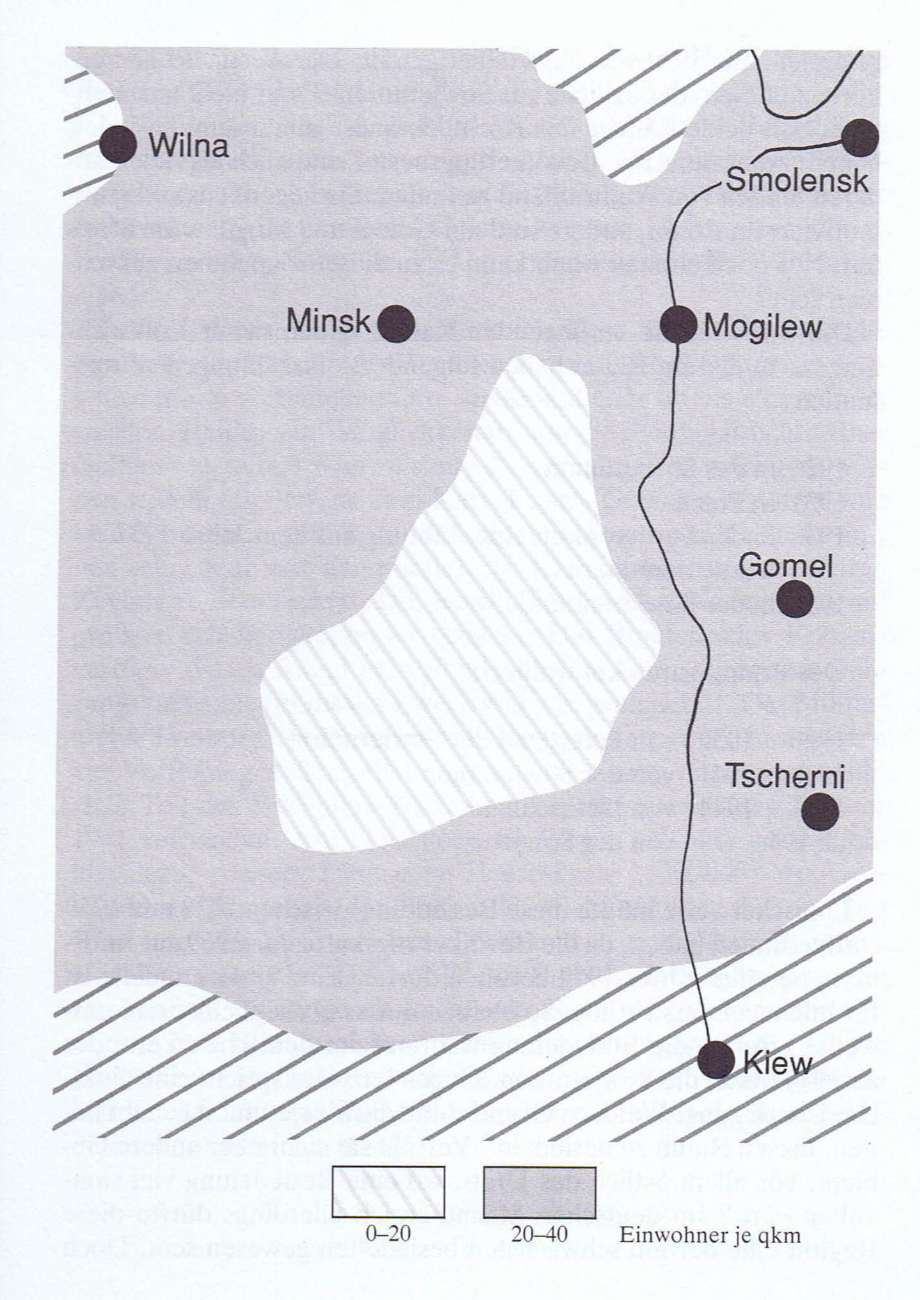
Ins Auge fallend ist ein rechteckiges Feld zwischen Minsk und dem Pripjet mit einer Ausdehnung von etwa 120 km auf 40 km Größe, das eine Bevölkerungsdichte zwischen 100 und 200 Einwohnern pro qkm aufweist. Bevölkerungszusammenballungen befinden sich aber in der Regel bei Industriezentren, Häfen, Bodenschätzen oder bei Regierungszentren. Laut paralleler Karten über die Verteilung von Bodenschätzen und Industrien[12] gibt es in dieser Region keinen Grund für eine derartige Zusammenballung von Menschen. Zieht man jetzt eine frühere Karte über die Bevölkerungsverteilung[13] heran, so sieht man das folgende Bild, siehe Seite 15.

Bei dem Vergleich der Karten ist zu beachten, daß die Bevölkerungsklassen auf beiden Karten unterschiedlich gewählt sind! Trotzdem erkennt man, daß in diesem Raum ein ungewöhnlicher Bevölkerungszuwachs stattgefunden hat. Der Zuwachs reicht über das beschriebene Rechteck hinaus, wenngleich er in diesem Rechteck besonders deutlich wird. Das Rechteck hat in etwa eine Fläche von 120 km x 40 km gleich 4800 qkm. Nimmt man jeweils die minimale Bevölkerungsdichte an, so ergibt sich als früherer Stand:

früher: 96 000 Einwohner
später: 480 000 Einwohner.

Danach hat sich die Zahl der Einwohner etwa verfünffacht. Ich kann mir eine solche drastische Zunahme nicht mit einer normalen Bevölkerungszunahme erklären, zumal es in diesem Gebiet im Zweiten Weltkrieg schwere Kämpfe gab. Nur, wann hat diese Zunahme stattgefunden, wodurch wurde sie ausgelöst? Um den Zeitpunkt einzugrenzen, sei auf eine Besonderheit dieses Gebietes hin-


Smolensk
Wilna
Mogilew
Minsk
Bobruisk
Gomel
Pripjet
Tscherni
Luzk
Kiew
Schitomir
0–10
10–25
25–50
50–100
100–200
Einwohner je qkm


Wilna
Smolensk
Minsk
Mogilew
Gomel
Tscherni
Kiew
0–20
20–40
Einwohner je qkm

gewiesen. Bis 1939 war das Gebiet geteilt. Der westliche Teil gehörte zu Polen, der östliche zur Sowjetunion. Es ist nicht anzunehmen, daß beide Länder das Rechteck quasi gemeinsam besiedelt haben. Aber derartige Bevölkerungsnester sind auch an vielen anderen Stellen von Weißrußland zu finden. Sie liegen teils völlig unmotiviert im Raum, andere sind um Gomel und Mogilew anzutreffen. Nur noch einmal: wann kann es zu diesen Zunahmen gekommen sein?

Die Basis für die vorliegenden Karten bilden sicher Volkszählungen. In diesem Raum haben folgende Volkszählungen stattgefunden:

1926 in der Sowjetunion
1931 in Polen
1939 in der Sowjetunion, eine Zählung aus dem Jahre 1937 wurde annulliert.
1959 in der Sowjetunion.

Der Raum wurde kontrolliert:

1926 – 1939	von Polen und der Sowjetunion
1939 – 1941	von der Sowjetunion
1941 – 1944	von Deutschland
ab 1944	von der Sowjetunion.

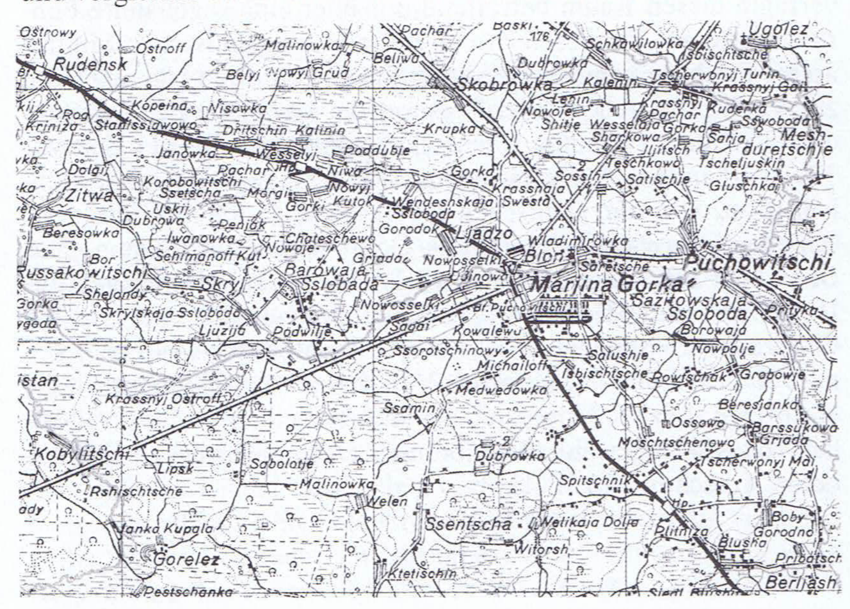
Logischerweise müßte diese Besiedlung zwischen 1939 und 1959 stattgefunden haben, da die Bevölkerungskarte von 1969 auf Informationen des Jahres 1959 beruhen dürfte. Eine andere Quelle ist für mich nicht ersichtlich. So bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder erfolgte die Besiedelung während der deutschen Zeit oder ab 1944 durch die Sowjetunion. Gegen letzteres spricht eine einfache Überlegung: Welchen Grund sollte die Sowjetunion gehabt haben, diesen Raum zu besiedeln? Verfügt sie nicht über andere Gebiete, vor allem östlich des Urals, wo eine Besiedelung viel sinnvoller wäre? Im deutschen Machtbereich allerdings dürfte diese Region eine der am schwächsten besiedelten gewesen sein. Doch

das sind keine Beweise. Konkret also die Frage: Hat es zwischen 1941 und 1944 eine bedeutende Zunahme der Bevölkerung in diesem Raum gegeben? Aufschluß über eine derartige Besiedelung müßten eigentlich die Akten der deutschen Dienststellen in Weißruthenien, wie jenes Gebiet damals hieß, geben. Normalerweise sollten die Akten im Bundesarchiv Koblenz lagern. Nur gibt es dort keine Aktenbestände des Generalkommissars für Weißruthenien![14]

Informationen über Ansiedlungen sollten aber auch deutsche Heereskarten über diesen Raum enthalten. Allerdings ist zu unterscheiden, ob vorhandene Orte ausgebaut oder ob neue gegründet werden. Beides sind Möglichkeiten, um die Siedlungsdichte eines Gebietes zu heben. Um zu sinnvollen Aussagen zu gelangen, werden zudem mindestens zwei Karten eines Gebietes benötigt, und beide müssen innerhalb der deutschen Besatzungszeit erstellt worden sein, denn nur dann hatten die Kartographen unmittelbaren Zugang zu dem Gebiet. Die Beschaffung solcher Karten stieß auf größere Schwierigkeiten als gedacht. Das Bundesarchiv Koblenz verfügte diesen Raum betreffend nur über eine sogenannte Führungskarte, die für diesen Zweck völlig ungeeignet ist. Das Militärarchiv Freiburg konnte einen vollständigen Satz von Heereskarten zur Verfügung stellen, allerdings war die Karte, die den wesentlichen Teil des erwähnten Rechtecks umfaßt, nur aus der Zeit vor 1941 vorhanden. Auf verschiedenen Wegen gelangte ich schließlich dazu, von der Deutschen Heereskarte 1:300000[15] drei verschiedene Ausgaben des Blattes U54 : Minsk zu erhalten. Das Blatt liegt mir aus dem Jahre 1941 und in zwei Nachträgen aus II. 43[16] und aus VIII. 43[17] vor. Dieses Blatt deckt den interessanten Großraum ab, wenngleich das besagte Rechteck nicht oder nur wenig von dem Blatt erreicht wird. Von Bedeutung sind natürlich die Nachträge. Für die Untersuchung wird hier ein Ausschnitt südöstlich von Minsk gewählt. Man betrachte den nachfolgend abgebildeten Ausschnitt aus II. 43:



und vergleiche damit einen Ausschnitt aus der Karte VIII. 1943:



Es ergibt sich folgendes: In diesem Rechteck hat die Zahl der Ortschaften erheblich zugenommen. Waren auf der Karte Stand II. 43 nur 18 Ortschaften verzeichnet, so sind es auf der Karte Stand VIII. 43 mindestens 45 Orte. Wichtig ist dabei der auf dieser Karte neue Ort Marjina Gorka. Er ist mit Abstand der größte Ort dieses Raumes, doch auf der Karte Stand II. 43 ist er überhaupt nicht verzeichnet. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß er neu gegründet wurde. Bei der Bedeutung von Heereskarten für die Kriegführung muß angenommen werden, daß der Stand II. 43 einen aktuellen Stand des Gebietes während der deutschen Besetzung wiedergegeben hat. Aber nicht nur für diesen Kartenausschnitt ist eine erhebliche Zunahme an Orten festzustellen, sondern auch für die weitere Umgebung.

Mit großer Sicherheit kann folglich festgestellt werden: In der beschriebenen Region sind während der deutschen Besetzung neue Orte gegründet und Menschen angesiedelt worden. Die Frage ist, wer dort aus welchem Grund angesiedelt wurde?

Im Vorgriff ein Hinweis, der zunächst paradox erscheint: keine Juden! Der weiterhin interessierte Leser sei auf das folgende Kapitel verwiesen.

Zwei Fragen werden sich sicher auch dem geneigten Leser aufdrängen: Warum hat keiner der von deutscher Seite daran Beteiligten auf eine derartige Ansiedlung nach dem Kriege hingewiesen? Und: Warum melden sich die Juden nicht? Beide Fragen meine ich eindeutig beantworten zu können. Da hierzu aber vielerlei Fakten vorzulegen wären, soll die Antwort auf diese Fragen erst in dem Kapitel »Fragen« gegeben werden.

III. Fakten I

Hier soll Material aus nationalsozialistischer Quelle vorgestellt werden, welches aus meiner Sicht belegt, daß die Endlösung der Judenfrage darin bestand, die Juden nach dem Ostteil von Weißruthenien, genauer nach dem unter Militärverwaltung stehenden Teil Weißrutheniens, umzusiedeln. Das Material wird in logisch zusammengehörende Abschnitte gegliedert. Die Zitate, vor allem von Hitler, werden teilweise sehr ausführlich wiedergegeben, damit soll der Vorwurf vermieden werden, sie seien aus dem Zusammenhang gerissen. Die Schreibweise wurde generell, so wie im Orginal vorgefunden, beibehalten.

A. Hitler

Hitler ist für mich der Mann, der die Macht im Dritten Reich besaß und gegen dessen Willen keine bedeutsame Entscheidung gefällt wurde. Er ist zugleich der Motor der Endlösung der Judenfrage und sah in dieser Lösung zu einem guten Teil seine Lebensaufgabe. Der antisemitische Teil der nationalsozialistischen Weltanschauung wurde vorrangig von Hitler geprägt, der als Führer hier, und vor allem hier, seine Anschauungen durchsetzte.

Gemäß dieser nationalsozialistischen Weltanschauung war es aber, wie ich zu meiner großen Überraschung feststellen mußte, gar nicht nötig, »den Juden« auszurotten. Der Jude ist danach dem Arier, der sich an die Rassegesetze hält, naturgemäß unterlegen. Er kann den Arier im Rassenkampf nur besiegen, wenn er ihn dazu verleitet, die Rassengesetze zu verletzen.[18] Der Arier und die anderen Rassen gewinnen ihre Überlegenheit gegenüber dem Juden

wieder, sobald sie sich rassisch reinhalten. Ohne den Juden, der die Völker gegeneinander aufhetzt, kommt dann angeblich vieles in Ordnung. Oder so Hitler:

»Ein Friede kann nur kommen über eine natürliche Ordnung. Die Ordnung setzt voraus, daß die Nationen sich so ineinanderfügen, daß die Befähigten führen. Der Unterlegene erhält damit mehr, als er aus eigenem würde erreichen können. Durch das Judentum wird diese Ordnung zerstört. Der Bestie, der Niedertracht, der Dummheit verhilft es zum Sieg. 1400 Jahre hat das Christentum gebraucht, um sich zur letzten Bestialität zu entwickeln. Wir dürfen deshalb nicht sagen, daß der Bolschewismus schon überwunden ist. Je gründlicher aber die Juden herausgeworfen werden, desto rascher ist die Gefahr beseitigt. Der Jude ist der Katalysator, an dem sich die Brennstoffe entzünden. Ein Volk, das keine Juden hat, ist der natürlichen Ordnung zurückgegeben.«[19]

»Der Jude« braucht deshalb auch nur isoliert zu werden, er muß nicht getötet werden; es genügt, allen Juden einen gemeinsamen Ort anzuweisen. 1941 hat Hitler sogar Gesichtspunkte formuliert, die dafür sprechen, daß »der Jude« nicht ausgerottet werden darf! Hitler war auf seine Weise ein religiöser Mensch, er glaubte an einen Schöpfer, die Natur, die Vorsehung.[20] Wenn man aber an einen Schöpfer glaubt, stellt sich die Frage, warum dieser »den Juden« geschaffen hat? Hat »der Jude« eine Funktion?

Hitler:

»Wir wissen nicht, welchen Sinn die Einrichtung hat, daß wir den Juden Völker zerstören sehen. Ist es so, daß ihn die Natur geschaffen hat, damit er durch seine Dekomposition andere Völker in Bewegung bringt? Dann sind Paulus und Trotzki die achtungswürdigsten Juden, weil sie dazu am meisten beigetragen haben.«[21]

Hitler hat sich bei seinen »Tischgesprächen« zwischen dem 8. August 1941 und dem 24. Juli 1942 sehr oft über die Juden und das Schicksal, das er ihnen bereitet, geäußert. Zitate:

8. – 11. August 1941:

»Wenn ein Land zu Evakuierungen ein Recht hat, so sind wir es, weil wir unsere eigenen Menschen wiederholt evakuiert haben: Aus Ostpreußen allein sind 800 000 Menschen ausgesiedelt worden. Wie empfindsam wir Deutschen sind, läßt sich daran erkennen, daß es uns ein Äußerstes an Brutalität zu sein schien, unser Land von den 600000 Juden zu befreien, während wir die Evakuierung unserer eigenen Menschen widerspruchslos als etwas hingenommen haben, das sein muß. Wir dürfen von Europa keinen Germanen mehr nach Amerika gehen lassen. Die Norweger, Schweden, Dänen, Niederländer müssen wir alle in die Ostgebiete hineinleiten; das werden Glieder des Deutschen Reiches. Wir stehen vor der großen Zukunftsaufgabe, planmäßig Rassenpolitik zu treiben. Wir müssen das schon deshalb tun, um der Inzucht zu begegnen, die bei uns Platz greift. Die Schweizer werden wir allerdings nur als Gastwirte verwenden können.
Sümpfe wollen wir nicht bewältigen. Wir nehmen nur die bessere Erde und zunächst die allerbesten Gründe. Im Sumpfgebiet können wir einen riesigen Truppenübungsplatz anlegen von 350 auf 400 km, mit Strömen drin und allen Hindernissen, die die Natur der Truppe bieten kann.«[22]

17. Oktober 1941:

»Verglichen mit der Häufung von Schönheit im mitteldeutschen Raum, kommt uns der neue Ostraum heute wüst und leer vor. Aber: auch das flandrische Land ist eine einzige Ebene und doch schön! Die Menschen? Die werden wir hineinbringen«.[23]

und:

»Ich werde es wohl nicht mehr erleben, aber in zwanzig Jahren wird das Gebiet schon 20 Millionen Menschen umfassen. In dreihundert Jahren wird es eine blühende Parklandschaft von ungewöhnlicher Schönheit sein!
Die Eingeborenen? Wir werden dazu übergehen, sie zu sieben. Den destruktiven Juden setzen wir ganz hinaus. Der Eindruck, den ich im weißrussischen Gebiet hatte, war besser als der in der Ukraine. In die russischen Städte gehen wir nicht hinein, sie müssen vollständig ersterben. «[24]

25. Oktober 1941:

»Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrekken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.«[25]

Notiz: Als Gäste waren anwesend: Himmler und Heydrich!

19. November 1941:

»Wenn heute einige Bürger weinten, weil Juden aus Deutschland auswandern müßten, dann sei das sehr bezeichnend für diese Kreaturen von Spießbürgern. Man müsse sie fragen, ob sie früher geweint hätten, als Hunderttausende von Deutschen Jahr um Jahr aus Deutschland auswandern mußten! Diese Deutschen hatten keine Verwandtschaft in der Welt, sondern waren ganz auf sich gestellt, während die Juden ja genügend Verwandte in aller Welt haben; Mitleid mit ihnen sei also höchst unangebracht«.[26]

12. -13. Januar 1942:

»Die Juden sind das auserwählt dümmste Volk: Sie hätten um Gottes willen diesen Krieg nicht anstiften dürfen. Aus Europa werden sie verschwinden. Nur wegen ein paar Narren!«[27]

25. Januar 1942:

»Wenn ich einhundertfünfzigtausend Wolhyniendeutsche herausziehe, so ist das auch mit Härten verbunden wie die Räumung von Südtirol. Wenn ich heute den Juden herausnehme, dann wird unser Bürgertum unglücklich! Was geschieht denn mit ihm? Aber haben sich die gleichen darum gekümmert, was aus den Deutschen werden würde, die auswandern mußten? Man muß es schnell machen, es ist nicht besser, wenn ich einen Zahn alle drei Monate um ein paar Zentimeter herausziehen lasse – wenn er heraußen ist, ist der Schmerz vorbei. Der Jude muß aus Europa heraus. Wir kriegen sonst keine europäische Verstän-

digung. Er hetzt am meisten überall. Letzten Endes: Ich weiß nicht, ich bin kolossal human. Zur Zeit der päpstlichen Herrschaft in Rom sind die Juden mißhandelt worden. Bis 1830 wurden acht Juden jedes Jahr durch die Stadt getrieben, mit Eseln. Ich sage nur, er muß weg. Wenn er dabei kaputtgeht, da kann ich nicht helfen. Ich sehe nur eines: die absolute Ausrottung, wenn sie nicht freiwillig gehen.
Warum soll ich einen Juden mit anderen Augen ansehen als einen russischen Gefangenen. Im Gefangenenlager sterben viele, weil wir durch die Juden in diese Lage hineingetrieben sind. Aber was kann denn ich dafür? Warum haben die Juden denn den Krieg angezettelt? Dann mag es wieder drei-, vierhundert Jahre dauern, bis die Juden in Europa erneut einziehen. Zunächst als Händler, dann lassen sie sich nieder, um ihre Mitwelt zu begaunern. Schließlich werden sie Philanthropen und machen Stiftungen. Wenn ein Jude das tut, so wird das besonders vermerkt – man weiß, er ist ein Schweinehund ..., sieht man aber näher hin, so merkt man, daß das oft die gerissensten Juden sind. Die Arier sagen dann, ja, was wollt ihr denn, es gibt doch auch gute Juden. Ich nehme an, die Nationalsozialistische Partei baut einmal eine festgefügte Gesellschaftsordnung auf, nimmt Staatsstellungen ein und pflegt den Reichtum. Hoffentlich kommt dann auch wieder einer und zieht einen neuen Verein auf.«[28]

Notiz: Als Gäste waren anwesend: Dr. Lammers, Himmler und Oberst Zeitzler.

27. Januar 1942:

»Der Jude muß aus Europa hinaus! Am besten, sie gehen nach Rußland. Ich habe kein Mitleid mit den Juden. Sie werden immer ein Element bleiben, das die Völker gegeneinander hetzt. Sie machen es im Völkerleben genauso wie im privaten Dasein. Aus der Schweiz und aus Schweden müssen sie herausgenommen werden. Dort, wo sie wenige sind, sind sie am gefährlichsten. Fünftausend Juden sind in kurzer Zeit in allen schwedischen Stellungen. Um so leichter kann man sie herausziehen! Grund haben wir genug, es ist wie ein Gefäß mit kommunizierenden Röhren.«[29]

4. April 1942:

»Die Natur sei wie auf allen Gebieten so auch auf dem Gebiet der Auslese die beste Lehrmeisterin. Man könne sich überhaupt keine bessere

Konstruktion der Natur denken als den durch sie bedingten Aufstieg der Lebewesen: nur im harten Kampf. Es sei deshalb bezeichnend, daß die oberen Schichten, die sich nie um die Hunderttausende deutscher Auswanderer und ihre Not gekümmert hätten, jetzt bei den Juden Mitleid empfinden wollten, obwohl die Juden in der ganzen Welt ihre Komplizen haben und das klimafesteste Wesen seien, das es gäbe. Juden gediehen überall, sogar in Lappland und Sibirien.«[30]

15. Mai 1942:

»Um eben denselben Juden, der damals diesen Dolchstoß geführt habe, lamentiere heute unser sogenanntes Bürgertum, wenn er nach dem Osten abgeschoben werde. Das Bemerkenswerte daran sei, daß dieses Bürgertum sich seinerzeit aber nicht darum gekümmert habe, daß jährlich 250000 bis 300000 deutsche Menschen aus Deutschland auswanderten und ca. 75 Prozent der deutschen Auswanderer nach Australien bereits auf der Reise starben.
Keine Bevölkerungsschicht sei in politischen Dingen blöder als dieses sogenannte Bürgertum. Wenn man von Staats wegen einen ausgesprochenen Volksschädling unschädlich mache, zum Beispiel totschlage, dann schreie das ganze Bürgertum, der Staat sei ein brachialer Staat. Wenn aber der Jude den deutschen Menschen mit juristischen Spitzfindigkeiten um seine berufliche Existenz bringe, ihm Haus und Hof nehme, ihm seine Familie zerstöre, ihn so schließlich zur Auswanderung treibe, und der deutsche Mensch dann auf der Fahrt nach seinem Auswanderungsziel sein Leben verliere, so nenne das Bürgertum den Staat, in dem das möglich sei, einen Rechtsstaat, weil sich diese ganze Tragödie ja völlig im Rahmen juristischer Paragraphenmöglichkeiten abgespielt habe.
Daß der Jude als Parasit der klimafesteste Mensch der Erde sei und sich im Gegensatz zum Deutschen in Lappland genauso wie in den Tropen einlebe, das bedenke natürlich kein einziger, der seine Krokodilstränen hinter einem nach dem Osten abtransportierten Juden herweine. Dabei handle es sich bei diesem Spießer aber in der Regel um einen Menschen, der sich auf seine Bibelfestigkeit etwas einbilde, trotzdem aber nicht wisse, daß nach den Berichten des Alten Testaments dem Juden weder ein Aufenthalt in der Wüste noch ein Marsch durchs Rote Meer etwas anhaben könne.
Wie so oft in der Geschichte, wenn der Jude übermütig geworden und die Völker, bei denen er sich eingenistet habe, zu sehr von ihm ausge-

powert worden seien, erkenne auch jetzt langsam ein Volk nach dem anderen, wieviel Schaden ihm der Jude zugefügt habe. Jedes versuche dann auf seine Weise mit ihm fertig zu werden. Interessant sei, mit welchem Tempo nach einer Depesche die Türkei jetzt gegen die Juden vorgehe.«[31]

29. Mai 1942:

»Ganz Westeuropa müsse deshalb nach einer bestimmten Zeit völlig judenfrei sein. Das sei allein schon deshalb erforderlich, als es unter den Juden immer einen gewissen Prozentsatz von Fanatikern gebe, der das Judentum wieder hochzubringen suche. Es empfehle sich deshalb auch nicht, die Juden nach Sibirien abzuschieben, da sie bei ihrer Klimafestigkeit dort nur gesundheitlich noch besonders gehärtet würden. Viel richtiger sei es, sie – da die Araber sie in Palästina nicht haben wollten – nach Afrika zu transportieren und sie damit einem Klima auszusetzen, das jeden Menschen unserer Widerstandsfähigkeit beeinträchtige und damit jede Interessenüberschneidung mit europäischem Menschentum ausschließe.«[32]

24. Juli 1942:

»In diesem II. Weltkrieg als einem Ringen auf Leben und Tod dürfe nie vergessen werden, daß das Weltjudentum nach der Kriegserklärung des Weltzionistenkongresses und seines Führers Chaim Weizmann (in seiner Botschaft an Englands Premier Chamberlain) der unerbittlichste Gegner des Nationalsozialismus, der Feind Nummer 1 sei. Geschäftlich suche das Judentum Europa, Europa müsse es aber schon aus Sakroegoismus ablehnen, da das Judentum rassisch härter sei. Nach Beendigung des Krieges werde er sich rigoros auf den Standpunkt stellen, daß er Stadt für Stadt zusammenschlage, wenn nicht die Juden rauskämen und nach Madagaskar oder einem sonstigen jüdischen Nationalstaat abwanderten.«[33]

Eine Untersuchung dieser Texte zeigt mehrere Besonderheiten. Hitler rechtfertigt sich gegenüber dem Bürgertum, daß er die Juden umsiedele. So am:

- 8.–11. August 1941
- 19. November 1941
- 25. Januar 1942

· 4. April 1942
· 15. Mai 1942.

Er wirft dem Bürgertum vor, es habe sich auch nicht um deutsche Menschen gekümmert, die auswandern mußten und dabei Schweres erlebt hätten. Für Hitler ist nach diesen Texten die Endlösung vergleichbar mit einer Auswanderung, Evakuierung. Das Thema hat ihn offenbar stark beschäftigt, wie man den immer wiederkehrenden Rechtfertigungen entnehmen kann.

Frage: Was soll es heißen: Hitler schickt die Juden in den Morast?

Hitler nennt auch Ziele: So heißt es, er schicke die Juden in den Morast (25. Oktober 1941), oder: am besten, sie gehen nach Rußland (27. Januar 1942) oder es heißt, sie werden nach dem Osten abgeschoben (15. Februar 1942). Letztere Formulierung findet sich später in vielerlei Dokumenten. Hat sich hier eine Sprachregelung herausgebildet?

Frage: Warum vergleicht Hitler die Endlösung mit einer Auswanderung?

Auffällig ist auch, daß Hitler immer wieder von dem klimafesten Wesen der Juden spricht. Der Jude gedeihe überall, sogar in Lappland und Sibirien. Man solle ihn nach dem Kriege nach Afrika transportieren (Mai 1942). Man beachte auch Feinheiten, wie: ganz Westeuropa müsse judenfrei werden, d.h. aber: nicht Osteuropa!

Frage: Warum macht sich Hitler Gedanken über das Schicksal der Juden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges?

B. Grundsätzliches zur Endlösung

Am 27. März 1941 fand eine Arbeitstagung des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage« in Frankfurt am Main statt.[34] Dieses Institut wurde am 28. März 1941 mit einer Rede Rosenbergs eröff-

net[35], und diese Arbeitstagung war offenbar Teil der Eröffnungsfeierlichkeiten. In einer grundsätzlichen Betrachtung sieht einer der Referenten drei Wege zur Behandlung der Juden:

1. Dissimilierung (ohne äußerlich räumliche Ausgliederung)
2. Ghettoisierung (in Stadtghettos oder in einem Bereich Osteuropas!)
3. Entfernung aus Europa.[36]

Dazu wird ausgeführt:

1. Dissimilierung

Dieser Weg wurde, so heißt es, im Deutschen Reich vor 1941 eingeschlagen. Er habe den Nachteil, daß das Judentum als fremder Volkskörper erhalten bleibe. Zitat:

»Die Judenfrage bleibt eine bevölkerungspolitische Massenfrage, mit dem Unterschied nur, daß durch die Umschichtung innerhalb des Judentums die Zahl der reichen Juden verringert, die Zahl der jüdischen Unterstützungsempfänger vermehrt wird. Soziale Verelendung und Umschichtung der Juden kann die Folge sein, keineswegs aber eine physische Selbstauflösung des Judentums, denn Volkstod ist nie schneller Tod, sondern eine Entwicklung von Jahrhunderten, zumal wenn es sich nicht um eine Volksgruppe von einigen tausend oder zehntausend, sondern um 5 1/2 Millionen Menschen in Europa handelt«.[37]

2. Ghettoisierung

a. Stadtghetto

Die Bildung eines Stadtghettos sei sehr schwierig. Städte seien organische Einheiten: Verkehrlinien, Fernstraßen, Wasser-, Gas- und Elektrizitätseinrichtungen zerschnitten jede Stadt. Ein Stadtghetto sei nicht autark. Nahrungsmittel, Rohstoffe u. ä. müßten immer zugeführt werden.[38]

b. Territorium. Zitat:

»Es liegt nahe, den sich aus der Bildung städtischer Zwangsghettos ergebenden Schwierigkeiten durch den Vorschlag zu begegnen, ein bestimmtes größeres Territorium auszugliedern und hier die Juden Euro-

pas zu konzentrieren. Man hat dabei insbesondere an solche Gebiete gedacht, die besonders judenreich sind und die durch Zusiedlung von Juden und Herausziehung der nichtjüdischen Bevölkerung zu geschlossenen jüdischen Wohngebieten umgestaltet werden können.«[39]

Diese Pläne hätten eine Reihe von Vorteilen:[40]

- Die Aktion der Bevölkerungsverschiebung kann zeitlich verteilt werden.
- Die Juden werden radikal aus dem bisherigen Wohngebiet entfernt.
- Die Land- und Stadtverteilung der Juden kann verändert werden. Die Juden können sich selbst ernähren.

Der Referent nennt auch Nachteile, wobei er sich auf den sogenannten Lublin-Plan bezieht, die Juden im Raum Lublin anzusiedeln. Im einzelnen führt er dazu an:[41]

a. Es seien riesige Bevölkerungsverschiebungen nötig; zu transportieren seien 5 Millionen Juden und 2,7 Millionen Nichtjuden.
b. Das Problem sei, wohin mit den Nichtjuden?
c. Für die Juden sei das Gebiet Lublin zu klein. Das Gebiet habe jetzt eine Größe von 26800 qkm, davon müsse man einen Schutzstreifen von 10 km Breite abrechnen. Das restliche Gebiet habe eine Größe von 25000qkm. Wolle man alle europäischen Juden dort konzentrieren, ergebe sich eine Bevölkerungsdichte von 320 Menschen pro qkm. Im Vergleich: England habe eine Bevölkerungsdichte von 271 Menschen pro qkm und das Deutsche Reich eine von 135 pro qkm. Ein solches Riesenghetto könne folglich nicht aus sich leben. Er fragt, ob es keinen Teil Europas gebe, der als Wohngemeinschaft der Juden in Frage komme.[42]

3. Entfernung aus Europa

Dieser Weg habe alle Vorteile einer europäischen Großghetto-Lösung, ohne ihre Nachteile zu besitzen.[43] Der Abschluß:

»Sollte es möglich sein, ein entsprechendes Siedlungsgebiet für die Juden Europas zu finden, was durch wissenschaftliche Forschung und praktische Anschauung festgestellt werden kann, so wäre die Emigrationslösung sowohl für die Völker Europas wie für die Juden selbst der

günstigste Weg. Damit mündet aber *das europäische Judenproblem in die große Frage einer kolonialen Neugestaltung und Neugliederung der Welt ein.* Im Rahmen dieses Fragenkomplexes könnte dann auch die europäische Judenfrage als wirtschaftliches und bevölkerungspolitisches Problem endlich ihre endgültige Lösung finden.«[44]

C. Die Entwicklung vom April 1941 bis zum März 1942

In diese Zeit fällt die Entscheidung über die Endlösung der Judenfrage. Verhältnismäßig viele Dokumente liegen hier vor. Hitler hat sich entschieden, in die Sowjetunion einzumarschieren. Rosenberg, der später Reichsminister für die besetzten Ostgebiete werden wird, bereitet sich vor. Zunächst Zitate aus den einschlägigen Denkschriften Rosenbergs.

2. April 1941: Denkschrift Rosenbergs über Ziele und Methoden einer künftigen Besetzung weiter Teile der Sowjetunion[45]. Darin heißt es:

»Weiss-Russland umfaßt einen kulturell wie auch wirtschaftlich sehr zurückgebliebenen Teil der UdSSR. Es enthält zugleich das zweitgrößte Judenreservoire der UdSSR mit völlig verjudeten Städten, wie Bjalostok, Minsk, Polodzk, Witebsk u. a. m.
Die Erweckung eines Eigenlebens wie auch die Errichtung eines lebensfähigen staatlichen Gebildes kann als ein ausserordentlich langwieriges und auch schwieriges Unterfangen gelten. Weissrussland ist kulturell viel rückständiger als z. B. Litauen und vom Judentum ausgebeuteter als Polen. Trotzdem wäre im Hinblick auf die notwendige Schwächung des russischen Kernlandes ein solcher Versuch zu befürworten.
Die UdSSR hat Weissrussland auf das Gebiet von der polnischen Nord-West-Grenze bis ungefähr zur Pronja beschränkt. Aber die eigentliche Hauptstadt des ganzen Gebietes wäre Smolensk. Der halbe Verwaltungsbezirk gleichen Namens wie auch ein Teil des Verwaltungsbezirkes Kalinin (früher Twer) könnte bevölkerungsmässig hinzugerechnet oder verwaltungsmässig hinzugeschlagen werden. Dadurch würde die Grenze Weissrusslands bis auf ungefähr 250 km an Moskau herangerückt werden.«[46]

29. April 1941: Denkschrift Rosenbergs über Fragen des osteuropäischen Raums:

»Eine allgemeine Behandlung erfordert die *Judenfrage,* deren zeitweilige Übergangslösung festgelegt werden muß (Arbeitszwang der Juden, eine Ghettoisierung usw.).«[47]

8. Mai 1941: Instruktion Rosenbergs für einen Reichskommissar im Ostland.[48]

»Ziel eines Reichskommissars für Estland, Lettland, Litauen und Weissruthenien muß es sein, die Form eines deutschen Protektorats zu erstreben und dann durch Eindeutschung rassisch möglicher Elemente, durch Kolonisierung germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente dieses Gebiet zu einem Teil des Großdeutschen Reiches umzuwandeln.«[49]

Weiter unten:

»Diesen drei Gebieten unmittelbar angeschlossen wird Weißruthenien. Weißruthenien hatte eine Zeit lang eine starke Separationsbewegung, doch ist anzunehmen, daß es dem Bolschewismus gelungen ist, diese zu unterdrücken. In jedem Falle wird Weißruthenien zunächst die harte Aufgabe haben, einen Teil jener Elemente aufzunehmen, die aus Estland, Lettland, Litauen und aus dem polnischen Teil des Warthelandes ausgewiesen werden. Es erscheint zweckmäßig, die Polen nicht im Generalgouvernement, sondern im Osten Weißrutheniens (Smolensker Bezirk) unterzubringen und dort eine Zwischenschicht gegenüber dem Russentum zu bilden. Im übrigen hätte der General-Kommissar in Weißruthenien die Aufgabe, dieses wirtschaftlich nicht als Überschußgebiet zu betrachtende Land durch stärksten Arbeitseinsatz zu einer produktiven Leistung anzuspornen.«[50]

20. Juni 1941:Rede Rosenbergs vor Mitarbeitern über das sogenannte Reichskommissariat Baltenland (später Ostland):

»Südlich des Baltenlandes liegt Weissruthenien, und es ist vorgesehen, in das Kommissariat Baltenland mit hineingenommen zu werden. Weissruthenien hat zwar einen gänzlich anderen Charakter; aber aus diesen baltischen Ländern werden wahrscheinlich viele unsoziale Menschen angesiedelt werden müssen, und für diese unliebsamen Ele-

mente, auch aus dem Generalgouvernement und dem Wartheland, ist Weissruthenien ein sehr geeignetes Auffanggebiet.«[51]

Später kommt er noch einmal darauf zurück:

»Anschließend kommt Weissruthenien als Auffangstation vieler unsozialer Elemente, das auch gleichsam als Naturschutzpark behandelt werden wird. Eine gewisse Autonomie wird dieses Gebiet einmal erhalten können. Zum Unterschied zu der Bezeichnung der Gebiete von Estland, Lettland und Litauen als Landeshauptmannschaften wird Weissruthenien die Benennung Generalkommissariat erhalten – Der Umfang dieses Reichskommissariats beträgt 550000qkm und die Einwohnerschaft 19,3 Millionen.«[52]

22. Juni 1941:Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion.

Juli 1941: Befehl Görings an Heydrich:

»In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. 1. 39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.«[53]

10. August 1941[54]: Die Planung für den Generalbezirk Weißruthenien sieht folgende Gliederung vor:

Hauptbezirke: Baranowitschi
Minsk
Mogilew
Witebsk
Smolensk

Stadtgebiete: Minsk
Mogilew
Bobruisk
Witebsk
Smolensk.[55]

August 1941: Geplante vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Reichskommissariat Ostland durch den späteren Reichskommissar für das Ostland Lohse.[56] Darin heißt es:

»Diese vorläufigen Richtlinien haben nur die Aufgabe, dort und solange Mindestmaßnahmen der General- oder Gebietskommissare sicherzustellen, wo und solange weitere Maßnahmen im Sinne der endgültigen Lösung der Judenfrage nicht möglich sind.«[57]

Man beachte: vorläufige Richtlinien, sie haben nur Geltung, solange weitere Maßnahmen im Sinne einer endgültigen Lösung der Judenfrage nicht möglich sind!
Weiter heißt es u.a.:

»a. Das flache Land ist von Juden zu säubern ...
d. Die Juden sind tunlichst in Städten oder in Stadtteilen großer Städte zu konzentrieren, die bereits eine überwiegende jüdische Bevölkerung besitzen. Dort sind Ghettos zu errichten. Den Juden ist das Verlassen der Ghettos zu verbieten.
Die Insassen des Ghettos regeln ihre inneren Verhältnisse in Selbstverwaltung, die vom Gebiets-Stadtkommissar oder seinem Beauftragten beaufsichtigt wird. Als Ordnungsdienst für die innere Ordnung können Juden eingeteilt werden. Sie sind höchstens mit Gummiknüppeln oder Stöcken auszurüsten und durch weisse Armbinden mit gelbem Judenstern am rechten Oberarm kenntlich zu machen.
Für die äussere hermetische Abschliessung der Ghettos sind tunlichst Hilfspolizisten aus den Landeseinwohnern einzusetzen.
e. Die arbeitsfähigen Juden sind nach Maßgabe des Arbeitsbedarfs zu Zwangsarbeit heranzuziehen. Die wirtschaftlichen Interessen förderungswerter Landeseinwohner dürfen durch die jüdische Zwangsarbeit nicht geschädigt werden. Die Zwangsarbeit kann in Arbeitskommandos ausserhalb der Ghettos, im Ghetto oder, wo Ghettos noch nicht errichtet sind, auch einzeln ausserhalb der Ghettos (z.B. in der Werkstatt des Juden) geleistet werden.«[58]

14. August 1941: Laut Hilberg

»erklärte Göring höchstpersönlich, ›daß die Juden in den von Deutschland beherrschten Gebieten nichts mehr zu suchen‹ hätten. Wo immer jüdische Arbeit benötigt werde, seien die Juden in Arbeitskolonnen zusammenzufassen; sofern sie nicht die Gelegenheit zum Auswandern ge-

habt hätten, seien sie in ›eine Art‹ Gefangenenlager zu sperren und in Form von Arbeitsbataillonen zu organisieren. Jede andere Beschäftigungsweise sei, bis auf Ausnahmefälle in der Anfangsphase der Besatzung, zu verbieten.«[59]

22. August 1941: Vorschläge von Dr. Carltheo Zeitschel an der deutschen Botschaft Paris (Zitate):

»Aufzeichnungen für Herrn Botschafter Abetz

Die fortschreitende Eroberung und Besetzung der weiten Ostgebiete können z. Zt. das Judenproblem in ganz Europa in kürzester Zeit zu einer endgültigen befriedigenden Lösung bringen.
Wie aus einem Hilfeschrei der gesamten Juden Palästinas in deren Presse an die amerikanischen Juden hervorgeht, sind in den von uns in den letzten Wochen besetzten Gebieten, besonders Bessarabien, über 6 Millionen Juden ansässig, das bedeutet 1/3 des Weltjudentums. Diese 6 Millionen Juden müßte man sowieso bei der Neuordnung des Ostraums irgendwie zusammenfassen und voraussichtlich doch ein besonderes Territorium für sie abgegrenzt werden. Es dürfte bei dieser Gelegenheit kein allzu großes Problem sein, wenn aus allen übrigen europäischen Staaten die Juden noch hinzukommen und auch die z. Zt. in Warschau, Litzmannstadt, Lublin usw. in Gettos zusammengepferchten Juden auch dorthin abgeschoben werden. Soweit es sich um die besetzten Gebiete handelt, wie Holland, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Jugoslawien, Griechenland, könnten doch einfach durch militärische Befehle die Juden in Massentransporten in das neue Territorium abtransportiert und den übrigen Staaten nahegelegt werden, dem Beispiel zu folgen und ihre Juden in dieses Territorium abzustoßen. Wir könnten dann Europa in kürzester Zeit judenfrei haben.
Ich schlage daher vor, bei der nächsten Gelegenheit diese Frage dem Reichsaußenminister vorzutragen und zu bitten, in dem Sinne einer solchen Regelung sich mit dem bereits ernannten, zukünftigen Minister für die Ostgebiete, Reichsleiter Rosenberg, und dem Reichsführer-SS zusammenzusetzen und die Angelegenheit in dem von mir vorgeschlagenen Sinne zu prüfen. Das Transportproblem der Juden in die Ostgebiete würde selbst während des Krieges durchzuführen sein und nach dem Kriege nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, zumal die gesamten Juden im Generalgouvernement die Strecke in das neue abgegrenzte Territorium ja mit ihren Fahrzeugen auf den Landstraßen zurücklegen könnten.«[60]

Otto Bräutigam, der Vertreter Rosenbergs, hat ein Tagebuch geführt. Darin heißt es am 14. September 1941:

»Kalinin hatte angeordnet, daß alle Wolgadeutschen nach Sibirien zu verschicken seien. Offenbar fürchtet man sie im Herzen der Sowjetunion zu belassen und wollte sie auch einem etwaigen späteren Angriff durch uns entziehen. Von dem traurigen Schicksal, verbannt zu werden, sollten 400000 Personen erfaßt werden. Dabei war es klar, daß der größere Teil die Verbannung oder gar schon den Transport nicht überleben würde. Als Gegenmaßnahme war vom Reichsleiter (Rosenberg) die Verschickung aller Juden Zentraleuropas in die östlichen, unter unserer Verwaltung stehenden Gebiete in Aussicht genommen, und ich hatte telegraphisch den Auftrag erhalten, die Zustimmung des Führers zu diesem Projekt herbeizuführen. So sattelte ich denn meinen Mercedes und fuhr zunächst zum Obstlt. v. Tippelskirch beim Wehrmachtsführungsstab, der aber ebenso wie der General Warlimont der Ansicht war, daß die Wehrmacht an dieser Sache wenig interessiert sei. So fuhr ich zum Führerhauptquartier weiter, wo ich mich nach den Adjutanten des Führers, Oberst Schmundt und Major Engel, erkundigte, die aber beide nicht zu erreichen waren. Oberst Schmundt war mit dem Führer in einer Besprechung beim Generalfeldmarschall und Major Engel zum OKH unterwegs. Ich unterhielt mich kurze Zeit mit General d. Fl. Bodenschatz und wurde dann an General Jodl gewiesen, der die Sache aber auch von sich abzuwimmeln suchte und meinte, die Zuständigkeit des Ausw. Amtes sei gegeben. Im übrigen würde die Durchführung des Projektes an den Transportschwierigkeiten scheitern. Schließlich entdeckte ich Oberst Schmundt, und zu meiner großen Überraschung bat er sich die Aufzeichnung sofort aus, mit den Worten, das sei eine sehr wichtige und dringliche Angelegenheit, für die sich der Führer sehr interessiere. Er würde mir Nachricht geben. Froh, mich meines Auftrages entledigt zu haben, fuhr ich nach Hause.«[61]

Weiter im Tagebuch von Otto Bräutigam am 15. September 1941:

»Ich interessierte mich für das Schicksal des Vorschlags des Reichsleiters und rief dementsprechend bei Oberst Schmundt an. Dieser verband mich mit Generalfeldmarschall Keitel, der mir mitteilte, daß der Führer befohlen habe, zunächst die Stellungnahme des Ausw. Amtes einzuholen. Ich rief also bei Hevel an, der aber durch Baron Steengracht vertreten wurde. Dieser verwies mich an den Gesandten v. Rin-

telen, der mir erklärte, daß v. Rippentrop sich noch nicht geäußert habe, sondern die Angelegenheit persönlich mit dem Führer besprechen wolle.«[62]

8. Oktober 1941: Brief von Dr. Zeitschel

»Gelegentlich des letzten Besuches von Botschafter Abetz im Hauptquartier habe ich diesem die Ihnen bekannte Aufzeichnung mitgegeben, mit dem Vorschlag, unsere im Konzentrationslager befindlichen Juden wegen der Lagerknappheit möglichst bald nach dem Osten abzuschieben.
Botschafter Abetz hat aufgrund dieser Aufzeichnung mit dem Reichsführer-SS persönlich Rücksprache genommen und von diesem zugesagt bekommen, daß die im KZ befindlichen Juden im besetzten Gebiet nach dem Osten abgeschoben werden können, sobald dies die Transportmittel zulassen.«[63]

13. Oktober 1941: Aus einer Besprechung des Generalgouverneurs H. Frank mit Rosenberg:

»... Der Generalgouverneur kam dann auf die Möglichkeit der Abschiebung der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements in die besetzten Ostgebiete zu sprechen. Reichsminister Rosenberg bemerkte, daß ähnliche Wünsche bereits seitens der Militärverwaltung in Paris an ihn herangetragen worden seien. Im Augenblick sehe er jedoch für die Durchführung derartiger Umsiedlungspläne noch keine Möglichkeit. Für die Zukunft erklärte er sich jedoch bereit, die Judenemigration nach dem Osten zu fördern, zumal die Absicht bestehe, überhaupt die asozialen Elemente innerhalb des Reichsgebiets in die dünnbesiedelten Ostgebiete zu verschicken.«[64]

17. Oktober 1941, Frank:

»Die Stadt Lublin zählte Ende 1939 rund 40000 Juden. Es sind davon im Laufe der Zeit etwa 12000 ausgesiedelt worden, aber fast dieselbe Anzahl ist bis heute wieder zugewandert. Zwar sind die Juden alle auf einen alten Stadtteil zusammengepfercht, dessen Grenze sie nicht ohne Genehmigung überschreiten dürfen, ein geschlossenes Ghetto gibt es bis heute jedoch nicht. Eine der wichtigsten Zugangsstraßen von Osten her führt mitten durch diesen Stadtteil, so daß erst eine Umgehungsstraße gebaut werden mußte, die dieser Tage fertig wird, um dann das

Ghetto mit Stacheldraht einzuzäunen und vollkommen abzuschließen. Man hätte von dieser Maßnahme auch noch weiterhin absehen können, nachdem bereits über ein Jahr kein Jude mehr in den übrigen Stadtteilen wohnt und kein jüdisches Geschäft sich mehr außerhalb des Ghettos befindet, wenn nicht die zuwandernden Juden in hohem Maße Flecktyphus und andere Krankheiten eingeschleppt hätten und dauernd Träger dieser Seuchen wären.

...

Eine Klärung der Judenfrage wird natürlich endgültig erst dann zu erreichen sein, wenn der vollkommene Abtransport aller Juden bewerkstelligt werden kann.«[65]

25. Oktober 1941: Hitler in Gegenwart von Himmler und Heydrich:

»Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! Wer kümmert sich denn um unsere Menschen? Es ist gut, wenn uns der Schrekken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.«[66]

17. November 1941: Rosenberg wird Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Dr. Alfred Meyer wird der ständige Vertreter von Rosenberg. Hinrich Lohse wird Reichskommissar für das Ostland.[67]

16. Dezember 1941: Frank (Zitate):

»Mit den Juden – das will ich Ihnen auch ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben.
Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzu-

schieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde(n). Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.
Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie [im Original: man sie wird] im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist.«[68]

Notiz: Auf die Formulierung »Vernichtungserfolg« wird am Ende dieses Abschnitts eingegangen.

20. Dezember 1941: Die Planung für den Generalbezirk Weißruthenien hat sich auf Grund eines Vorschlages des Reichskommissars für das Ostland verändert.[69] Die Veränderungen sind in der Quelle nicht enthalten. Offenbar, soweit ist späteren Informationen zu entnehmen, wurde durch diese Änderung Weißruthenien in einen zivil- und in einen militärverwalteten Teil aufteilt.[70] Eine Gliederung des Generalbezirks Weißruthenien vom 14. März 1942 spricht von neun Kreisgebieten und zwar:

- Minsk
- Baranowicze
- Slonim
- Nowogrodek
- Lida
- Sluzk
- Hanzewicze
- Glebojkie
- Wilejka[71]

Herbst 1941: Hier soll ein weiteres Dokument vorgestellt werden, das leider undatiert ist. Es enthält eine zusätzliche Richtlinie für die Behandlung der Judenfrage.[72] Der Zeitpunkt, Herbst 1941,

wurde indirekt erschlossen. Das Dokument ist offenbar jünger als die verwandte Richtlinie vom 13. August 1941, da detailliertere Anweisungen enthalten sind. Es ist aber sicher älter als das Papier IMT 344-EC, auf welches später eingegangen wird. Die Schrift scheint aber auch älter als das Protokoll der Wannsee-Konferenz, da in ihr Maßnahmen als Empfehlung stehen, die im Protokoll der Wannsee-Konferenz angeordnet sind. Zitate:

»Alle Massnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten müssen unter dem Gesichtspunkt getroffen werden, dass die Judenfrage spätestens nach dem Kriege für ganz Europa generell gelöst werden wird. Sie sind daher als vorbereitende Teilmassnahmen anzulegen und bedürfen der Abstimmung mit den sonst auf diesem Gebiet getroffenen Entscheidungen. Dies gilt vordringlich für die Schaffung von zumindesten zeitweiligen Aufnahmemöglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet.«[73]

Man beachte: »zumindest zeitweiligen Aufnahmemöglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet«!

Absonderung der Juden:

»Alsdann ist unverzüglich die Kennzeichnung mittels eines stets sichtbar zu tragenden gelben Judensternes durchzuführen und sofort die Freizügigkeit für alle Juden aufzuheben. Eine Überführung in Ghettos unter gleichzeitiger Trennung der Geschlechter ist anzustreben. Das Vorhandensein zahlreicher mehr oder weniger geschlossener jüdischer Niederlassungen in Weissruthenien und in der Ukraine erleichert diese Aufgabe. Im übrigen sind hierfür Orte auszuwählen, die infolge vorliegender Arbeitsvorhaben die völlige Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft ermöglichen. Diesen Ghettos kann unter Aufsicht eine jüdische Selbstverwaltung mit jüdischem Ordnungsdienst gegeben werden. Die Bewachung der Grenzen zwischen dem Ghetto und der Aussenwelt ist jedoch Sache der Polizei.«[74]

Kulturelle Be(s)tätigung:

»Eine kulturelle Be(s)tätigung wird den Juden völlig verboten werden. Hierzu gehört auch das Verbot der jüdischen Presse, des [im Original: der] jüdischen Theaters und Schulwesens.«[75]

Arbeitszwang:

»Sowohl der gegenwärtig in den besetzten Ostgebieten herrschende Mangel an Arbeitskräften als auch weltanschaulich-politische Erwägungen lassen es als Forderung von grundlegender Bedeutung erscheinen, für sämtliche Juden den Arbeitszwang einzuführen und sie zum geschlossenen Arbeitseinsatz in schärfster Form heranzuziehen. Dies hat Zug um Zug mit der Ausschaltung der Juden aus ihrem bisherigen Berufsleben zu geschehen, wobei eine Betätigung im bisherigen Beruf insoweit zuzulassen ist, als dies im Rahmen des Arbeitseinsatzes notwendig ist. Im übrigen sind die jüdischen Arbeitskräfte zu schwerer körperlicher Arbeit heranzuziehen.
Massgebliches Gebot für den jüdischen Arbeitseinsatz wird allein die volle und unnachsichtliche Inanspruchnahme der jüdischen Arbeitskraft ohne irgendeine Altersbegrenzung zum Wiederaufbau der besetzten Ostgebiete sein. Als Aufgaben, die den Juden im geschlossenen Arbeitseinsatz zu übertragen sind, werden vor allem Strassen-, Eisenbahn- und Kanalbau sowie Meliorationen usw. in Betracht kommen. Auch eine Heranziehung zu landwirtschaftlichen Arbeiten unter scharfer Aufsicht erscheint zunächst angebracht. Gegen eine Verwendung der Juden für die Holz-, Strohschuh-, Besen- und Bürstenerzeugung u. dergl. innerhalb des Ghettos ist gleichfalls nichts einzuwenden.
Beim jüdischen Arbeitseinsatz ist jedoch stets zu beachten, dass die jüdische Arbeitskraft nur in jenen Produktionszweigen angesetzt wird, die eine spätere, schnelle Abziehung dieser Arbeitskräfte ohne erhebliche Störung vertragen und eine Spezialisierung jüdischer Arbeiter ausschliessen. Auf jeden Fall ist zu verhindern, dass jüdische Arbeiter in lebenswichtigen Produktionszweigen unentbehrlich werden.«[76]

20. Januar 1942: An diesem Tag fand die sogenannte Wannsee-Konferenz statt. Aus dem Protokoll:

»Auf Anordnung des Reichsmarschalls wurde im Januar 1939 eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung errichtet, mit deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei und des SD betraut wurde. Sie hatte insbesondere die Aufgabe:

a. alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen,
b. den Auswanderungsstrom zu lenken,
c. die Durchführung der Auswanderung im Einzelfall zu beschleunigen.

Das Aufgabenziel war, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern.
Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden.«[77]

»... An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.
Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.«[78]

»Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe Erfahrungen der Geschichte).
Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort weiter nach dem Osten transportiert zu werden.«[79]

»Staatssekretär Dr. Bühler stellte fest, daß das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Verlauf dieser Aktion nicht behindern würden.«[80]

27. Januar 1942: Hitler erklärt:

»Der Jude muß aus Europa hinaus! Am besten, sie gehen nach Rußland.«[81]

10. Februar 1942: Brief von Rademacher an den Gesandten Bielfeld:

»Im August 1940 übergab ich Ihnen für Ihre Akten den von meinem Referat entworfenen Plan zur Endlösung der Judenfrage, wozu die Insel Madagaskar von Frankreich im Friedensvertrag gefordert, die praktische Durchführung der Aufgabe aber dem Reichssicherheitshauptamt übertragen werden sollte. Gemäß diesem Plane ist Gruppenführer Heydrich vom Führer beauftragt worden, die Lösung der Judenfrage in Europa durchzuführen.
Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen.
Demgemäß hat der Führer entschieden, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden.«[82]

14. Februar 1942: Brief von Woermann an Rademacher:

»Gesandter Bielfeld hat mir Ihre Mitteilung vom 10. Februar – D III 145/42 g – zur Kenntnis gebracht, wonach der Führer entschieden hat, daß die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar brauche mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden.
Bei der Bedeutung, die diese Entscheidung hat, bitte ich Sie um Mitteilung, auf welchen Quellen die Angabe beruht.«[83]

7. März 1942: Goebbels in seinem Tagebuch:

»... Ich lese eine ausführliche Denkschrift des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage. Daraus ergeben sich eine Unmenge von neuen Gesichtspunkten. Die Judenfrage muß jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden. Es gibt in Europa noch über 11 Millionen Juden. Sie müssen später einmal zuerst im Osten konzentriert werden; eventuell kann man ihnen nach dem Kriege eine Insel, etwa Madagaskar, zuweisen. Jedenfalls wird es keine Ruhe in Europa geben,

wenn nicht die Juden restlos aus dem europäischen Gebiet ausgeschaltet werden. Das ergibt eine Unmenge von außerordentlich delikaten Fragen. Was geschieht mit den Halbjuden, was geschieht mit den jüdisch Versippten, Verschwägerten, Verheirateten? Wir werden also hier noch einiges zu tun bekommen, und im Rahmen der Lösung dieses Problems werden sich gewiß auch noch eine ganze Menge von persönlichen Tragödien abspielen. Aber das ist unvermeidlich. Jetzt ist die Situation reif, die Judenfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen. Spätere Generationen werden nicht mehr die Tatkraft und auch nicht mehr die Wachheit des Instinkts besitzen. Darum tun wir gut daran, hier radikal und konsequent vorzugehen. Was wir uns heute als Last aufbürden, wird für unsere Nachkommen ein Vorteil und ein Glück sein.«[84]

23. März 1942: Brief von Dr. Zeitschel an Dr. Strack:

»Der Deutschen Botschaft ist vertraulich ein Erlaß des Reichsmarschalls Göring vom 31. 7. 41 zur Kenntnis gebracht worden, der infolge der vertraulichen Überlassung nicht weitergegeben werden kann.
Es handelt sich darin um eine Ergänzung zu dem Erlaß vom 24. 1. 39 die Judenfrage betreffend, besonders die Auswanderung und Evakuierung von Juden.
Im Anschluß an diesen Erlaß soll in Berlin eine Staatssekretärsbesprechung stattgefunden haben, über deren Verlauf die Deutsche Botschaft gerne Kenntnis hätte. Da ich infolge der vertraulichen Überlassung des Erlasses des Reichsmarschalls von diesem in einem offiziellen Dienstbrief keinen Gebrauch machen darf, wäre ich Ihnen persönlich sehr dankbar, wenn Sie, ebenfalls auf vertraulichem Wege versuchen würden, über Unterstaatssekretär Woermann Protokoll dieser Unterstaatssekretärsbesprechung zu erlangen und der Deutschen Botschaft Abschrift zuzusenden.
Der Inhalt der Besprechung ist, wie Sie verstehen werden, für meine Aufgabe, Behandlung der Judenfrage, von grundlegender Bedeutung. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie das Nötige veranlassen könnten.«[85]

27. März 1942: Goebbels in seinem Tagebuch:

»Aus dem Generalgouvernement werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich bar-

barisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im großen kann man wohl feststellen, daß 60% davon liquidiert werden müssen, während nur noch 40% in die Arbeit eingesetzt werden können. Der ehemalige Gauleiter von Wien, der diese Aktion durchführt, tut das mit ziemlicher Umsicht und auch mit einem Verfahren, das nicht allzu auffällig wirkt. An den Juden wird ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben. Die Prophezeiung, die der Führer ihnen für die Herbeiführung eines neuen Weltkriegs mit auf den Weg geben hat, beginnt sich in der furchtbarsten Weise zu verwirklichen. Man darf in diesen Dingen keine Sentimentalität obwalten lassen. Die Juden würden, wenn wir uns ihrer nicht erwehren würden, uns vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der arischen Rasse und dem jüdischen Bazillus. Keine andere Regierung und kein anderes Regime konnte die Kraft aufbringen, diese Frage generell zu lösen. Auch hier ist der Führer der unentwegte Vorkämpfer und Wortführer einer radikalen Lösung, die nach Lage der Dinge geboten ist und deshalb unausweichlich erscheint. Gottseidank haben wir jetzt während des Krieges eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die uns im Frieden verwehrt wären. Die müssen wir ausnützen. Die in den Städten des Generalgouvernements freiwerdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozeß erneuern. Das Judentum hat nichts zu lachen, und daß seine Vertreter heute in England und Amerika den Krieg gegen Deutschland organisieren und propagieren, das müssen seine Vertreter in Europa sehr teuer bezahlen, was wohl auch als berechtigt angesehen werden muß...«[86]

20. April 1942: Goebbels in seinem Tagebuch:

»Der jüngste Sabotageakt gegen einen deutschen Militärzug, bei dem wir einige Tote hatten, wird mit harten Repressalien beantwortet. Die Zahl der Erschießungen wird verdoppelt, und es werden über tausend Kommunisten und Juden nach dem Osten verfrachtet. Dort wird ihnen wohl sehr bald die Lust vergehen, die deutsche Ordnungspolitik für Europa zu stören...«[87]

21. April 1942: Goebbels in seinem Tagebuch:

»Wegen des Eisenbahnattentats am 16. ds. Mts. hat der Militärbefehlshaber in Frankreich verschärfte Maßnahmen ergriffen. Dreißig – an-

statt, wie ursprünglich beabsichtigt, zwanzig – Geiseln (Juden und den Tätern nahestehende Personen) sollen erschossen werden. Wenn innerhalb von drei Tagen die Täter nicht gefaßt werden, sollen weitere 80 Erschießungen folgen, ferner Deportation von 1000 Juden und Kommunisten (statt zuerst beabsichtigter 500) nach dem Osten. . .«[88]

1942: Als letztes Dokument soll 344-EC vorgestellt werden, welches schon unter »Herbst 1941« erwähnt wurde. Es ist ebenfalls nicht datiert. Indirekt wird auf 1942 geschlossen, zumal es als Teil der »Grünen Mappe« – (September 1942) – eingeführt wird.[89] Darin werden Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage veröffentlicht. Sie stimmen weitgehend wortwörtlich mit dem Papier »Herbst 1941« überein. Es gibt aber auch interessante Abweichungen. Es fehlt der Hinweis auf die zeitweiligen Aufnahmemöglichkeiten für Juden aus dem Reich. Statt dessen heißt es:

»Andererseits können die bei der Behandlung der Judenfrage in den besetzten Ostgebieten gemachten Erfahrungen für die Lösung des Gesamtproblems richtungsweisend sein, da die Juden in diesen Gebieten zusammen mit den Juden des Generalgouvernements das stärkste Kontingent des europäischen Judentums bilden.«[90]

Interessanterweise fehlt der Hinweis: »unter Trennung der Geschlechter«. Ausführlicher wird dagegen die kulturelle Betätigung behandelt, sie ist jetzt plötzlich unter bestimmten Auflagen zugelassen:

»Die Juden sind Zug um Zug aus der kulturellen Betätigung der übrigen Bevölkerung auszuscheiden und auf intern jüdische Einrichtungen zu beschränken. In einzelnen Gebieten bestehen zahlreiche jüdische Schulen mit Jiddisch als Unterrichtssprache; diese Schulen haben auch die bisher in anderssprachigen Schulen erzogenen Judenkinder aufzunehmen. Bei Bedarf können von Juden mit jüdischen Mitteln neue Schulen dieser Art errichtet werden. Neben dem Jiddischen ist das Hebräische als Sprache, die der Absonderung der Juden aus der übrigen Bevölkerung dient, zu fördern. Die jüdischen Schulen unterliegen nach Lehrpersonal und Lehrplan einer ständigen Aufsicht.«[91]

Notiz: Man beachte das Hebräische als Sprache! Darauf wird im nächsten Kapitel nochmals zurückgekommen.

Die Dokumente belegen verschiedene interessante Entwicklungen, so die Rolle, die Weißrußland oder, wie es später heißt, Weißruthenien in den Überlegungen der Mächtigen des Dritten Reiches spielen soll.

2. April 1941: Weißrußland wird vergrößert um das Gebiet Smolensk.

8. Mai 1941: Weißruthenien soll »unliebsame Elemente« aus Estland, Lettland, Litauen und dem Warthegau aufnehmen.

10. August 1941: Weißruthenien bildet einen Generalbezirk u. a. mit den Hauptbezirken Mogilew, Witebsk und Smolensk.

13. Oktober 1941: Rosenberg verbindet seinen Plan, die assozialen Elemente in die dünnbesiedelten Ostgebiete (d.h. nach Weißruthenien) zu verschicken, mit der »Judenemigration« nach dem Osten.

25. Oktober 1941: Hitler schickt die Juden »in den Morast«.

20. Dezember 1941: Der Generalbezirk Weißruthenien wird erheblich verkleinert. Die Hauptbezirke Mogilew, Witebsk und Smolensk entfallen. Mogilew und Witebsk bilden im wesentlichen den unter Militärverwaltung stehenden Teil Weißrutheniens. Diese gravierende Änderung erfolgt offenbar ohne jede öffentliche Begründung. Eine detaillierte Darstellung des Prozesses erfolgt im nächsten Abschnitt.

Interessant ist auch die Entwicklung der Judenfrage.

29. April 1941: Rosenberg legt als zeitweilige Übergangslösung fest: Arbeitszwang und Ghettoisierung.

Juli 1941: Göring beauftragt Heydrich mit einer den »Zeitverhältnissen entsprechenden« Lösung der Judenfrage.

13. August 1941: Weitere Festlegungen zu den Ghettos, Arbeitszwang für arbeitsfähige Juden.

22. August 1941: Dr. Zeitschel schlägt vor, alle Juden im deutschen Einflußbereich im Osten in einem besonderen Territorium zusammenzufassen.

14. September 1941: Rosenberg will alle Juden Zentraleuropas in die Ostgebiete verschicken. Der Vorschlag wird Hitler unterbreitet.

13. Oktober 1941: Rosenberg verbindet seinen Plan, die assozialen Elemente in die dünn besiedelten Ostgebiete zu verschicken, mit der Judenemigration nach dem Osten.

25. Oktober 1941: Hitler schickt die Juden »in den Morast«. Man beachte mehrere Besonderheiten im Gesamttext, so die Formulierung: der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird (nicht würde!) ein Fehlschlag sein. Des weiteren ist die Anwesenheit von Himmler und Heydrich hochinteressant. Heydrich hatte ja von Göring den Auftrag zur Endlösung erhalten. Himmler war Heydrichs Chef. Wurden an diesem Tag die Weichen gestellt, auch in Richtung strikter Geheimhaltung? Hatte Hitler Angst, es könnte ihm mit der Endlösung so gehen wie mit der Euthanasie, die ja wegen des Protestes der Öffentlichkeit abgebrochen werden mußte? Fürchtete Hitler Proteste gegen den »Morast«? Lagen vielleicht, und die Formulierung: »Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken!« weist daraufhin, schon Einwände hoher Offiziere vor? Das Gebiet war ja schon im Ersten Weltkrieg unter deutscher Kontrolle gewesen, zahlreiche deutsche Offiziere konnten das Gebiet gut kennen.

Herbst 1941: Die Maßnahmen zur Judenfrage in den Ostgebieten werden weiter detailliert.

20. Januar 1942: Die Wannsee-Konferenz legt die Modalitäten der Verschickung fest.

27. Januar 1942: Hitler erklärt: Der Jude muß aus Europa hinaus. Am besten, sie gehen nach Rußland.

Weitere Detaillierung der Maßnahmen zur Judenfrage. Unter anderem sehr prinzipielle Anweisungen zur Schulpolitik.

Hochinteressant ist die Formulierung im Wannsee-Protokoll: Die Juden sollen im Osten zum Arbeitseinsatz kommen, »unter Trennung der Geschlechter«. Dazu sei auf eine Notiz Rauschnings[92] verwiesen, nach der Hitler erklärte:

> »Wenn ich die Blüte der Deutschen in die Stahlgewitter des kommenden Krieges schicke, ohne auch nur um das kostbare deutsche Blut, das vergossen wird, das leiseste Bedauern zu verspüren, sollte ich dann nicht das Recht haben, Millionen einer minderwertigen, sich wie das Ungeziefer vermehrenden Rasse zu beseitigen, nicht indem ich sie ausrotten lasse, sondern nur indem ich systematisch verhindere, daß sich ihre große natürliche Fruchtbarkeit auswirkt. Beispielsweise indem ich die Männer jahrelang von den Frauen getrennt halte.«[93]

In diesem Zusammenhang gewinnt die Formulierung von Frank vom 16. Dezember 1941: ». . . werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen«, eine besondere Bedeutung.

Generell lassen sich vielerlei Fragen aus den hier vorgestellten Texten ableiten. Beispiele: Wieso wird der kulturellen Betätigung der Juden in den Texten ein so breiter Raum eingeräumt? Oder: Was ist aus den Franzosen geworden, die nach dem Osten geschickt worden sind? Wenn man sie töten wollte, warum hat man sie nicht in Frankreich umgebracht wie die anderen? Auf das Schicksal von Franzosen in der Sowjetunion wird im nächsten Kapitel eingegangen.

D. Weißruthenien

Der Bildung des Generalbezirks Weißruthenien gingen verschiedene Überlegungen voraus, die nachfolgend vorgestellt werden. Die geringe deutschsprachige Literatur über Weißruthenien war sich darin einig, daß das Siedlungsgebiet der Weißruthenen, wie es allgemein hieß, größer ist als die Sowjetrepublik Weißrußland. Der wichtigste Raum, den es dazuzuzählen gelte, sei der Großraum Smolensk und zudem die östliche Umgebung von Wilna.[94] Diese Ansichten aufgreifend, hat Rosenberg 1941 bei seinen ersten Planungen vorgesehen, Weißrußland oder, wie es später hieß, Weißruthenien bis auf 250 km an Moskau heranzuschieben.[95] Die von Rosenberg in Arbeit gegebene Verwaltungsgliederung vom Stand 10. August 1941 sah deshalb auch die Einteilung des Generalbezirks Weißruthenien in fünf Hauptbezirke[96] vor, und zwar:

- Minsk
- Mogilew
- Bobruisk
- Witebsk
- Smolensk.

Auf diesen Raum war zunächst auch die Zivilverwaltung für Weißruthenien abgestimmt, wie einem Bericht der Deutschen Zeitung im Ostland vom 2. 9. 1941 über eine Besichtigungsfahrt des Reichskommissars Hinrich Lohse zu entnehmen ist. Danach war der Raum von Smolensk bis Minsk und von Witebsk bis Sluzk von der Wehrmacht bereits an die deutsche Zivilverwaltung übergeben worden. Die Gebietskommissare waren teils schon tätig oder sollten in kürzester Frist in ihren Einsatzorten eintreffen.

Drei Monate später ist diese Verwaltungsstruktur Weißrutheniens aus unbekannten Gründen prinzipiell geändert worden. Ungewöhnlich ist, daß diese Veränderung weitgehend stillschweigend erfolgte. Der erste Hinweis ist einer für den Dienstgebrauch bestimmten Veröffentlichung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 20. Dezember 1941 zu entnehmen. Danach war zu diesem Zeitpunkt auf Vorschlag von Hinrich Lohse diese Struktur

schon wieder abgeschafft.[97] Hinweise auf die neue Struktur kann man einer Aufstellung der für die einzelnen Kreisgebiete zuständigen Wehrmachtskommandanturen[98] entnehmen. Danach gibt es im Generalbezirk Weißruthenien die folgenden Kreisgebiete:

- Minsk
- Baranowicze
- Slonim
- Nowogrodek
- Lida
- Sluzk
- Hancewicze
- Glebokie
- Wilejka.

Konkret bedeutet das, daß der Generalbezirk Weißruthenien auf den früheren Hauptbezirk Minsk beschränkt wurde. Andere Veröffentlichungen bestätigen das indirekt. Genaue Informationen kann man erst einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1944 entnehmen.[99] Danach gliedert sich Weißruthenien in einen zivil- und einen militärverwalteten Teil. Der zivilverwaltete Teil besteht aus elf Kreisgebieten. Zu den oben angeführten neun Kreisgebieten kommen noch:

- Stadtgebiet Minsk
- Kreisgebiet Barisau.[100]

Sind Informationen über den zivilverwalteten Teil Weißrutheniens schon schwierig zu erhalten, so findet sich über den militärverwalteten Teil so gut wie nichts. Die einzige Nachrichtenquelle ist eine Karte, die dem oben erwähnten Aufsatz beigefügt ist. Das ursprüngliche Weißrußland wurde nicht vergrößert, sondern erheblich verkleinert. Südlich wurden weite Gebiete abgetrennt und dem Reichskommissariat Ukraine zugewiesen. Die Grenze verläuft jetzt auf der Linie Pinsk–Mosyr–Gomel, wobei diese Orte schon zur Ukraine gehören. Östlich stimmt sie mit der früheren Grenze der ehemaligen Sowjetrepublik Weißrußland überein und im Westen wurde u.a. ein großes Gebiet um Bialystok abgetrennt. Sonderbar ist vor allem die Grenze zwischen dem zivil- und dem militärverwalteten Teil, da sie auf keinerlei frühere administrative

Einteilungen Rücksicht nimmt.[101] Es ragt z. B. ein Zipfel weit in das eigentliche Kreisgebiet Minsk hinein. Die Grenze scheint ziemlich unmotiviert zu verlaufen. Zieht man allerdings Unterlagen über die Bodenverhältnisse in Weißrußland heran, dann erscheint die Grenze plausibel. Weißrußland wird in acht Einzellandschaften aufgegliedert.[102] Die Grenze teilt, von Norden kommend, die Seenplatte von Polozk so, daß die westliche Landschwelle zum zivilverwalteten Teil gehört. Sie trennt den Weißrussischen Landrücken und die Landschwelle von Orscha und Mogilew. Dadurch erklärt sich auch der eigenwillige Zipfel. Südlich geht die Grenze dann relativ gerade durch die nordpolessische Moor- und Waldebene. Die Böden dieser Regionen sind stark mit Sümpfen und Mooren durchsetzt.[103] Nach diesen Beschreibungen kann man sich die Landschaft, vor allem bei Regen als Morast vorstellen. Hinzu kommen besondere Klimaverhältnisse des Raumes, die im Frühjahr und im Herbst wirksam werden, die Verschlammung. Dazu heißt es in einer Veröffentlichung des Reichskommissars für das Ostland über das Klima des Ostlandes:

»Die Verschlammung kommt folgendermaßen zustande:
Der Schneematsch mischt sich mit der bei der Schneeschmelze zuerst auftauenden obersten Bodenschicht. Diese ist mit Wasser durchtränkt, denn in ihr lagern die Rückstände der Herbstregen und die Schmelzwassermengen der Schneedecke. Der nur in geringer Tiefe aufgetaute Boden erwärmt sich langsam, da viel Wärme zum Tauen verbraucht wird. Die Verdunstung geht langsam vor sich, und die Wasserzufuhr durch Frühjahrsregen kann bedeutend sein. Schließlich wirkt der unter der durchweichten Schicht liegende gefrorene Boden als wasserundurchlässige Schicht und verhindert das Durchsickern des Wassers aus den höher liegenden in tiefere Schichten. Daher kann das Abtrocknen des Bodens erst bei genügender Auftautiefe, falls das Wasser abfließen kann, und beim Eintritt genügend starker Erwärmung und Verdunstung erfolgen. Diese Überfeuchtung der obersten Bodenschicht und die Mischung mit den Schneematsch verursacht besonders auf unbefestigtem Boden die bekannte Wegelosigkeit. Die Räder der Fahrzeuge versinken bis auf die noch gefrorene Schicht im Schlamm. Mit dem Anwachsen der aufgetauten Schicht wird der Schlamm immer tiefer, und für die Fahrzeuge wächst der Bewegungswiderstand.«[104]

Wenn Hitler die Juden in diesen Teil Weißrußlands geschickt hat, dann gibt die Bemerkung, er schicke die Juden in den Morast, Sinn.

1. Sonderrolle Weißrutheniens

Die wenigen zeitgenössischen Veröffentlichungen über Weißruthenien werden von eigentümlichen Forderungen und Feststellungen getragen. In einem Aufsatz mit dem programmatischen Titel: »Weißrutheniens Weg« heißt es:

> »Das Großdeutsche Reich hat den Weißruthenen wieder ihrer Urväter Raum zugewiesen. Nun gilt es, durch Arbeit und persönliche Opfer jedes Einzelnen und mit Unterstützung der besten deutschen Kräfte diesen Raum neu zu erwerben.«[105]

Zwei weitere Zitate behaupten die Orientierung der Weißruthenen auf den Westteil Weißrußlands:[106]

> »Man blickt vielmehr aus den kleinen Doppelfenstern der Holzhäuschen gern nach Westen. Man schaut nach Warschau, Wien, Berlin und seit Napoleons Zeiten im gemischten weißruthenisch-polnischsprachigen Teil mit Vorliebe nach Paris.«

> »Baranowitschi, Slonin und Lida dürfen nicht in einem Atemzuge mit Minsk oder Smolensk genannt werden. Es hieße, zwei scharf voneinander getrennte Welten in einem Atemzuge nennen.«

In einem anderen Aufsatz mit ähnlichem Titel: »Weißrutheniens Weg zur Freiheit« heißt es:

> »Die Kräfte, die sich der deutschen Verwaltung sofort zur Verfügung stellten und zu ehrlicher Mitarbeit bereit waren, kamen aus dem weißruthenischen Teil der Bevölkerung. So erscheint es selbstverständlich, daß die ethnographisch überwiegend weißruthenischen Gebietsteile zu einem eigenen Verwaltungsbezirk zusammengeschlossen wurden, zum Generalbezirk Weißruthenien.«[107]

Daß hier der zivilverwaltete Teil Weißrutheniens gemeint ist, geht aus einer späteren Stelle hervor, wo auf elf Gebietskommis-

sare verwiesen wird.[108] Hochinteressant ist die Sonderrolle Weißrutheniens, die verschiedentlich erwähnt wird. Die Deutsche Zeitung im Ostland berichtet über eine Tagung der Gebietskommissare unter dem Titel »Neuformung für Weißruthenien«:

»Weißruthenien hat innerhalb des Reichskommissariats Ostland mannigfache Probleme zu bewältigen, die den übrigen Generalbezirken fremd bzw. dort ganz anders gelagert sind.«[109]

Der Reichskommissar für das Ostland, Lohse, spricht von »neuartigen einmaligen Aufgaben« in Weißruthenien.[110] Für die Deutschen in den Ostgebieten habe ihr Einsatz in Weißruthenien eine »besondere Eigenart«.[111] Nähere Ausführungen, worum es sich handeln könnte, werden nie gemacht. Es gibt aber Hinweise, daß diese einzigartigen Aufgaben über den lokalen Raum hinaus von Bedeutung sind. So heißt es:

Weißruthenien »muß völlig neu geformt werden, damit es nach dem Endsieg ein brauchbares Glied im Verbande des neuen Europa wird«.[112]

Oder es heißt:

»... daß Weißruthenien seine Pflicht dem werdenden neuen Europa gegenüber getreulich erfüllen wird«.[113]

Aber auch hier wird nicht klar, worin diese Pflicht besteht. Festzuhalten bleibt, daß Weißruthenien im wesentlichen auf seinen Westteil beschränkt werden soll, die Heimat seiner Väter, wo die Weißruthenen ethnographisch ihren Schwerpunkt haben. Weißruthenien muß neu geformt werden und dabei eine Aufgabe für das neue nationalsozialistische Europa übernehmen, die einmalig ist. Anzumerken ist, daß die hier gegebene Darstellung über die Heimat der Weißruthenen in eklatanter Weise Äußerungen von Rosenberg widerspricht. (vgl. weiter vorn unter dem 2. April 1941).

2. Umsiedlungsaktionen

Innerhalb von Weißruthenien hat es Umsiedlungsaktionen vom militärverwalteten Teil Weißrutheniens in den zivilverwalteten Teil gegeben. Über eine derartige Umsiedlungsaktion oder, wie es genau hieß, Übersiedlungsaktion berichtete die Deutsche Zeitung im Ostland ausführlich. Danach übergab der Gebietskommissar Dr. Kaiser zum Jahresende 1942 an neun Bauern Einzelhöfe. Der interessante Abschnitt lautet:

> »Den Bauern wurde vom Gebietskommissar und vom Landwirtschaftsrat bei der Übersiedlung von Borowlany nach den neu entstehenden Bauernhöfen jede praktische Unterstützung zugesagt.«[114]

Den Ort Borowlany gibt es laut den mir zugänglichen entsprechenden Ortsverzeichnissen nicht.[115] Wohl aber gibt es ein Borovlyane, welches die Koordinaten 55 19 N und 30 06 E hat. Auf der deutschen Heereskarte kann man mit diesen Angaben dann den Ort Borowljane finden. Hier muß auf die Latinisierung kyrillischer Ortsangaben als ein prinzipielles Problem verwiesen werden. So findet man den Ort Baranowitschi als Baranovichi oder auch als Baranowicze. Es gibt bestimmte kyrillische Buchstaben, deren Umsetzung in das lateinische Alphabet Schwierigkeiten macht. Der Kern von Borowlany »Borowl« ist relativ einfach und trägt nur wenig Mehrdeutigkeiten in sich. Eine übliche Entsprechung für v ist w. Es gibt nun laut dem verwendeten und bekanntermaßen sehr vollständigen amerikanischen Ortsverzeichnis keinen Ort, der mit »Borowl« beginnt. Mit »Borovl« beginnen mehrere Orte, die aber alle anderswo liegen. Es gibt noch ein zweites Borovlyane östlich des Urals, außerdem noch viele Borovlyanka, die sich aber alle in Sibirien befinden. Am ehesten käme noch ein Ort Borovlevo[116] in Frage, der aber doch zu stark von Borowlany abweicht, zudem liegt dieser Ort östlich von Smolensk und damit außerhalb von Weißruthenien. Ich meine folglich, von Borovlyane ausgehen zu können. Borovlyane liegt in unmittelbarer Nähe von Witebsk, und somit wurden diese Bauern aus der militärverwalteten in die zivilverwaltete Zone, nach Minsk Land, umgesiedelt. Dieser Aktion

schenkte die Deutsche Zeitung im Ostland so große Aufmerksamkeit, daß sie darauf zwei Wochen später noch einmal zurückkam und in einem sehr ausführlichen Artikel dazu prinzipielle Erwägungen anstellte[117] mit der Absicht, so mein Eindruck, allzu großen Hoffnungen auf weitere umfangreiche Zuweisungen von Höfen an andere Bauern vorzubeugen. Daß es weitere Übersiedlungen in größerem Umfang gegeben hat, ist danach anzunehmen, nur daß die Betroffenen in der Regel keine eigenen Bauerhöfe erhielten. Sie wurden auf später vertröstet. Dazu ein Zitat aus dem zweiten Artikel:

> »Im Kriege spielen natürlich auch andere Dinge eine Rolle. So wird auch erst nach dem Kriege die notwendige Flurbereinigung, die Auflockerung der übervölkerten Dörfer durch Schaffung neuer Siedlungen usw. erfolgen können. Dann werden auch manche andere Fragen aus dem bäuerlichen Sektor geklärt und beantwortet werden.«[118]

Man beachte: Übervölkerte Dörfer und Schaffung neuer Siedlungen! Wieso waren die Dörfer übervölkert, und das gleich in so starkem Umfang, daß man an neue Siedlungen denken mußte?

3. Sonderbehandlung Weißrutheniens

In vielen Dingen, die die besetzten Ostgebiete betreffen, wurde Weißruthenien abweichend von den anderen Gebieten behandelt. Charakteristisch hierfür sind schon die fehlenden Informationen über diesen Raum. Informationen über die besetzten Ostgebiete sollte »Die Ostkartei« liefern, die im Zentralverlag der NSDAP erschien.[119] Sie enthält ausführliche Informationen auch über das Reichskommissariat Ostland. Aber behandelt werden nur die baltischen Teile: Estland, Lettland und Litauen. Weißruthenien wird in der Regel ausgespart. Da heißt es über die Bevölkerung lapidar: »Für den Generalbezirk Weißruthenien liegen keine Zahlenangaben über die Volkstumsgliederung vor.«[120] Oder zu demselben Thema an anderer Stelle:

»Der... Generalbezirk Weißruthenien... hatte eine... völlig abweichende politische, soziale und bevölkerungsmäßige Entwicklung. Er ist daher zum Schluß gesondert behandelt.«[121]

Doch kann ich diese Informationen nicht finden. Auch hier ergeben sich Fragen, wie: Wieso hatte dieser Bezirk eine völlig abweichende Entwicklung? Ebenso wird in dem Abschnitt über die Wissenschaft und Erziehung im Reichskommissariat Ostland Weißruthenien völlig ignoriert.[122] Dort, wo Informationen vorliegen, belegen sie wiederum die Sonderbehandlung Weißrutheniens. Als Grund für diese Sonderbehandlung, so weit darauf eingegangen wird, gibt man an:

»Wenn der zum Ostland gehörige Generalbezirk Weissruthenien in diese Regelung nicht einbezogen worden ist, so liegt der Grund darin, daß hier im altsowjetischen Gebiet infolge der langandauernden Herrschaft der Bolschewisten die Voraussetzungen organisatorischer und personeller Art noch fehlen.«[123]

Das ist eine Argumentation, die auf den ersten Blick besticht, doch falsch ist. Der überwiegende Teil des Generalbezirks Weißruthenien war bis 1939 polnisch. Er war etwa ein dreiviertel Jahr länger unter sowjetischer Besetzung als die baltischen Staaten. Vor allem aber wurden Weißruthenien eine Reihe von Einrichtungen vorenthalten, die man in der Ukraine eingeführt hat. Vom ursprünglichen Weißrußland wurden einige Gebiete abgetrennt und der Ukraine zugeschlagen. Diese Gebiete wurden abweichend vom restlichen Teil Weißrußlands behandelt. Zur Sonderbehandlung Weißrutheniens sollen vier Komplexe vorgestellt werden:

- Postverkehr,
- Presse,
- Reiseregelungen,
- landeseigene Behörden.

a) Postverkehr. Zunächst wurde in den besetzten Ostgebieten ein sogenannter Dienstpostverkehr über die Deutsche Dienstpost ein-

geführt, die wenig mit der Deutschen Reichspost zu tun hatte. Zitat:

»Die ›Deutsche Dienstpost‹, von der hier die Rede sein soll, ist dagegen eine eigene Organisation gewesen, eine gesonderte Einrichtung neben der Deutschen Reichspost, aus ihr hervorgegangen und, wenn man so sagen will, auch wieder in sie eingegangen. Sie war kein Beförderungsgegenstand der Post, sondern eine weitverzweigte, in Ost, West, Nord und Süden des Deutschen Reiches neugeschaffene Postorganisation mit der besonderen Aufgabe, die Dienstpost der deutsche Behörden, der Parteidienststellen, der Wehrmachtsverwaltungen wie Lazarette, Heeres-, Luftwaffen- und Marineverpflegungs- und unterkunftsämter, der Ersatz- und Ausbildungseinheiten und Stäbe in den besetzten Gebieten, der Dienststellen des Vierjahresplanes mit allen ihren (Unter-)Generalbevollmächtigten, der OT, der weitverzweigten Arbeitsverwaltung und ihre Erfassungsstäbe zu befördern. Neben diesen Aufgaben der Beförderung der Dienstpost aller dieser Stellen von und zur Heimat, die selbstverständlich gebührenfrei war, trat dann die gebührenpflichtige Aufgabe, die Privatpost einer Armee von Hunderttausenden von Beamten, Angestellten und Arbeitern obengenannter Dienststellen zu befördern, auch wiederum von den besetzten Gebieten in die Heimat und von den Angehörigen in der Heimat in die besetzten Gebiete. Mit zunehmender Ausweitung des Krieges, Verstärkung des Rüstungspotentials durch Einbeziehung der großen französischen, belgischen, niederländischen, nordischen und auch russischen Rüstungswerke, wurden zahlreiche deutsche Firmen veranlaßt, Zweigniederlassungen in den besetzten Gebieten zu errichten, Hunderte, ja Tausende von Werkmeistern, Vorarbeitern und Facharbeitern in diese fremden Werke abzustellen. Der Bau des Atlantikwalles vom Nordkap bis zur spanischen Grenze, der Ausbau des Südrandes der Alpenfestung, der Bau von starken Befestigungen in Oberitalien führte wiederum zahlreiche deutsche Baufirmen mit ihren Ingenieuren, Meistern und Vorarbeitern ins besetzte Ausland. Alle diese Kräfte wollten und mußten persönlich mit Post versorgt werden und die Fühlung mit ihren Angehörigen halten. Die Post aller dieser Firmen war zwar gebührenpflichtig, konnte aber durch die Landespost nicht befördert werden, die überall während des Krieges unter Spionage oder dem Einfluß ausländischer Agenten stand.«[124]

Die Deutschen Dienstpostämter überzogen im Laufe der Jahre fast den gesamten Osten. Von Narwa, Slanzy und Pleskau im Norden, nahe der Front, bis in den tiefen Süden auf der Krim und im Donezbecken gab es Ämter der Deutschen Dienstpost. Überall, wo ein Gebiet halbwegs befriedet war, entstanden diese Ämter.[125]

In Weißruthenien, im zivilverwalteten Teil gab es zwölf, im militärverwalteten Teil gab es kein einziges Amt. Bei der Aufgabe, die diese Ämter hatten, ist daraus zu schließen, daß die Wirtschaftskraft dieses Teils offenbar nicht der Kriegführung dienstbar gemacht war. Das ist eigentlich schwer verständlich. Die umliegenden Gebiete im Norden, Westen und Süden hatten alle Dienstpostämter. Auch die ehemaligen weißrussischen Gebiete mit den Städten: Pinsk, Petrikow, Mosyr, Retschiza, die der Ukraine zugeteilt waren, besaßen alle ein Dienstpostamt[126], aber die Städte Witebsk, Mogilew, Bobruisk und Gomel hatten keines. Der militärverwaltete Teil Weißrutheniens blieb frei von Dienstpostämtern.

Unabhängig davon war die Wiederaufnahme des Postverkehrs für die Zivilbevölkerung. In den baltischen Ländern wurde der Postverkehr rasch wieder aufgenommen. Zitat:

»In den drei Generalkommissariaten Estland, Lettland und Litauen sind seit dem Spätsommer 1941 80 Dienstpostämter, 580 Postzweigstellen und annähernd 6000 Poststellen und Posthilfsstellen, in Riga das Bahnpost-, das Postscheck-, das Fernsprech- und ein Wertzeichenherstellungsamt unter deutscher Leitung in Betrieb genommen worden. Weitere Fernsprechämter wurden in Dorpat, Reval, Wilna und Kauen errichtet.«[127]

Für die Ukraine heißt es:

»Im Reichskommissariat Ukraine vollzieht sich der Aufbau des Postwesens in gleicher Form. Auch hier ist die Bevölkerung bereits in den allgemeinen Postdienst miteinbezogen worden und macht von den Einrichtungen starken Gebrauch.«[128]

Nur in Weißruthenien wurde kein Postverkehr für die Zivilbevölkerung eingerichtet, nicht einmal im zivilverwalteten Teil.[129]

b. Die Presse. Sehr rasch wurde ein eigenes Pressewesen für die besetzten Ostgebiete aufgebaut. Aber auch hier wurde der militärverwaltete Teil Weißrutheniens völlig ausgespart und der zivilverwaltete Teil stiefmütterlich behandelt. Der Umfang des Pressewesens sei tabellarisch dargestellt:[130]

Gebiet	Größe/qkm	Einwohner	Anzahl/Exemplare
Estland	47 549	1 017 811	15 / 211 250
Lettland	65 791	1 803 104	25 / 663 500
Litauen	67 199	2 797 840	18 / 509 400
Weiß-Ruth. (mit	60 461	2 400 000	4 / 190 000
ohne Schulztg.)	60 461	2 400 000	3 / 95 000
Ukraine	?	?	50 / ?

Die größte Zeitung in Weißruthenien war die *Bjelarusskja Schkola*, eine Schulzeitung, die als Ersatz für Schulbücher herausgegeben wurde. Da es keine richtige Zeitung war, werden zwei Zahlen für Weißruthenien angegeben.

Die Zeitungsdichte läßt Rückschlüsse auf die zugelassene lokale Informationsdichte[131] zu:

Estland	3 170 qkm/Zeitung
Lettland	2 632 qkm/Zeitung
Litauen	3 170 qkm/Zeitung
Weiß-Ruth. (mit	15 115 qkm/Zeitung
ohne Schulztg.)	20 154 qkm/Zeitung

Die Zahl der Einwohner pro Zeitungsexemplar ergibt:

Estland	4,8 Einwohner/Zeitung
Lettland	2,7 Einwohner/Zeitung
Litauen	5,5 Einwohner/Zeitung
Weiß-Ruth.(mit	12,6 Einwohner/Zeitung
ohne Schulztg.)	25,3 Einwohner/Zeitung

Diese Aufstellungen belegen auch hier eine Sonderbehandlung Weißrutheniens. In den von Weißrußland abgetrennten Orten konnten im Generalkommissariat Ukraine durchaus Lokalzeitungen erscheinen, wie z. B. in Mosyr.[132] In der Ukraine erschienen selbst in spät besetzten Gebieten Lokalzeitungen, so in Cherson, Nikopol, Kriwoj-Rog und Berdjansk.[133]

c. Reiseverkehr. Einheimischen Zivilisten war zunächst die Benutzung der Eisenbahn prinzipiell verboten.[134] 1943 wurde für die Generalbezirke Estland, Lettland und Litauen ein Zivilreiseverkehr in einem eng begrenzten Rahmen zugelassen.[135] Reisen im dringenden Interesse der eigenen Person waren u. a. erlaubt. Weißruthenien wurde auch hier wieder ausgeklammert.

d. Landeseigene Behörden. 1942 wurden für die Generalbezirke Estland, Lettland und Litauen landeseigene Behörden anerkannt. Der Generalbezirk Weißruthenien wurde nicht erwähnt. Jedes Kreisgebiet erhielt einen Kreisältesten, der sich um das Finanzwesen, die Arbeitsverwaltung, das Gesundheitswesen und die allgemeine Landesverwaltung zu kümmern hatte.[136]

4. Wehrdörfer.

Eine Besonderheit Weißrutheniens, die es offenbar in anderen Teilen der besetzten Sowjetunion nicht gegeben hat, ist die Bildung von Wehrdörfern.[137] Als Grund wird angegeben, es gelte, gegen die Feinde des weißruthenischen Bauern, die von Moskau organisierten Terrorbanden, anzugehen, und die Wehrdörfer sollten der Selbstverteidigung der Bauernbevölkerung Weißrutheniens dienen. Bedeutsam erscheint mir, daß die Wehrdörfer an den Grenzen Weißrutheniens (und somit nach allgemeinem Sprachgebrauch: an der Grenze des zivilverwalteten Teils) angelegt werden sollen.[138] Zu fragen ist: Wieso an den Grenzen? Wäre es nicht sinnvoller, die Dörfer an den Grenzen zu Partisanengebieten anzulegen? Konkret wird das Wehrdorf Kurgany vorgestellt.[139]

Im Ortsverzeichnis findet sich der Name Kurgany nicht, dafür siebenmal Kurgani.[140] Da hier auch die russische Schreibweise vorliegt, kann die verschiedene Umsetzung belegt werden. Kurgany endet im Russischen mit dem Buchstaben »bI«. Der wird teils als »y« teils als »i« in lateinischer Schrift dargestellt. Von diesen sieben Kurgani liegen allerdings nur zwei in Weißrußland; eines der beiden im militärverwalteten und eins im zivilverwalteten Teil. Ich gehe davon aus, daß es sich um das Kurgani im zivilverwalteten Teil handelt, da es bei dem totalen Informationsmangel über den militärverwalteten Teil als unwahrscheinlich anzunehmen ist, daß in solch einer heiklen Angelegenheit wie einem Wehrdorf hier der Informationsstopp durchbrochen wurde. Kurgany liegt demnach südwestlich von Minsk in der Grenzzone zwischen dem zivil- und dem militärverwalteten Teil. Es ist auf der Deutschen Heereskarte U54 VIII.43 verzeichnet[141]. Eigentümlich ist auch der strategische Plan, nach dem die Wehrdörfer zu bilden sind. Es sollen zunächst Ketten[142] von Wehrdörfern und erst später Netze aufgebaut werden. Als militärischer Laie bin ich verwundert. Eine Kette erscheint sinnvoll, wenn es darum geht, eine Art Grenze zu bewachen. Zur Selbstverteidigung erscheint mir ein Netz günstiger.

Bei den Planungen über die Endlösung der Judenfrage durch »Riesenghettos« war als offenes Problem die Bewachung genannt worden.[143] War das vielleicht die Lösung?

5. Eine Modellrechnung

Der Plan, die Juden im Raum Lublin zu konzentrieren, scheiterte daran, daß die Bevölkerungsdichte zu hoch gelegen hätte.[144]

Würde denn das Gebiet Weißruthenien rein rechnerisch hierfür ausreichen? Die Größe [145] (und hier wurde von den verschiedenen Angaben, die vorliegen, die den anderen Angaben zugeordnete gewählt) des zivilverwalteten Teils beträgt 53662 qkm. Die Größe des militärverwalteten Teils habe ich nirgends gefunden. Ein Größenvergleich gemäß einer Karte[146] zeigt, daß das militärverwaltete Gebiet in etwa um 33% größer ist als das zivilverwaltete. Daraus

ergibt sich, daß Weißruthenien etwa 125000 qkm groß ist. Die Bevölkerungsdichte wird in verschiedenen Quellen mit ca. 40 Einwohner/qkm angeben.[147] Allgemein wird auch angenommen, daß die Juden etwa 10% der Bevölkerung von Weißruthenien stellen.[148] Danach ergäbe sich die folgende Überschlagsrechnung (Zivilteil mit 54000 qkm aufgerundet):

	Größe/qkm	Menschen	Juden	Nichtjuden
Zivilteil	54000	2160000	216000	1944000
Militärteil	71000	2840000	284000	2556000

Bei dem Lublin-Plan ist man von 5 Millionen umzusiedelnden Juden ausgegangen.[149] In ähnlicher Größenordnung liegt sicher auch hier die Anzahl. Würde man annehmen, daß die Nichtjuden aus dem Ostteil in den Westteil umgesiedelt und fünf Millionen Juden im Ostteil angesiedelt wurden, dann ergäbe sich folgende Verteilung:

	Größe/qkm	Menschen	Bevölkerungsdichte
Zivilteil	54000	4500000	83,33 qkm
Militärteil	71000	5000000	70,42 qkm

Von der Bevölkerungsdichte her wäre ein solcher Plan möglich. Problematisch sind solche Abschätzungen natürlich, aber selbst wenn man von sechs Millionen Menschen ausgehen würde, was der Größenordnung der verschwundenen Juden entspricht, dann ergäbe sich immer noch die sicher akzeptable Bevölkerungsdichte von 84,5.

6. Deutsche Heereskarte V43 Bobruisk

Die einzige detaillierte Information über die militärverwaltete Zone Weißrutheniens liefert die Deutsche Heereskarte 1:300000. Diese Karte ist auch in Archiven relativ häufig vorhanden. Allerdings benötigt man verschiedene Ausgaben desselben Blattes, um

Vergleiche anstellen zu können. Nötig sind mindestens zwei Ausgaben, die unter deutscher Besetzung entstanden sind, denn nur dann hatten die Kartographen auch unmittelbaren Zugang zu dem Gebiet. Diese Voraussetzungen sind für den Kern des unter Militärverwaltung stehenden Gebiets Weißrutheniens für mich nur bei dem Blatt V43 Bobruisk gegeben. Da liegen mir die Ausgaben vor:

- Stand: 1.II.42
- Stand: V.1943

Bei einem direkten Vergleich ergibt sich eine Schwierigkeit. Die Darstellungstechnik von Ortschaften wurde bei diesen beiden Blättern geändert. Beim Blatt Stand 1.II.42 wurden kleine Orte nur als kleine Kreise, beim Blatt Stand V.1943 wurden diese Orte, wie sonst bei deutschen Karten üblich, als Miniaturortspläne eingezeichnet. Dadurch verzerrt sich optisch das Bild erheblich. Eine viel stärkere Besiedelung wird durch diese Darstellungstechnik vorgetäuscht. Es ergeben sich bei einem Vergleich folgende Änderungen:

a. Straßen. Die Durchgangsstraßen, die den Raum Bobruisk auf der Karte aus 1942 durchziehen, sind vollständig verschwunden. Man beachte: die jüdischen Ghettos sollten nicht von Durchgangsstraßen durchschnitten werden.[150]

Die Straße, die Ossipowitschi und Bychoff (früher Star. Bychow) verbindet, wird völlig neu gebaut. Auf der Legende des Kartenblattes aus dem Jahr 1943 wurde deshalb sogar eine neue Zeichenerklärung eingeführt (hinzugedruckt). Man beachte: Im Protokoll der Wannsee-Konferenz heißt es : »... und werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt«.[151]

b. Eisenbahn. Ebenfalls neu gebaut wurde offenbar, d.h. die Zeichenerklärung fehlt, ein Analogieschluß führt dazu, die Eisenbahnlinie zwischen Ossipowitschi und Sagatje (an der Strecke nach Mogilew).

c. Neue Siedlungen. Nördlich von Ossipowitschi im Raum Bolschaja Grawa sind viele neue Ortschaften verzeichnet. Die dortige

Sumpfgegend ist mit einem Netz von unterbrochenen Linien durchzogen, für die es keine Zeichenerklärung gibt, die aber Entwässerungsgräben darstellen könnten. Derartige unterbrochene Netzlinien sind an vielen Stellen des Kartenblattes aus 1943 zu finden, waren aber auf dem Blatt aus 1942 noch nicht da.

E. Die Transporte

1. Eisenbahnnetz und Lager

Um bestimmte Aspekte der Transporte in die sogenannten Vernichtungslager verstehen zu können, muß kurz auf den Aufbau des Eisenbahnwesens im Deutschen Reich und den besetzten Ostgebieten eingegangen werden. Danach gab es, zumindest ab Frühjahr 1942, drei Planungsinstanzen, die Eisenbahntransporte zusammenstellte:

· *Deutsche Reichsbahn* war zuständig für das Reichsgebiet;

· *Generaldirektion der Ostbahn (Gedob)* war zuständig für das Generalgouvernement;[152]

· *Generalverkehrsdirektion Osten (GVD Osten)* war zuständig für die besetzten Ostgebiete.[153] Die GVD Osten bestand aus einzelnen Haupteisenbahndirektionen (HBD), und zwar gab es HBDs in Kiew, Minsk, Polawa, Riga und Rostow.[154]

Nicht nur die Deutsche Reichsbahn, sondern auch die Gedob und die GVD Osten hatten sehr viele Entscheidungen für ihren Bereich selbstverantwortlich zu treffen. Die Gedob war z. B. allein zuständig für die Verteilung der Güterwagen im Generalgouvernement.[155] Die HBD der GVD Osten waren zuständig für die Betriebsführung, Transportdisposition, Fahrplanbearbeitung und für alle grundsätzlichen Betriebsfragen. Sie mußten über jeden einzelnen Zug disponieren, da nur sie z.B. Feindeinwirkungen berücksichtigen konnten.[156] Um den Ablauf von Transporten planen zu können, mußte zwischen den Grenzübergängen der RVD-Bezirke (Deutsche Reichsbahn), der Gedob und der GVD Osten ein Zugverteiler für einen Zeitraum von einer Woche oder einem Monat

vereinbart werden. Danach wurde für jeden Übergang zwischen den Bezirken genau festgelegt, wieviel Züge am Übergang zu übergeben oder zu übernehmen sind.[157]

Schaut man sich die Lage der Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Belzec an, so stellt man fest, daß sie alle an der Grenze zweier Transportbezirke liegen.

Auschwitz liegt in Grenznähe der Gedob. Die Entfernung von Auschwitz zu dem Gedob-Bezirk dürfte etwa 20 km betragen.[158] Für Transporte von Auschwitz nach Minsk stand eine leistungsfähige Eisenbahnlinie Auschwitz–Radom–Brest–Minsk zur Verfügung.[159]

Treblinka liegt direkt an der Grenze der Gedob und des Großdeutschen Reich. Transporte können über Bialystock–Wilna–Minsk geleitet werden.[160]

Sobibor liegt an der Grenze[161] zwischen dem Generalgouvernement (Gedob) und dem Reichskommissariat Ukraine (HBD Kiew). Es ist als Übergabestation zwischen der Gedob und der GVD Osten geeignet.

Belzec scheint als einziges Lager relativ weit von der Gedob-Grenze entfernt.[162] Man muß aber beachten, daß das ursprüngliche Generalgouvernement nach dem Einmarsch in die Sowjetunion vergrößert wurde. Belzec liegt in der Nähe der ursprünglichen Grenze. Bei Belzec läßt sich die Funktion als Durchgangslager relativ gut belegen. Es gibt einen Aktenvermerk, in dem mehrfach auf die Grenzlage Belzecs hingewiesen wird. Zitat:

> »1. Es wäre zweckmäßig, die in den Distrikt Lublin kommenden Judentransporte schon auf der Abgangsstation in arbeitseinsatzfähige und nicht arbeitseinsatzfähige Juden zu teilen. Wenn diese Auseinanderhaltung auf der Abgangsstation nicht möglich ist, müßte man evtl. dazu übergehen, den Transport in Lublin nach den obengenannten Gesichtspunkten zu trennen.
> 2. Nichteinsatzfähige Juden kommen sämtlich nach Belzec, der äußersten Grenzstation im Bezirk Zamośź.

3. Hstuf. Höfle ist daran, ein großes Lager zu bauen, in welchem die einsatzfähigen Juden nach ihren Berufen karteimäßig erfaßt und von dort angefordert werden können.

...

6. H. fragt, wo auf der Strecke Deblin–Trawniki 60000 Juden ausgeladen werden könnten. Über die jetzt von uns aus laufenden Judentransporte orientiert, erklärte H., daß von den 500 in Susiec angekommenen Juden die nicht arbeitsfähigen aussortiert und nach Belzec geschickt werden könnten. Laut Fernschreiben der Regierung vom 4. 3. 42 rollt ein Judentransport aus dem Protektorat mit der Bestimmungsstation Trawniki. Diese Juden sind nicht in Trawniki ausgeladen, sondern nach Izbica gebracht worden. Eine Anfrage des Kreishauptmannes Zamosc, von dort 200 Juden zur Arbeit heranziehen zu können, wurde von H. bejaht.
Abschließend erklärte er, er könne täglich 4 – 5 Transporte zu 1000 Juden mit der Zielstation Belzec aufnehmen. Diese Juden kämen über die Grenze und würden nie mehr ins Generalgouvernement zurückkommen«[163]

Auch für Auschwitz gibt es Anhaltspunkte, daß es ebenso die Funktion eines Umsiedlerlagers hatte. In den Aufzeichnungen von Höß findet sich der folgende Abschnitt, wo es über die Zigeuner heißt:

»Obwohl ich in Auschwitz viel Ärger mit ihnen hatte, waren sie mir doch meine liebsten Häftlinge – wenn man das so überhaupt sagen kann. Sie brachten es nicht fertig, längere Zeit bei einer Arbeit zu bleiben. Sie ›zigeunerten‹ zu gerne überall herum. Am begehrtesten war ihnen ein Transportkommando, da kamen sie überall hin, konnten ihre Neugier befriedigen –«[164]

Frage: Welche Transportkommandos hatte Höß zu vergeben? Was wurde transportiert und wohin?

In jüdischen Berichten über Auschwitz finden sich ebenfalls Hinweise. In dem allerersten Bericht über Auschwitz, dem Vreba-Wetzler-Bericht, heißt es:

»In Bericht, der haarstäubend eingehende Beschreibung von Massakern an Hunderttausenden von Juden aller Länder besetzten Europas

in Gaskammern von Auschwitz–Birkenau enthält, wird mitgeteilt, daß erste Gruppe von ca. 4000 tschechoslowakischen Juden, die Anfang September 1943 von Terezin aus in Birkenau eintrafen, nach sechsmonatiger Quarantäne am 7. März 1944 vergast wurden.
Bericht enthüllt, daß Behandlung beider tschechoslowakischer Transporte (genannt SB-Transporte = Sonderbehandlungstransporte) auffällig abweichend von Behandlung gewöhnlicher Transporte.
Familien wurden nicht getrennt, nicht einmal Kinder; Schule wurde erlaubt und sechsmonatige Quarantäne vorgeschrieben, was absolut ungewöhnlich.
Angesichts der Tatsache, daß erste Gruppe vollständig liquidiert wurde, Gefahr bevorstehender Liquidierung zweiter Gruppe sehr ernst.«[165]

Dazu Jehuda B., der offenbar einem solchen Transport angehörte:

»In Auschwitz kamen wir in den Lagerbschnitt B IIb von Birkenau, der als tschechisches Familienlager eingerichtet war. Wir erhielten eine besondere Behandlung, den wir kamen alle ins Lager, während sonst jüdische Transporte bei der Ankunft in Auschwitz selektiert wurden. Später erfuhren wir, daß man uns ›SB nach sechs Monaten‹ zugedacht hatte. Das bedeutet, daß wir sechs Monate nach der Einlieferung vergast werden sollten.«[166]

An diesem Bericht sind mehrere Dinge hochinteressant. So die Bestürzung darüber, daß dieser Transport »auffällig abweichend« von den anderen Transporten behandelt wird. Wurden nicht alle Transporte vergast? Warum wurden diese Juden in Auschwitz sechs Monate in Quarantäne gegeben? Wozu das? Das gibt doch nur einen Sinn, wenn man Auschwitz auch als Zwischenlager ansieht und die Juden danach weiter zu ihrem eigentlichen Bestimmungsort transportiert wurden. Wenn man sie hätte töten wollen, warum dann nicht sofort? Die Quarantäne spricht mehr dafür, daß man Angst hatte, der Transport könnte Seuchen einschleppen; auch die fehlende Selektion wäre dann verständlich.

2. Transportziele

Die meisten der sogenannten Judentransporte haben die Lager Belzec, Sobibor, Treblinka und, vor allem für nichtpolnische Juden, Auschwitz als Ziel. Aber es hat auch Transportziele in Weißruthenien gegeben. Unterlagen über Transportziele für Weißruthenien liegen aber fast ausnamslos dann vor, wenn die Transporte eine Reichsbahndirektion (RBD) der Reichsbahn berührt haben.

Aufstellung von Transporten der Reichsbahn nach Weißruthenien[167]

Datum	Zug-Nr.	von	nach	Bemerkungen
8.5.42	Da201	Wien	Kajdanowo	Kajdanowo lgt. zwisch. Baranowitschi u. Minsk
		Wien	Kajdanowo	weiter Züge jd. Freitag
15.5.42	Da202	Wien	Minsk	
	Da203	Wien	Minsk	aus Sammelangabe
	Da204	Wien	Minsk	aus Sammelangabe
2.6.42	Da205	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
9.6.42	Da206	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
16.6.42	Da207	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
23.6.42	Da208	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
24.6.42		Königsberg	Minsk	
25.6.42	Da40	Königsberg	Minsk	
30.6.42	Da209	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
7.7.42	Da210	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
14.7.42	Da211	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
16.7.42	Da220	Theresienstadt	Minsk	
21.7.42	Da212	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
22.7.42	Da219	Köln–Deutz	Minsk	nach Minsk Gbf
28.7.42	Da213	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg

30.7.42	Da221	Theresienstadt	Minsk	
4.8.42	Da214	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
6.8.42	Da222	Theresienstadt	Minsk	ursprünglicher Plan
9.8.42	Da222	Kolodischtschi		Umleitung von Da222 nach Kolodischtschi statt Minsk, Kolodischtschi ist die zweite Bahnstation an der Strecke Minsk–Smolewiece
11.8.42	Da215	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
13.8.42	Da223	Altreich Wien Theresienstadt	Kolodischtschi	8 Sonderzüge n. Fapla. Nr. 62
14.8.42	Da230	Altreich	Minsk	8 Vollzüge bis 8.10.42
18.8.42	Da216	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
25.8.42	Da217	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg
1.9.42	Da218	Wien	Minsk	ab Wien–Asberg

Aus der sonstigen Literatur sind weitere Transportziele zu entnehmen.

22.9.1942 nach Maly Trostinec
23.9.1942 nach Maly Trostinec
26.9.1942 nach Maly Trostinec
29.9.1942 nach Maly Trostinec[168]

Ein Maly Trostenez liegt südöstlich von Minsk an der Straße von Minsk nach Dukora.[169]

Sehr aufschlußreich ist eine weitere Meldung. Nach einem Brief des Generalkommissars Kube an den Reichskommissar für das Ostland Lohse vom 31. Juli 1942 kam am selben Tag in Minsk ein Transport von 1000 Juden aus Warschau an.[170] Die Aussiedlung

der Juden Warschaus begann am 22. Juli 1942.[171] Diese Transporte liefen alle über Treblinka. Man ging bisher davon aus, daß diese Menschen alle in Treblinka getötet wurden. Offenbar erreichte aber mindestens ein Zug Minsk!

Der hier vorgetragenen These scheinen Angaben zu widersprechen, die von Transporten in umgekehrter Richtung sprechen. So gibt es Transporte aus Bialystok nach Auschwitz vom 5. bis zum 7. Februar 1942.[172] Es ist nach einem Blick auf die Karte offenbar unsinnig, Menschen aus Bialystok nach dem Osten über Auschwitz zu transportieren. Auschwitz bestand aber nicht nur aus Birkenau. Auschwitz war auch ein großes Arbeitslager. Man benötigte Arbeitskräfte. Es gibt Dokumente, die belegen, daß 1943 Juden in großer Zahl aus Bialystok nach Auschwitz transportiert wurden, um dort als Arbeitskräfte ausgemustert zu werden.[173]

Aufschlußreich für dieses Thema sind auch Transportsperren. So zitiert Hilberg ein Schreiben an Himmler:

> »SS und Polizeiführer melden mir heute einstimmig, daß aufgrund der Transportsperre ab 15.12.1942 bis vorerst 15.1.1943 jegliche Transportmöglichkeit für Judenaussiedlung genommen ist. Durch diese Maßnahme ist Gesamtplanung Judenaussiedlung stärkstens gefährdet. Bitte gehorsamst durch Verhandlungsführung mit Reichszentralstellen OKW-Reichsverkehrsministerium zu erreichen, daß mindestens 3 Zugpaare für die vordringliche Aufgabe zur Verfügung stehen.«[174]

Die im Winter entstandenen Transportsperren hatten, soweit der Literatur zu entnehmen, ihre Ursache in den klimatischen Bedingungen in den neuen Ostgebieten. So heißt es:

> »Die Ausfälle an Lokomotiven waren katastrophal und betrugen 70%, stellenweise sogar noch mehr. Beim FEKdo 3 kletterte der Schadlokbestand auf 80% bei den Regelspur- und auf 60% bei den Breitspurlokomotiven. Das Bw Minsk brachte von 100 Lokomotiven täglich mit Mühe 10 fahrbereit heraus. Eine Besserung trat erst ein, als die deutschen Lok radikal entfeinert, alle frostempfindlichen Teile beseitigt oder verkleidet und Tenderwasser und Führerstände beheizbar gemacht wurden.
> Die an sich schon bescheidenen Betriebsverhältnisse verschlechterten sich erheblich. Nicht nur, daß Wasserkräne, Behälter und Leitungen –

die zur Erzielung von Frostfreiheit 2,00 m tief im Boden verlegt werden mußten – einfroren, auch der Grundwasserspiegel ging zurück, die Quellen versiegten, die Wasserförderung war zu gering. Dazu kamen weitere Behinderungen des Zugverkehrs durch erhebliche Schneeverwehungen in den baumlosen Gebieten der Ukraine, so daß beispielsweise der Eisenbahnbetrieb bei FEKdo 3 am 4. 2. fast völlig zum Erliegen kam. Auf der Strecke Brest–Minsk–Smolensk wurden im Februar 1942 nur 8 Züge täglich zur Front durchgebracht.«[175]

»Die Züge zur Front stauten sich bis in den Bezirk der Gedob zurück, besetzten dort die Umspanngleise der Bahnhöfe und vermehrten noch die Betriebsschwierigkeiten. Der Rückstau betrug z. B. im Bezirk Minsk 185 Züge Richtung Front und 80 Züge Richtung Heimat und insgesamt 850 Züge.«[176]

Die hier dargestellten Ursachen für die Transportsperren beziehen sich alle auf die Jahreswende 1941/42. Auf die Transportsperren der Zeit 1942/43 wird in der von mir benutzten Literatur überhaupt nicht eingegangen. Wenn hier andere Gründe vorgelegen hätten, dann wären diese sicher angeführt worden. Da die klimatischen Bedingungen des Raumes sich gewiß nicht verändert hatten, spricht alles dafür, daß die erwähnte Transportsperre 1942/43 dieselbe Ursache hatte. Danach wäre aber der Verkehr im Bereich der Gedob gar nicht von der Transportsperre betroffen gewesen.

Alle Vernichtungslager liegen aber innerhalb des Bereichs der Gedob, wenn man von Auschwitz absieht, das ja erst recht nicht davon betroffen sein konnte. Die obige Sperre hat nur Sinn, wenn die Transporte in den Bereich der GVD Osten weiterlaufen sollten.

3. Transportanweisungen

Für den Transport der Juden aus dem Warschauer Ghetto liegen verschiedene Aufrufe vor, die beispielsweise Anweisungen über das Reisegepäck der Juden enthalten:

»1. Auf Befehl der deutschen Behörden werden alle jüdischen Personen, gleichgültig welchen Alters und Geschlechts, welche in Warschau wohnen, nach dem Osten umgesiedelt.

. . .

3. Jeder jüdische Umsiedler darf von seinem Eigentum 15kg als Reisegepäck mitnehmen. Es können sämtliche Wertsachen: Gold, Schmuck, Geld usw. mitgenommen werden. Verpflegung ist für drei Tage mitzunehmen.
4. Beginn der Umsiedlung am 22. 7. 1942 um 11 Uhr.«[177]

In einem Aufruf des Judenrates in Warschau vom 24. Juli 1942 heißt es:

»1. Infolge nicht zutreffender, im jüdischen Wohnbezirk von Warschau kursierender Nachrichten im Zusammenhang mit der Aussiedlungsaktion ist der Judenrat in Warschau von der Behörde ermächtigt worden, bekannt zu geben, daß die Aussiedlung der Bevölkerung, die im jüdischen Wohnbezirk in Warschau nicht produktiv tätig ist, tatsächlich in östliche Gebiete erfolgt.«[178]

Aus einem Aufruf vom 29.Juli 1942:

»Der der Aussiedlung unterliegenden Bevölkerung gebe ich gemäß Anordnung der Behörden zur Kenntnis, daß jede Person, die sich in den Tagen 29., 30. und 31. Juli ds. Js. freiwillig zur Aussiedlung stellt, mit Lebensmitteln, d.h. mit 3kg Brot und 1kg Marmelade, versorgt wird. Sammelpunkt und Lebensmittelausgabestelle ist der Stawki Platz Ecke Dzika Strasse.«[179]

Zum Schluß noch eine Richtlinie aus dem Reich vom 20. Februar 1943:

»Richtlinie zur technischen Durchführung
der Evakuierung von Juden nach dem Osten (KL Auschwitz)

Für die Evakuierung von Juden aus dem Reichsgebiet und Böhmen und Mähren nach dem Osten werden unter Aufhebung der bisher ergangenen Erlasse folgende Richtlinien, die in allen Punkten genau einzuhalten sind, aufgestellt:

III. Transport
Es empfiehlt sich, die zu evakuierenden Juden vor dem Abtransport zu konzentrieren. Transporte werden jeweils in Stärke von mindestens je 1000 Juden nach dem im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsministerium erstellten Fahrplan, der den beteiligten Dienststellen zugeht, durchgeführt.
Es muß pro Person mitgenommen werden:
Marschverpflegung für etwa 5 Tage
1 Koffer oder Rucksack mit
Ausrüstungsgegenständen und zwar:
1 Paar derbe Arbeitsstiefel,
2 Paar Socken,
2 Hemden,
2 Unterhosen,
1 Arbeitsanzug,
2 Wolldecken,
2 Garnituren Bettzeug (Bezüge mit Laken),
1 Essnapf,
1 Trinkbecher,
1 Löffel und
1 Pullover.
Nicht mitgenommen werden dürfen:
Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw.,
Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin – mit Ausnahme des Eheringes),
Lebendes Inventar,
Lebensmittelmarken (vorher abnehmen und den örtlichen Wirtschaftsämtern übergeben).«[180]

Diese Anweisungen sind in verschiedener Hinsicht aufschlußreich. So der nachdrückliche Hinweis: »die Aussiedlung erfolgt in östliche Gebiete«! Es wird also nicht behauptet, die Juden aus Warschau kämen nach Treblinka. Die Versorgung der Bevölkerung, die sich freiwillig meldet, mit 3kg Brot und 1kg Marmelade.

Wozu? Zur Tarnung? Interessant ist die Anzahl der Tage, für die Verpflegung mitzunehmen ist. Für Juden aus dem Warschauer Ghetto werden drei Tage, für Juden aus dem Reich fünf Tage genannt. Die Fahrt aus dem Reich nach Auschwitz kann mit zwei Tagen Reisezeit angesetzt werden. Wenn man annähme, daß die Juden nach Weißruthenien ausgesiedelt würden, dann hatten sie ab Auschwitz in etwa dieselbe Strecke vor sich, wie sie die Warschauer Juden zurücklegten. Dann wäre die unterschiedliche Fahrtzeit sinnvoll. Auch die Aufforderung, ein Paar derbe Arbeitsstiefel, einen Arbeitsanzug usw. mitzunehmen, kann eigentlich nur bedeuten, daß die Juden tatsächlich nach dem Osten kommen sollten. Darauf hat schon Eichmann hingewiesen.[181] Der Einwand seines Vernehmers Less, das sei nach deutscher Methode gründlich und fein erledigt worden, die Leute können doch nicht verlumpt ankommen, macht wenig Sinn. Ordentlicher hätten sie bestimmt mit normalem Schuhwerk ausgesehen.

F. Hinweise auf Juden in Weißruthenien

Einige wenige, wenn auch versteckte Hinweise auf Juden in Weißruthenien habe ich gefunden. So wird von Briefen[182] berichtet, die aus Warschau deportierte Juden in der ersten Januarhälfte 1943 abgeschickt haben. Die Briefe kamen aus der Gegend von Pinsk und Bobruisk. Pinsk lag damals in der Ukraine und Bobruisk im militärverwalteten Teil. Sie passen damit in mein Bild.

Aufschlußreich ist auch ein Atlas zur Endlösung[183], der einen Überblick über sogenannte Judenaktionen gibt. Er verzeichnet Flucht und Widerstand von Juden in Weißruthenien vom Juli bis Dezember 1943 an vielen Orten.[184] Zu diesem Zeitpunkt sollten die Juden doch schon lange getötet sein. Die Aussagekraft dieses Atlasses leidet allerdings darunter, daß sein Verfasser nicht immer klar zwischen Massakern, Deportationen und Aufständen unterscheidet. Ich habe die einzelnen Karten durchgesehen und die folgenden »Judenaktionen« in Weißrußland (ohne Bialystok) gefunden:

Übersicht über die Zahl betroffener Juden

Militärverwalteter Teil ohne Weißruthenien

1941	Karte 86	20 000
	Karte 94	43000
	Karte 96	15000
1943	Karte 147	8350
		Gesamt 86350

Restlicher Teil Weißrußlands (ohne Bialystok)

1941	Karte 73	8 000
	Karte 74	13000
	Karte 88	18000
	Karte 94	23000
		(davon ev. 12 000 Deportierte)
	Karte 96	96400
1942	Karte 111	8000
	Karte 128	20500
	Karte 131	28000
	Karte 167	5000
	Karte 180	6500
1943	Karte 193	2000
	Karte 198	Tausende
	Karte 202	6500
		Gesamt 138900 + Tausende

Beide Teile:	
militärverw. Teil	86350
zivilverw. Teil	138900 + Tausende
	Summe 225250 + Tausende

Die Zahlen wurden aufgerundet. Die Zuordnung zu den einzelnen Gebieten war nicht ganz leicht. Kleinere Abweichungen sind deshalb möglich. Laut Protokoll der Wannsee-Konferenz waren 446484 Juden in dieser Region.[185] Bedenkt man, daß sehr viele Transporte mit Juden aus dem Reich nach Minsk und Umgebung gingen, müßte die Zahl der Getöteten erheblich größer sein, als es aus der Zusammenstellung hervorgeht. Auffällig ist vor allem die »geringe« Zahl der im militärverwalteten Teil als getötet angeführten Menschen, besonders bei Witebsk. Die Karten verzeichnen insgesamt 4090 und 8350 Tote. Witebsk hatte aber 167420 Einwohner, davon waren etwa 50% Juden.[186]

Wenn man annähme, daß Umsiedlungsaktionen in den Dokumenten zu Tötungen verfälscht wurden, dann findet sich für diese Zahlen eine schlüssige Erklärung. Im militärverwalteten Teil von Weißruthenien müssen die Umsiedlungsaktionen am geringsten gewesen sein. Im übrigen ist im Mai 1943 noch ein Ghetto in Minsk nachweisbar.[187]

1. Ungewöhnliche Hinweise

Im Protokoll der Wannsee-Konferenz wird davon gesprochen, daß die Juden, die man nach dem Osten transportiert, zum Arbeitseinsatz herangezogen werden sollen. Solche Arbeitseinsätze hat es gegeben.

In einem Schreiben des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 25. Oktober 1941 wird angewiesen:

> »Die Arbeitsfähigen dagegen werden zum Arbeitseinsatz nach Osten abtransportiert. Daß bei den arbeitsfähigen Juden Männer und Frauen getrennt zu halten sind, dürfte selbstverständlich sein.«[188]

In einem Bericht der *Deutschen Zeitung des Ostlands* vom 2. September 1941 heißt es:

> »Von den 11000 heimgekehrten Menschen des Ortes Sluzk sind die Hälfte Juden. Sie werden zur Arbeit herangezogen, werden eingesetzt, immer neue Aufgaben tauchen auf, harren der Lösung. Das Elektrizitätswerk wird wieder in Gang gesetzt. Wo eine Möglichkeit zu finden ist, Neues aufzubauen, wird sie ausgenutzt.«[189]

Am 12. Dezember 1941 veröffentlichte dieselbe Zeitung ein Bild mit der Unterschrift: »Eine jüdische Arbeitskolonne wird zum Bau geführt.«[190] In einem Bericht vom 30. Juni 1943 steht über die Lösung der Judenfrage in Galizien:

> »Die beste Handhabe hierzu bot die Bildung von Zwangsarbeitslagern durch den SS- und Polizeiführer. Arbeitsmöglichkeiten boten sich vor allen Dingen an dem äusserst wichtigen, für den gesamten Südabschnitt der Front notwendigen Ausbau der Dg.4., die sich in einem katastrophalen Zustand befand. Am 15. Oktober 1941 wurde mit dem Ausbau der Lager an der Rollbahn begonnen, und schon nach wenigen Wochen entstanden trotz erheblicher Schwierigkeiten 7 Lager, die mit 4000 Juden belegt wurden. Diesen ersten Lagern folgten bald weitere, so daß in kürzester Frist 15 derartige Lager dem Höheren SS- und Polizeiführer gemeldet werden konnten. Durch diese Lager sind im Laufe der Zeit rd. 20000 jüdische Arbeitskräfte durchgelaufen. Trotz aller erdenklicher Schwierigkeiten, die bei diesen Problemen auftauchten, können heute rd. 160 km Straße als fertiggestellt gemeldet werden.«[191]

Die Existenz solcher Lager im Ostland noch bis Mai 1944 wird durch ein Schreiben vom Ostministerium an den Obergruppenführer Pohl bestätigt.[192]

Über den Transport in die besetzten Ostgebiete gibt es viele Hinweise, die meist ignoriert werden. Eine Auseinandersetzung mit diesen Fakten habe ich nirgends gefunden. So wurde auch den ankommenden Juden in den Lagern erklärt, sie kämen zur Umsiedlung und müßten vorher noch gebadet und desinfiziert werden.[193] In einem Vermerk eines Beamten des Generalgouvernements des Distrikts Lublin heißt es, daß die Juden über die Grenze des Generalgouvernements kämen und dort blieben.[194]

Die Verschiebung der polnischen und deutschen Juden war in zwei Etappen geplant:

1. Transporte aus dem Generalgouvernement nach dem Osten
2. Transporte aus dem Reich nach dem Generalgouvernement[195].

Der ganze Prozeß war unter den Gebietskommissaren als West-Ost-Bewegung bekannt, wie ein Bericht von Gert Erven aus dem Jahre 1942 zeigt, der auch sonst sehr aufschlußreich ist:

»In den Rayonstädten wird nach der Durchführung der Hilfsarbeiten für die West-Ost-Bewegung das Judentum bis auf die notwendigsten Handwerker und Facharbeiter ausgemerzt werden. Da die Wehrmacht nicht mehr bereit ist, Aktionen auf dem flachen Lande durchzuführen, werde ich die gesamten Juden des Gebietes in zwei oder drei Rayonstädten zusammenfassen, nur in geschlossenen Arbeitskolonnen einsetzen, um damit endgültig Schleichhandel und Partisanenunterstützung durch Juden auszurotten. Die besten Fachkräfte unter den Juden müssen unter Aufsicht in meinen Handwerkerschulen ihre Kunst intelligenten Lehrlingen weitergeben, um einmal den Juden auch im Handwerk entbehrlich zu machen und auszuschalten.
Verhältnis zur Wehrmacht:
Nach anfänglichen Kompetenzstreitigkeiten und Auseinandersetzungen, die aber weniger Schuld des hiesigen Ortskommandanten als der Bereichskommandantur in Baranowitschi zuzuschreiben waren, wurde das Verhältnis zur Wehrmacht nach ganz kurzer Zeit nicht nur erträglich, sondern führte im Laufe weniger Wochen zu einer ausgezeichneten, engen und gedeihlichen Zusammenarbeit. Heute ist es so, daß alle Wehrmachtsdienststellen, die in meinem Gebiet irgendwelche Belange zu vertreten haben, zu mir kommen, um nach gemeinsamer Planung gemeinsam zu arbeiten. Dieses Verhältnis wirkte sich in den gegenwärtigen Arbeiten für die West-Ost-Bewegung besonders vorteilhaft aus, und ich kann nur wünschen, daß es weiterhin so bleibt.«[196]

Im Abschlußbericht von Globocnik über die Aktion Reinhardt heißt es über das Ziel der Aussiedler:

»Staatsgüter:
4. Eine Aufnahme der gesamten entsiedelten Bevölkerung auf Staatsgüter ist wegen der Überfüllung des Raumes nicht möglich.«[197]

Staatsgüter sind mir aber nur aus der Sowjetunion bekannt, die sogenannten Sowchosen. Weitere Maßnahmen deuten ebenfalls auf eine echte Umsiedlung hin. Zitat (Globocnik):

»Ist beabsichtigt, den Siedlern eine Bestätigung zu geben, wieviel sie an Haus, Hof, Vieh und Inventar zurückgelassen haben, ohne hierfür eine verpflichtende Leistung einzugehen. Ob diese Leistung dann einstens in Brasilien oder eher [im Original:»einer« d.V.] im fernen Osten er-

folgen soll, bleibt der Zukunft überlassen. Es soll den Ausgesiedelten nur das Gefühl gegeben werden, daß später einmal eine Vergütung ihres zurückgelassenen Eigentums erfolgt.«[198]

Der Hinweis auf Brasilien oder den fernen Osten kann eigentlich nur auf Juden bezogen sein, denn andere Völker wollte man nie derart umsiedeln. Für polnische Aussiedler war ausdrücklich an eine Entschädigung in Waren oder Bargeld gedacht.[199] Der Abschlußbericht beschreibt die Aktion Reinhardt ausdrücklich als Aussiedlung. Das zentrale Stück lautet:

»Die gesamte Aktion Reinhardt zerfällt in 4 Gebiete:
a. die Aussiedlung selbst
b. die Verwertung der Arbeitskraft
c. die Sachverwertung
d. die Einbringung verborgener Werte und Immobilien.

a. Die Aussiedlung.
Sie ist erledigt und abgeschlossen.
Die Voraussetzung hierbei war, durch eine methodisch richtige Behandlung, mit den schwachen zur Verfügung stehenden Kräften, die Menschen zu erfassen und möglichst wenig wirtschaftlichen Schaden an der Kriegsproduktion anzurichten.
Im Großen und Ganzen ist dies gelungen. Ein größerer Schaden ist nur in Warschau entstanden, wo aus Verkennung der Sachlage der Abschluß methodisch falsch durchgeführt wurde.
Die Abwicklung Litzmannstadt konnte von mir aus wegen der Versetzung nicht mehr durchgeführt werden.«[200]

Im Jahre 1942 wurden 10000 rumänische Juden über den Bug in das Reichskommissariat Ukraine abgeschoben. In einem Brief an das Auswärtige Amt beklagt sich Eichmann:

»Zum anderen wird durch die planlose und vorzeitige Abschiebung der rumänischen Juden in die besetzten Ostgebiete die bereits im Gang befindliche Evakuierung der deutschen Juden stärkstens gefährdet.«[201]

Man beachte die Formulierung »vorzeitige Abschiebung«! Später sollten danach die rumänischen Juden ebenfalls in die besetzten Ostgebiete verbracht werden. Zu fragen ist auch: Wieso konnte

eine solche vorzeitige Abschiebung die Evakuierung deutscher Juden stärkstens gefährden? Sollten diese denn über Auschwitz hinauskommen?

In einem anderen Bericht ist die folgende Passage enthalten:

> »In diesem Zusammenhang machte SS-O'Stuf. Eichmann darauf aufmerksam, daß die gegebenen Richtlinien, vor allem hinsichtlich des Alters, der Gebrechlichkeit usw. genauestens einzuhalten seien, da beim Transport nach Riga ca. 40–45 Fälle durch den Judenältesten in Riga über Gauleiter Lohse und Meyer dem SS-Obergruppenführer Heydrich als zu Unrecht evakuiert reklamiert wurden.«[202]

Wieso spielt das eine Rolle? Sollten diese Menschen denn nicht alle getötet werden? Dieselbe Frage ist beim nächsten Bericht zu stellen, den Hilberg frei zitiert:

> »Aus rein militärischen Erwägungen protestierte der Wehrmachtsbefehlshaber Ostland gegen die Transporte: Er verwies darauf, daß die deutschen Juden um ein Vielfaches intelligenter als die Juden Weißrußlands seien; daher bestehe die Gefahr, daß die »Befriedung« der Region untergraben werde.«[203]

Auch hier wieder ein Hinweis auf den Transport deutscher Juden nach Weißruthenien. Was ist aus diesen Menschen geworden? Hat keiner von ihnen überlebt? Bekannt ist auch ein Schreiben des Reichskommissars für das Ostland. Zitat:

> »Daß die Juden sonderbehandelt werden, bedarf keiner weiteren Erörterung. Daß dabei aber Dinge vorgehen, wie sie in dem Bericht des Generalkommissars vom 1.6.43 vorgetragen werden, erscheint kaum glaubhaft. Was ist dagegen Katyn? Man stelle sich nur einmal vor, solche Vorkommnisse würden auf der Gegenseite bekannt und dort ausgeschlachtet! Wahrscheinlich würde eine solche Propaganda einfach nur deshalb wirkungslos bleiben, weil Hörer und Leser nicht bereit wären, derselben Glauben zu schenken.«[204]

Kube reicht anbei ein Schreiben des Strafanstaltverwalters des Gerichtsgefängnisses Minsk weiter, in dem es heißt:

> »Am 13. April 1943 wurde der deutsche ehemalige Zahnarzt Ernst Israel Tichauer und seine Frau Elisa Sara Tichauer geb. Rosenthal durch

den SD (Hauptscharführer Rübe) ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. Seit dieser Zeit wurden bei den eingelieferten deutschen und russischen Juden die Goldbrücken, Kronen und (B)Plomben ausgezogen bzw. ausgebrochen. Dieses geschieht jedesmal 1–2 Stunden vor der betreffenden Aktion.

Es wurden seit dem 13. April 1943 516 deutsche und russische Juden erledigt. Nach genauer Feststellung wurden aber nur bei 2 Aktionen die Goldsachen abgenommen, und zwar am 14. 4. 43 bei 172 und am 27. 4. 43 bei 164 Juden. Ungefähr 50% der Juden hatten Goldzähne, Brücken oder (B)Plomben. Hauptscharführer Rübe vom SD war jedesmal persönlich zugegen und hat auch die Goldsachen mitgenommen. Vor dem 13. April 1943 ist dieses nicht gemacht worden.«[205]

Das Schreiben ist zunächst einmal interessant, weil es offenbar 1943 sehr viele deutsche Juden im Raum Minsk gegeben hat! Aber wenn man annimmt, daß diese nachweislich nach dem Osten transportierten Juden alle ermordet wurden, dann sind diese Schreiben absurd. Vom Strafanstaltsverwalter über den Generalkommissar für Weißruthenien bis hin zum Reichskommissar für das Ostland löst ein Vorgang Empörung aus, der in zivilisierten Ländern Empörung auslösen muß. Doch wenn gleichsam tagtäglich Tausende von Menschen ermordet werden, auch Frauen und Kinder, dann ist der beschriebene Vorgang im Vergleich belanglos. Oder soll man annehmen, derartige Morde wären Kube und Lohse in ihrem Bereich verborgen geblieben? Offenbar muß für Kube das Wort Sonderbehandlung der Juden etwas anderes als Massenmord bedeutet haben. Wozu auch, so muß man fragen, die Mühe mit einem Gerichtsgefängnis und dort »zu erledigenden« Juden?

Daß der Begriff »Sonderbehandlung« eine andere Bedeutung als Töten haben kann und teils zumindest auch haben muß, zeigt die folgende Meldung über das Unternehmen Hornung, das der Bandenbekämpfung in den Pripjetsümpfen diente:

»Ergebnis des Unternehmens:
Feindverluste 2219 Tote, 7378 Sonderbehandelte, 65 Gefangene, 3 300 Juden.
Eigene Verluste: tot: 2 Deutsche, 27 Fremdvölkische;
verwundet: 12 Deutsche, 26 Fremdvölkische.«[206]

Welche eigentümliche Kategorie der Feindverluste: Tote, Sonderbehandelte, Juden und Gefangene. Es gibt offenbar Unterschiede zwischen Toten, Sonderbehandelten und Juden. Zudem muß, wer sonderbehandelt war, manchmal noch leben, sonst wäre er tot. Oder wenn man annimmt, die Toten seien alle im Kampf gefallen und die Sonderbehandelten nachträglich erschossen worden, warum sind dann noch 3300 Juden als offenbar Lebende aufgeführt? Ich weiß keine sinnvolle Erklärung im Rahmen der Auschwitz-Theorie. Ich habe auch keine Interpretation hierfür in der Literatur gefunden. Diese Art von Berichten wird einfach hingenommen und ignoriert. Sinnvoll erscheint mir nur die folgende Vermutung: Sonderbehandelt heißt hier, der Betreffende wurde einer besonderen Behandlung unterzogen. Eine Art der Sonderbehandlung könnte eine Erfassung mit zugehöriger Tätowierung, analog der Nummern der Auschwitzhäftlinge, und gleichzeitiger Überstellung in ein besonderes Territorium sein. Dann wäre erklärbar, woran man Juden und Sonderbehandelte unterscheiden könnte. Die Sonderbehandelten wären geflohen, und die nicht sonderbehandelten Juden hatten sich der deutschen Kontrolle bis dato entzogen.

G. Stellungnahmen zur Endlösung vom 6. August 1942 bis zum 16. Dezember 1943

In diesem Zeitraum liegen folgende Stellungnahmen von Mächtigen des Dritten Reiches vor:

6. August 1942: Rede Rosenbergs vor Reichskommissaren und Vertretern der Militärbefehlshaber für die besetzten Gebiete:

> »An Stelle der Humanität hat man den Schmutz in die Völker der Erde ausgegossen. Und nun gehen wir daran, diesen Schmutz einmal auszurotten, und was heute mit der Ausschaltung der Juden aus allen Staaten des europäischen Kontinents geschieht, ist auch eine Humanität, und zwar eine harte biologische Humanität (lebhafter Beifall).
> Sie bedeutet, daß die Volkskörper wieder sauber, gesund und menschlich gemacht werden (erneute lebhafte Zustimmung), wie sie es früher

waren. Ich habe mir neulich am Abend ein altes Buch von mir vorgenommen, das mir wieder unter die Hände fiel: ›Die November–Köpfe‹, und ich muß sagen, als ich es las, habe ich wieder die alte Wut bekommen, die wir vor 14 Jahren über diese Schweinerei empfanden (lebhafter Beifall). Es ist gut, wenn Sie heute solche Kampfschriften aus unserer Kampfzeit wieder einmal lesen. Manches ist dem Gedächtnis doch wieder entschwunden, und was die Leute damals sich erfrechten, über Deutschland und die deutsche Geschichte zu schreiben, müssen wir uns immer wieder einprägen, damit wir nicht schwach werden, wenn jetzt die große Säuberung ihren Anfang genommen hat (starke Zustimmung). Wir dürfen uns nicht damit begnügen, daß die Juden von einem Staat zum anderen geschoben werden, und daß vielleicht hier und da noch ein großes jüdisches Ghetto steckt, sondern unser Ziel kann nur das alte sein: Die Judenfrage in Europa und Deutschland ist nur dann gelöst, wenn es keine Juden mehr auf dem europäischen Kontinent gibt (lebhafter Beifall) . . .«[207]

Diese Worte Rosenbergs sind durchaus doppeldeutig interpretierbar, und dem Leser mag scheinen, daß sie die Vernichtung belegen. Nur, und die nachfolgenden Texte werden es verdeutlichen, können sie auch so verstanden werden, daß Rosenberg die Juden aus »seinem« Ostland ebenso heraushaben wollte wie Frank aus dem Generalgouvernement.

9. Oktober 1942: Vertrauliche Informationen. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Partei-Kanzlei, Folge 66/42:

»Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten.
Notizen nur frei f.G.u.K.
Im Zuge der Arbeiten an der Endloesung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevoelkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebietes Eroerterungen über ›sehr scharfe Massnahmen‹ gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, dass solche Ausfuehrungen meist in entstellter und uebertriebener Form – von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbaende weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Massnahmen zu beobachten.
Es ist denkbar, dass nicht alle Volksgenossen fuer die Notwendigkeit solcher Massnahmen, das genuegende Verstaendnis aufzubringen ver-

moegen, besonders nicht die Teile der Bevoelkerung, die keine Gelegenheit haben, sich aus eigener Anschauung ein Bild von den bolschewistischen Greuel zu machen.
Um jeder Geruechtebildung in diesem Zusammenhang, die oftmals bewusst tendentioesen Charakter traegt, entgegentreten zu koennen, werden die nachfolgenden Ausfuehrungen wiedergegeben:«[208]

Nach einigen historischen Ausführungen über die Juden heißt es weiter:

»In Anbetracht des dem Deutschen Volk zur Verfuegung stehenden nur engbegrenzten Lebensraumes hoffte man, dieses Problem im wesentlichen durch Beschleunigung der Auswanderung der Juden zu loesen. Seit Beginn des Krieges 1939 wurden diese Auswanderungsmoeglichkeiten in zunehmendem Masse geringer, zum anderen wuchs neben dem Lebensraum des deutschen Volkes sein Wirtschaftsraum stetig an, so dass heute in Anbetracht der grossen Zahl der in diesen Gebieten ansaessigen Juden eine restlose Zurueckdraengung durch Auswanderung nicht mehr moeglich ist. Da schon unsere naechste Generation diese Frage nicht mehr so lebensnah und auf Grund der ergangenen Erfahrung nicht mehr klar genug sehen wird und die nun einmal ins Rollen gekommene Angelegenheit nach Bereinigung draengt, muss das Gesamtproblem noch von der heutigen Generation geloest werden.
Es ist daher die voellige Verdraengung bzw. Ausscheidung der im europaeischen Wirtschaftsraum ansaessigen Millionen von Juden ein zwingendes Gebot im Kampf um die Existenzsicherung des deutschen Volkes.
Beginnend mit dem Reichsgebiet und ueberleitend auf die uebrigen in die Endloesung einbezogenen europaeischen Laender werden die Juden laufend nach dem Osten in grosse zum Teil vorhandene, zum Teil noch zu errichtende Lager transportiert, von wo aus sie entweder zur Arbeit eingesetzt oder noch weiter nach dem Osten verbracht werden. Die alten Juden, sowie Juden mit hohen Kriegsauszeichnungen (E.K. I, Goldene Tapferkeitsmedaille usw.) werden laufend nach der im Protektorat Boehmen und Maehren gelegenen Stadt Theresienstadt umgesiedelt.«[209]

Man beachte im Kopf den Vermerk:»Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage«. Interessant ist auch der ausdrückliche Hinweis, daß die Juden, die nicht in den

Lagern des Ostens arbeiten, noch weiter nach dem Osten verbracht werden!

23. November 1942: Himmler vor SS-Junkern in Bad Tölz:

»Völlig gewandelt hat sich auch die Judenfrage in Europa. Der Führer sagte einmal in einer Reichstagsrede: Wenn das Judentum einen internationalen Krieg etwa zur Ausrottung der arischen Völker anzetteln sollte, so werden nicht die arischen Völker ausgerottet, sondern das Judentum. Der Jude ist aus Deutschland ausgesiedelt, er lebt heute im Osten und arbeitet an unseren Straßen, Bahnen usw. Dieser Prozeß ist konsequent, aber ohne Grausamkeit durchgeführt worden. Wir quälen niemanden, aber wir wissen, daß wir um unsere Existenz und die Erhaltung unseres nordischen Blutes kämpfen.«[210]

16. und 17. April 1943: Hitler erklärt gegenüber Horthy:

»Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollen, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln, an denen sich ein gesunder Körper anstecken könne. Das wäre nicht grausam, wenn man bedenke, daß sogar unschuldige Naturgeschöpfe, wie Hasen und Rehe, getötet werden müßten, damit kein Schaden entstehe. Weshalb sollte man die Bestien, die uns den Bolschewismus bringen wollten, mehr schonen? Völker, die sich der Juden nicht erwehrten, verkämen.«[211]

Frage: Was heißt ›dort‹?

19. April 1943: Koherr schreibt an Dr. Brandt und legt den sogenannten Koherr-Bericht bei. Er soll Auskunft geben über die Juden im erweiterten Reichsgebiet. Er enthält Aufstellungen, wie auf Seite 87.

Oder es heißt:

»Vom 1.1.1943 bis 31.3.1943 fand aus dem Reichsgebiet mit Böhmen und Mähren, neuen Ostgebieten und Bezirk Bialystok wieder die Evakuierung von 113015 Juden nach dem Osten statt, ebenso die Wohnsitzverlegung von 8025 Juden ins Altersghetto Theresienstadt. Die Judenzahl in Deutschland, namentlich in den Ostgebieten, wurde dadurch neuerdings stark herabgesetzt.«[213]

Gebiet	Zeitraum von..... bis 31. 12. 1942	Abnahme (–) oder Zunahme der Juden [214] durch				
		Auswanderung	Sterbeüberschuß	Evakuierung	Sonst. Veränd g.	**Insgesamt**
Altreich (mit Sudetenland)	31. 1. 33 (29. 9. 38)	– 382 534	– 61 193	– 100 516	+ 4 570	– 539 673
Ostmark	13. 3. 38	– 149 124	– 14 509	– 47 555	– 710	– 211 898
Böhmen und Mähren	16. 3. 39	– 25 699	– 7 074	– 69 677	–	– 102 450
Ostgebiete (m. Bialystok)	Sept. 39 (Juni 40)	– 334 673		– 222 117	–	– 556 790
Generalgouv. (m. Lemberg)	Sept. 39 (Juni 40)	– 427 920		– 1 274 166	–	– 1 702 086
Zusammen		**– 1 402 726**		**– 1 714 031**	**+ 3 860**	**– 3 112 897**

Man beachte, daß der Bericht keinerlei Informationen über die Juden in der Sowjetunion enthält. Wenn es sich um einen Bericht über die physische Ausrottung der Juden in Europa gehandelt hätte, dann wären doch diese Zahlen notwendig gewesen. Wenn man die Juden aber in Teilen der Sowjetunion konzentrieren wollte, dann wäre das Fehlen von Zahlen über die Sowjetunion verständlich.

Himmler zum Koherr-Bericht:

»Der Reichsführer-SS hat Ihren statistischen Bericht über ›Die Endlösung der europäischen Judenfrage‹ erhalten. Er wünscht, daß an keiner Stelle von ›Sonderbehandlung der Juden‹ gesprochen wird. Auf S. 9, Punkt 4, muß es folgendermaßen heißen:
›Transportierung von Juden aus den Ostprovinzen nach dem russischen Osten: Es wurden durchgeschleust durch die Lager im Generalgouvernement... durch die Lager im Warthegau...‹
Eine andere Formulierung darf nicht genommen werden.«[214]

Notiz: Mir ist es nicht gelungen, in dem Koherr-Bericht, der mir vorlag, die Seite 9 oder den Punkt 4 zu finden. Wurde der Bericht

verstümmelt? Man beachte: Transportierung von Juden ... nach dem russischen Osten! Auch das Verbot des Wortes Sonderbehandlung ist doch eigentlich schwer verständlich. War das nicht der Tarnbegriff für das Massenmorden?

11. Mai 1943: Die *Deutsche Zeitung im Ostland* schreibt unter Berufung auf Rosenberg:

> »Die Judenfrage ... wird nunmehr durch die nationalsozialistische Revolution für Deutschland und ganz Europa ihre Lösung finden ... Dann aber ist – nach einem für Gesamteuropa siegreichen Ausgang des Krieges – auch der Augenblick für eine endgültige Lösung der Judenfrage gekommen.«[215]

Sollten bis zum Kriegsende die Juden nicht weitgehend umgebracht sein? Wieso macht man sich da Gedanken? Ähnliche Fragen stellen sich beim nächsten Text.

11. Juli 1943: Bormann teilt im Auftrage von Hitler mit:

> »Bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage muss jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung unterbleiben.
> Es kann jedoch davon gesprochen werden, dass die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden.«[216]

16. Dezember 1943: Himmler vor Befehlshabern der Kriegsmarine in Weimar:

> »So und soviele Juden wurden nach dem Osten gebracht. Völkerbewegungen, die wir in der Geschichte mit großen Namen bezeichnen, haben sich innerhalb dieser rasenden Entwicklung vollzogen ...«[217]

H. Verschiedene politisch-militärische Ereignisse

1. Partisanen

Ungewöhnlich ist die Entwicklung der Partisanenbewegung in der besetzten Sowjetunion. Die Behandlung dieses Problemkreises erfolgt teils hier, teils im nächsten Kapitel. Der Schwerpunkt der

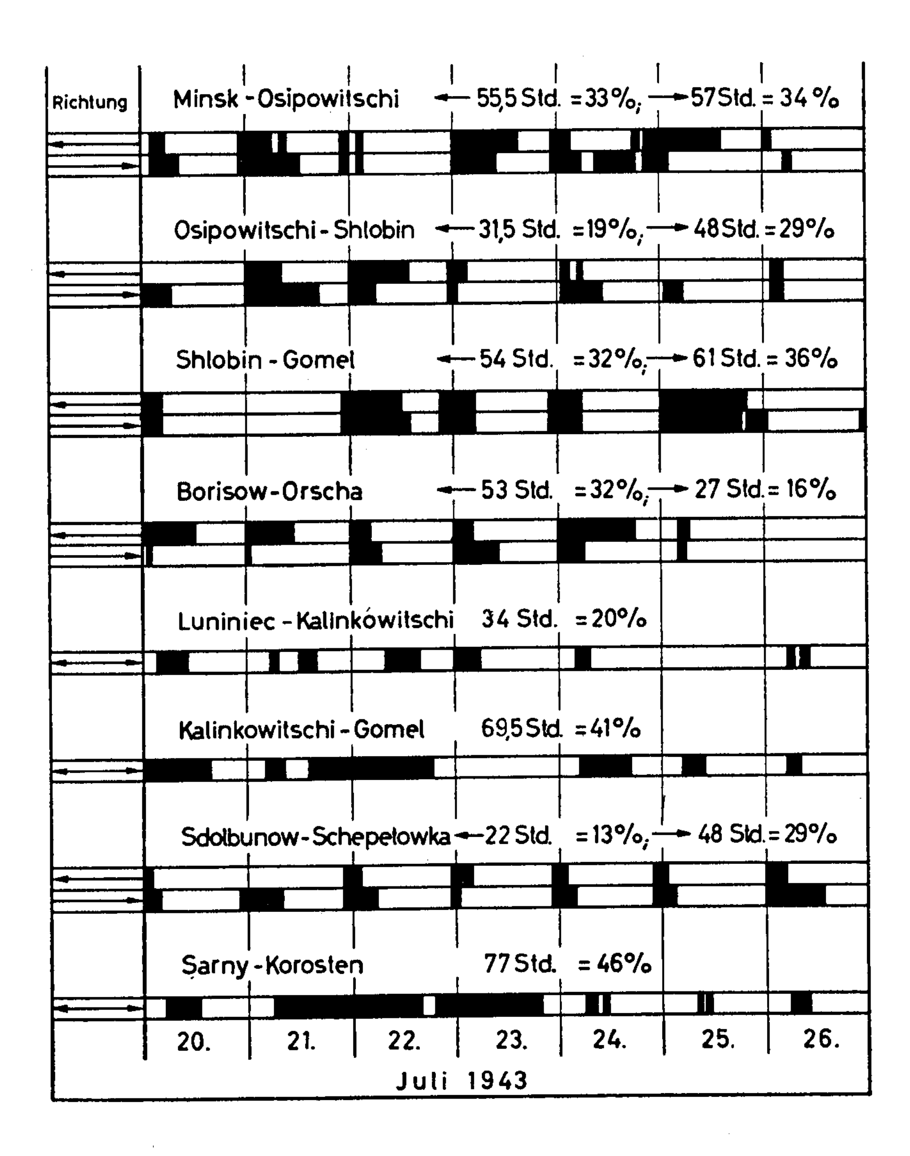
Partisanentätigkeit in der Sowjetunion lag eindeutig in Weißruthenien. Das geht klar aus den Aufzeichnungen der Überfälle von Partisanen auf deutsche Eisenbahntransporte hervor. Die Mehrzahl aller Überfälle im Bereich der GVD Osten fand im Bezirk der RVD Minsk statt.[218] Der Schwerpunkt der Partisanen lag im militärverwalteten Teil von Weißruthenien. Die Beispiele, die in der Literatur gegeben werden, beziehen sich meist auf dieses Gebiet. Dazu ein Diagramm von Pottgiesser, siehe Seite 90.

Bis auf die letzten beiden Strecken liegen die genannten Bahnlinien in Weißruthenien, und zwar im Ostteil. Eine sowjetische Veröffentlichung [220] über die Partisanentätigkeit in Weißrußland nennt als Schwerpunkte den Umkreis der Städte Minsk, Witebsk, Brest, Gomel, Mogilew, Orscha, Bobruisk, Pinsk und Kalnikowitschi.[221] Fast alle diese Städte liegen in der militärverwalteten Zone! Interessant ist auch die internationale Zusammensetzung der Partisanen:

> »Mutig kämpften in der brüderlichen Familie der belorussischen Partisanen Tschechen und Slowaken, Franzosen und Jugoslawen, Griechen und Niederländer, Spanier und Österreicher, Deutsche und Angehörige anderer Nationen gegen den Faschismus.
> Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung würdigten den heldenhaften Kampf dieser wahrhaften Internationalisten. Für ihren antifaschistischen Kampf in den Partisaneneinheiten Belorußlands und für vollbrachte Heldentaten wurden unter anderen 703 Polen, 184 Slowaken, 33 Tschechen, 36 Griechen, 25 Deutsche, 24 Spanier und 14 Franzosen mit Orden und Medaillen der UdSSR geehrt.«[222]

Wie kamen diese Nationalitäten überhaupt nach Weißrußland, und was veranlaßte sie, dort als Partisanen zu kämpfen? Wer kann das erklären? Bis auf die Spanier, auf die nachfolgend extra eingegangen wird, wurden Juden dieser Nationalitäten nach Auschwitz bzw. nach dem Osten transportiert. Bei Juden wäre es auch verständlich, warum sie sich einer Partisanenbewegung angeschlossen hätten. Was die Spanier betrifft, so gibt es eine einfache Erklärung. Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges flüchteten viele Spanier nach Frankreich. Sie wurden dort in Lagern inter-

Sperrung von 8 Strecken durch Partisanenanschläge
in einer Woche Juli 1943



niert. Während des 2. Weltkrieges wurden sie und ihre Mitkämpfer aus anderen Ländern zum Teil nach Auschwitz gebracht. Zitat:

»Ab Sommer 1942 lieferte die Vichyregierung ausländische und französiche Juden an die deutschen Besatzungsbehörden aus. Diese Zwangsdeportationen aus den Lagern betrafen vor allem jüdische Menschen, aber es versteht sich, daß die profaschistischen Vichybehörden sie auch zur Auslieferung von Kommunisten nutzten. Ungefähr am 8. August wurde in Le Vernet ein erster solcher Transport zusammengestellt. Bis zum Abtransport wurde das Lager mit Maschinengewehren umstellt, es kamen keine Besucher und keine Post ins Lager hinein und keine Post aus dem Lager hinaus. Der Transport galt jüdischen Internierten verschiedener Nationalitäten, für den die französischen Behörden vorrangig Kommunisten auswählten: Unter den 80 Betroffenen waren 40 nichtjüdische Menschen. Mit diesem Transport wurden die deutschen Kommunisten Hermann Axen, Leo Cussel, Kurt Goldstein, Gustav Hartog, Erich Hoffmann, die österreichischen Kommunisten Wilhelm Kaminec, Letschmann, Ludwig Lokmanis (Pseudonym), Hermann Peczenig, Siom, die polnischen Kommunisten Buch, Ender, Maizlik, die sowjetischen Kommunisten Elijewitsch und Benjamin Rapoport, der tschechische Kommunist Theodor Guttmann und andere von den französischen Behörden nach Vierzon an die Demarkationslinie gebracht, dort den Nazis übergeben und von diesen über Drancy ins Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Allein von den hier namentlich Genannten fand etwa die Hälfte in diesem faschistischen Konzentrationslager den Tod.«[223]

Das Zitat wurde wegen eines Namens – Hermann Axen – so ausführlich wiedergegeben. Der Lebenslauf von Hermann Axen ist hochinteressant, da er so widersprüchlich ist. Carola Stern über Axen:

»Unter Hinweis auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im August 1939 auf Wunsch der Moskauer Regierung haftentlassen und in die SU überstellt. 1942 Mitglied der KP. Schulungskurse in Moskau an der Frunse-Akademie, später Dozent an politischen Schulen. Nach 1945 Mitbegründer der FDJ.«[224]

In »SBZ-Biographie« heißt es:

»Nach östlicher Version anschl. bis 1937/38 Häftl. i. Zuchthaus Zwikkau. 1938 bis 1940 Emigrant i. Frankreich u. 1940–45 Häftl. i. KZ Ver-

net/Frankr. Nach westl. Quellen 1939 i. Zuge d. dtsch.-sowj. Nichtangriffspaktes i.d. SU haftentlassen. Dort Lehrer a. Parteischulen u.i. Antifalagern. 1945 KPD. 1946 Mitbegründer d. FDJ.«[225]

Danach wurde Axens Lebenslauf von östlicher Seite gravierend verändert. Der Transport Axens nach Auschwitz wurde verschwiegen. Warum wohl? Und wie gelangte Axen von Auschwitz an die Frunse-Akademie und in die Antifalager? Wurde er in Auschwitz befreit? Oder wurde er in den Ostteil von Weißruthenien transportiert und dort Mitte 1944 von den Sowjets gefunden?

Der Beginn der Partisanentätigkeit fällt eigentümlicherweise auch nicht mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen zusammen. In einem Bericht aus Minsk vom 28. Juli 1943 heißt es:

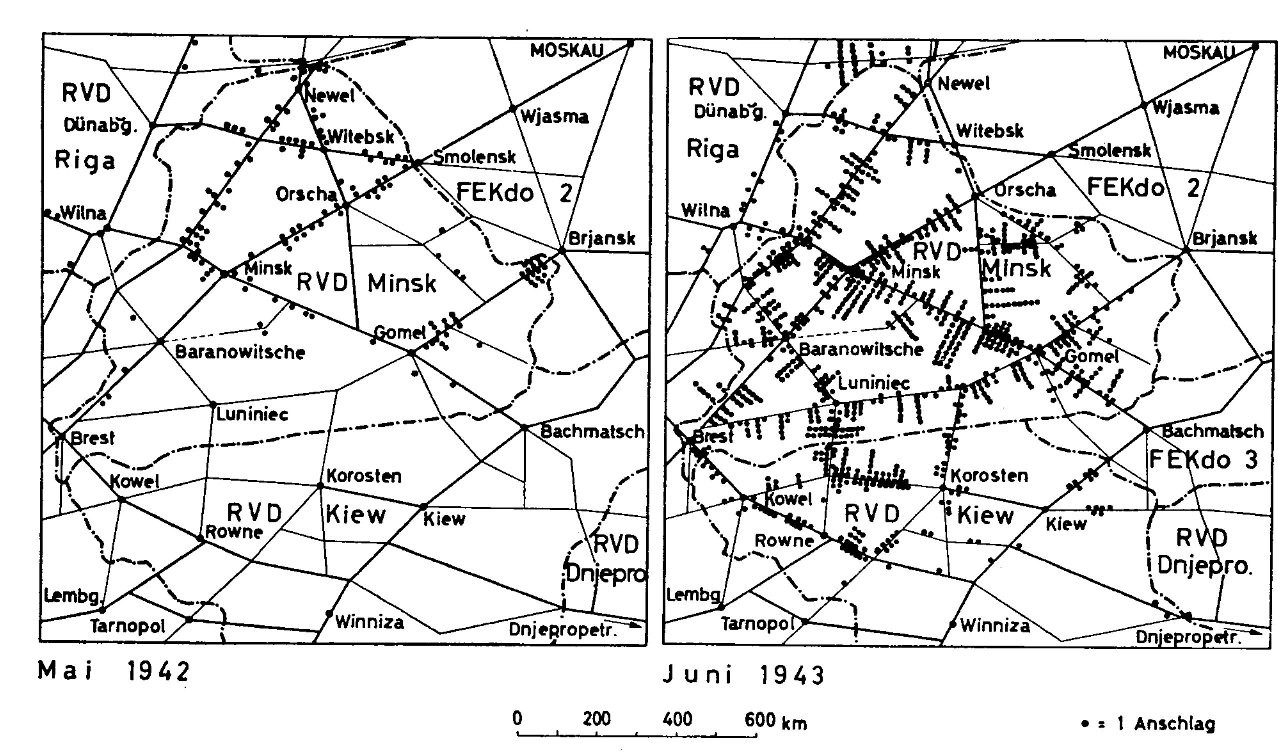
»Im Generalkommissariat Weißruthenien war bis zum Monat Mai, in einigen Gebieten des Westens auch bis zu den Monaten Juni/Juli im altpolnischen Raum tiefster Friede. Erst allmählich fanden die auch dort von den Sowjets organisierten Aktivisten Zulauf aus den Lagern der Kriegsgefangenen, der Juden, des Landarbeiterproletariats und der Städte.«[226]

Diese Entwicklung wird bestätigt durch die Gegenüberstellung zweier Schaubilder, die die Partisanentätigkeit illustrieren, siehe Seite 93.

Die Bilder zeigen, daß die Partisanentätigkeit im Osten Weißrutheniens begann und von dort auf die Nachbarregionen übergriff. Der Schwerpunkt bleibt aber immer noch im Osten Weißrutheniens.

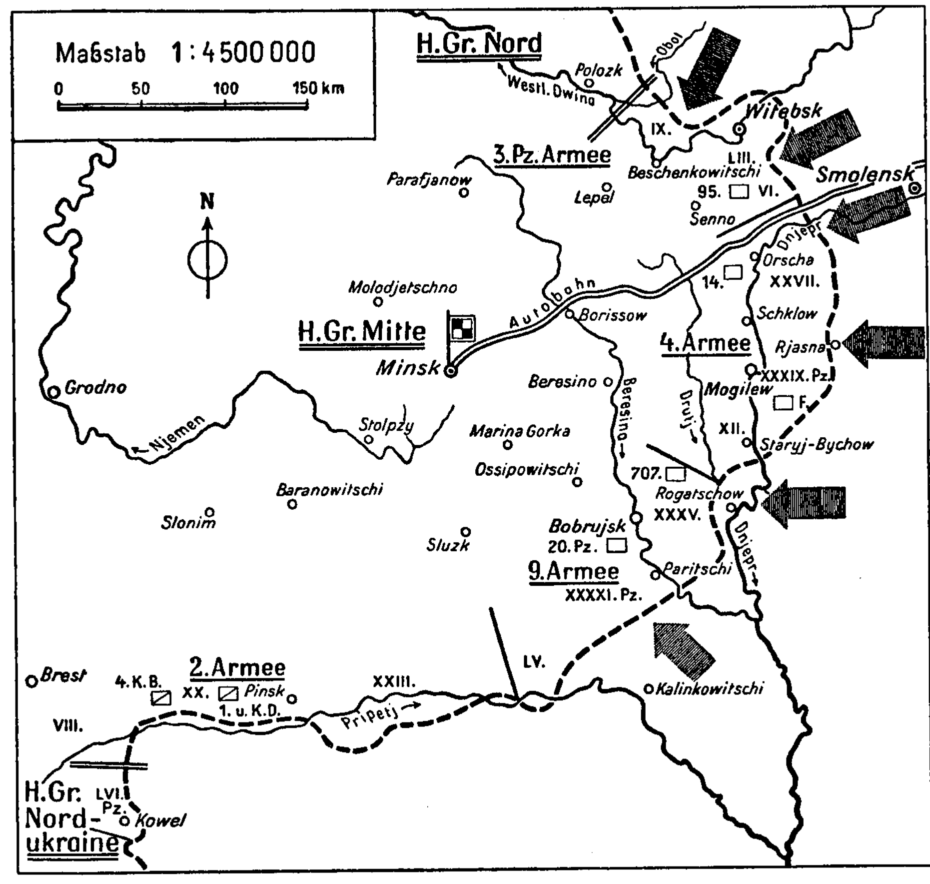
Lage der Partisanenanschläge im Bereich der GDV Osten

Mai 1942 und Juni 1943



2. Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte

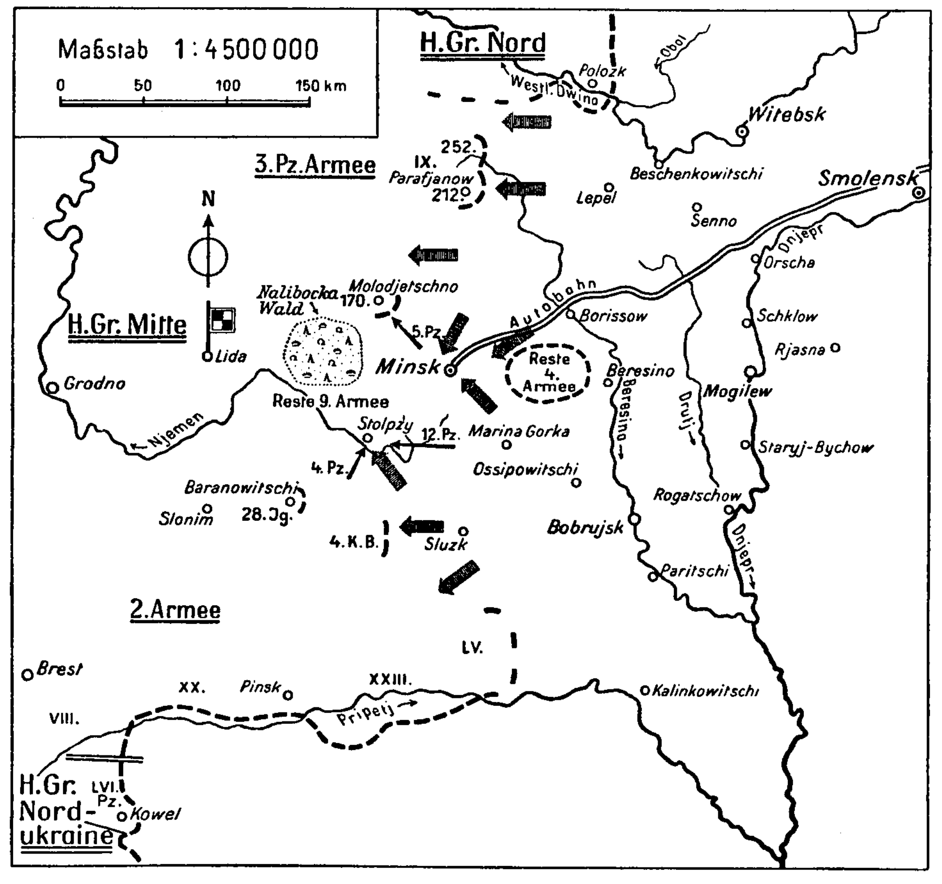
Die Front hatte sich im Frühsommer 1944 in einer etwas eigentümlichen Weise stabilisiert. Weißruthenien war im Prinzip noch fest in deutscher Hand, die Ukraine war weitgehend verloren. Die deutsche Heeresleitung erwartete die weiteren Angriffe im Süden bei der Heeresgruppe Nordukraine.[228] Die Lage der Heeresgruppe Mitte zeigt die folgende Karte:[229]



1. Lage der H. Gr. Mitte am 22. Juni 1944

Im Laufe des Juni 1944 erfuhr die Beurteilung der Feindabsichten eine grundlegende Änderung. Man erkannte, daß der Gegner starke Angriffe gegen Bobruisk, Mogilew, Orscha u. a. richten würde.[230] Jedoch noch am 20. Juni 1944 rechnete Keitel nicht mit unmittelbaren Angriffen.[231]

Der Angriff begann am 22. Juni 1944, dem 3. Jahrestag von Barbarossa.[232] Die deutschen Truppen wurden durch stark überlegene sowjetische Truppen überrannt, die ein neues Angriffsverfahren



2. Lage der H. Gr. Mitte am 3. Juli 1944

anwandten.[233] Völlig überrascht wurde die deutsche Heeresleitung durch das weitgesteckte Ziel der Angriffe Minsk.[234] Am 27. Juni war die Stellung der Heeresgruppe Mitte unwiderruflich zerbrochen. Hitler befahl am 28. Juni 1944 kategorisch, die Linie Tscherwonnoje-See – St. Dorogi – Beresina zu halten.[235] Er wechselte deshalb sogar die militärische Führung aus. Feldmarschall Busch wurde durch Model ersetzt. Am 30. Juni war Model klar, daß er die Linie nicht halten oder wiedergewinnen könne.[236] Am 3. Juli 1944 war schließlich der gesamte Ostteil von Weißruthenien für Deutschland verloren.[237]

Doch der Angriff verfolgte sogar noch weitergehende Ziele. Am 28. Juni 1944 war der deutschen Heeresleitung klar geworden, daß die sowjetischen Armeen weit über Minsk hinausstoßen würden.[238] Am 9. Juni waren Baranowitschi und Wilna erobert und Molodetschno weit überrollt. Einen Monat nach dem Beginn der Operation war Weißruthenien in sowjetischer Hand. Die neue Front verlief in ziemlich gerader Linie von Brest-Litowsk nach Kowno.[239]

Die Verluste der deutschen Wehrmacht betrugen 350000 Mann, das war doppelt soviel wie bei Stalingrad. 28 deutsche Divisionen wurden zerschlagen.[240] Bei der Heeresgruppe Mitte waren die folgenden Einheiten eingesetzt:[241]

3. Panzer-Armee	
4. Armee	
9. Armee	
Pz. Grenadier-Division Feldherrnhalle	gesperrt
1. ungarische Kavallerie-Division	
4. Panzer-Division	gesperrt
5. Panzer-Division	gesperrt
12. Panzer-Division	gesperrt
14. Panzer-Division	
20. Panzer-Division	gesperrt
24. Division	gesperrt
28. Jäger-Division	gesperrt
95. Division	gesperrt
132. Division	gesperrt

170. Division	
206. Division	gesperrt
212. Division	gesperrt
290. Division	gesperrt
707. Division	gesperrt
VI. Armeekorps	
IX. Armeekorps	
XII. Armeekorps	
XXVII. Armeekorps	
XXXV. Armeekorps	
XXXIX. Armeekorps	
XXXXI. Armeekorps	
LIII. Armeekorps	gesperrt
Armeeoberkommando 9	
4. Kavallerie-Brigade.	

Auf diese Einheiten und die Bedeutung des Vermerks »gesperrt« wird im nächsten Kapitel eingegangen.
Bei dieser Operation dürfte es sich um die größte Vernichtungsschlacht der Weltgeschichte handeln. Doch wird von ihr, so mein Eindruck, kaum gesprochen. Auf Grund des Ablaufes dürfte jedenfalls nicht zu erwarten sein, daß irgendwelche Zivilpersonen aus Weißruthenien vor der Roten Armee fliehen konnten!

3. Der Stopp der Endlösung

Über den Stopp der Endlösung liegen nicht ganz eindeutige Informationen vor. Im Kern sind sich die Autoren jedoch einig. Spätestens im Juli 1944 wurde die Endlösung beendet und im September 1944 das Kommando Eichmann aufgelöst. Die Quellenlage ist für mich undurchsichtig, da die Angaben teils ohne Quellenangaben erfolgen. Im Detail:

26. Juni 1944: Horthy verfügt die Einstellung der Deportationen ungarischer Juden nach Auschwitz.[242]

18. Juli 1944: Jüdische Kreise in der Schweiz und in Schweden berichten, die Deportationen ungarischer Juden seien eingestellt.[243]

26. Juli 1944: Himmler befiehlt die Einstellung der Deportationen aus Ungarn.[244] Nach anderer Quelle am 25. August 1944.[245]

30. August 1944: Abberufung von Eichmann aus Ungarn durch Himmler.[246]

26.–30. September 1944: Klages kündigt den endgültigen Stoppbefehl Himmlers für Vergasungen an.[247]

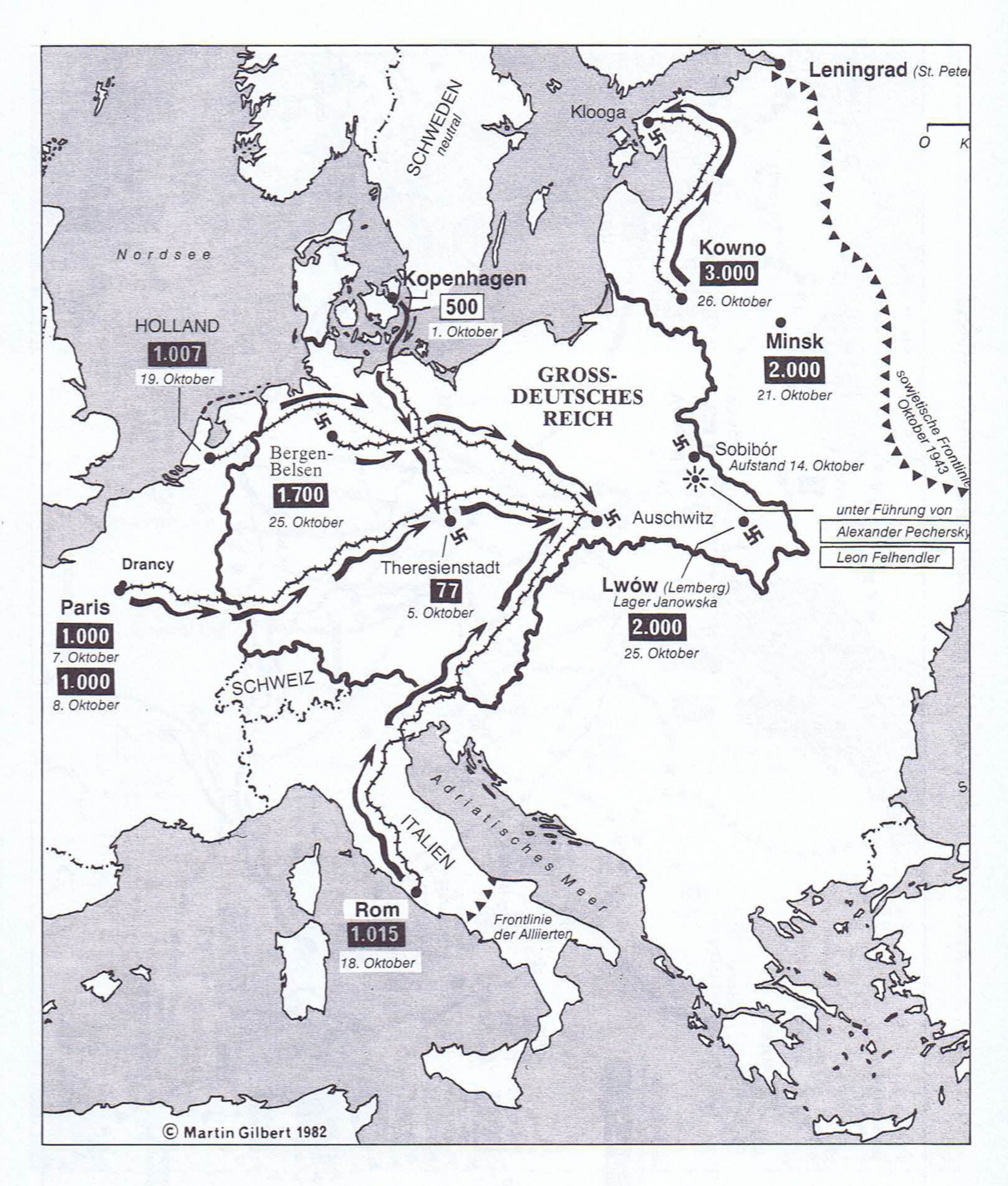
28. September 1944: Befehl Himmlers zur Auflösung des Sonderkommandos Eichmann.[248]

Gilbert zeigt in seinem Atlas zur Endlösung in eindringlicher Weise die Transporte von Juden in die einzelnen Lager, vor allem nach Auschwitz.

Ein Beispiel vom Oktober 1943 siehe Seite 99.[249]

Die Bilder, die die fortwährenden Transporte nach Auschwitz zeigen, sind sehr eindringlich. Doch plötzlich, ab August 1944 kommt es zur Umkehr der Transporte.[250] Zunächst überschneiden sich die Richtungen. Es gehen noch Transporte in Richtung Auschwitz, aber es gehen schon welche davon weg, ins Reich, nach Ravensbrück, siehe Seite 100.

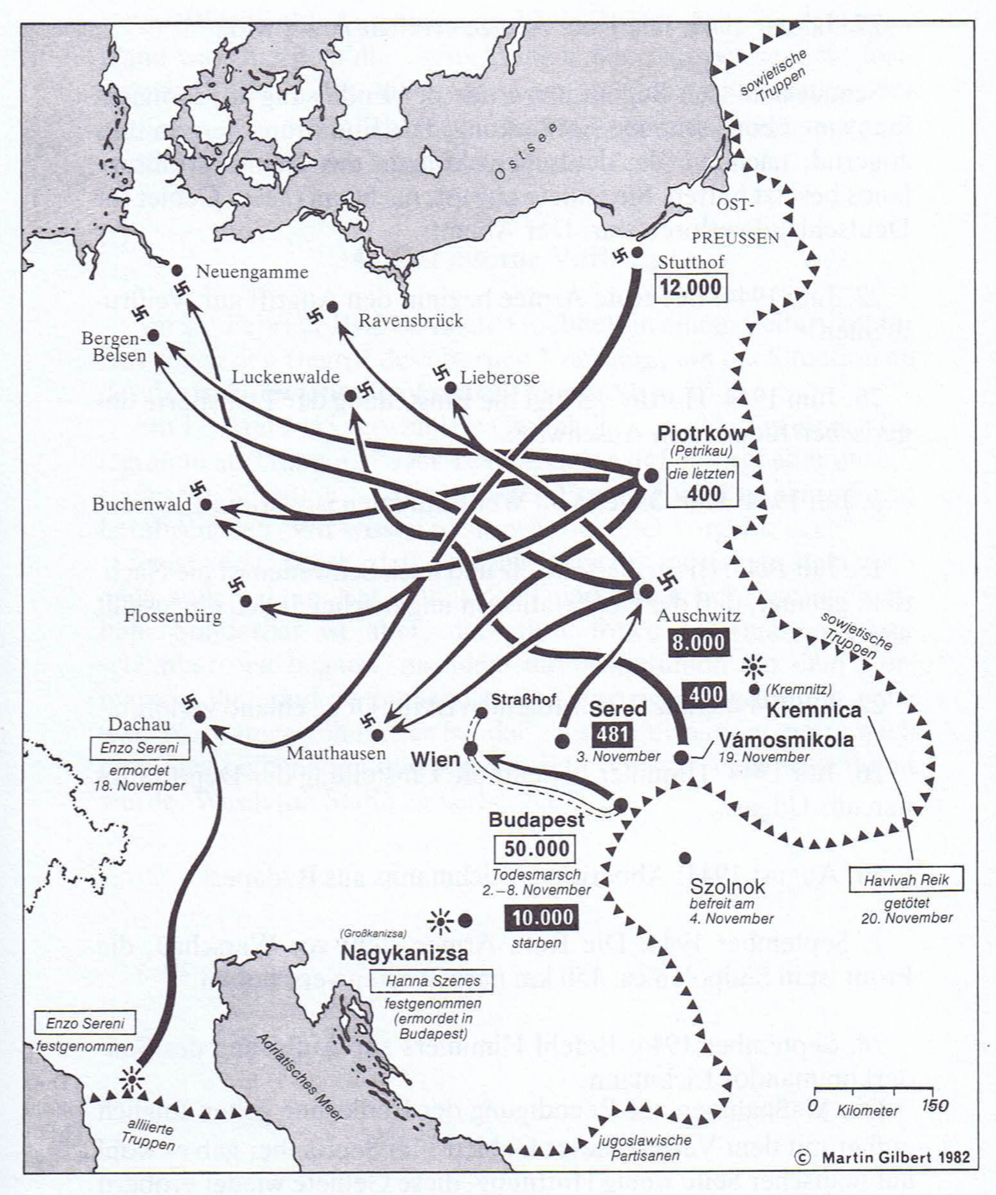
Doch immer mehr dreht sich die Richtung. Plötzlich gehen die Transporte in ebenso eindringlicher Weise von Auschwitz weg, siehe Seite 101.[251]



Deportationen, Massaker und Aufstände, Oktober 1943

Ravensbrück
0 Kilometer 200
Warschau
Aufstand
1. Aug.–15. Sept.
sowjetische Truppen
Łódź
70.000
6.–30. August
Ostrowiec
Arbeits-lager
2.000
3. August
Buchenwald
Groß-Rosen
Drancy
Paris
51
17. August
Aufstand
15.–25 August
alliierte Truppen
Flossenbürg
Auschwitz
Płazów
Beginn der Evakuierung
Mielec
Zwangsar-beitslager
3.000
24. August
Banská Bystrica
(Neusohl)
Nováky
Sered
SLOWAKEI
Aufstand
26. August
Gusen
Mauthausen
Győr
(Raab)
Balaton
(Plattensee)
mehrere Tausend.
darunter der Dichter Miklos Radnoti
Lyon
650
11. August
Aufstand
26. August
Verona
222
2. August
Castres
Aufstand
alliierte Truppen
Novi Sad
(Neusatz)
Todesmarsch
August-Oktober
Belgrad
6.000
Pisa
7
1. August
Marseille
Mazamet
Aufstand
Landung der Alliierten
15. August
alliierte Truppen
Adriatisches Meer
Bor
August
Todesmarsch

Deportationen, Todesmärsche und Aufstände, August 1944



Evakuierungen und Todesmärsche, November 1944

27. Januar 1945: Die Rote Armee erreicht Auschwitz.[252]

Schaut man sich Beginn und Ende der Endlösung an, so macht man eine überraschende Entdeckung. Die Endlösung begann sehr zögernd, nachdem die deutschen Armeen das Gebiet Weißrußlands besetzt hatten. Sie endete abrupt, nachdem dieses Gebiet für Deutschland verloren war. Der Ablauf:

22. Juni 1944: Die Rote Armee beginnt den Angriff auf Weißruthenien.

26. Juni 1944: Horthy verfügt die Einstellung der Transporte ungarischer Juden nach Auschwitz.

3. Juli 1944: Der Ostteil von Weißruthenien ist verloren.

18. Juli 1944: Bis in die Schweiz und nach Schweden ist die Nachricht gelangt, daß die Deportationen ungarischer Juden eingestellt wurden.

22. Juli 1944: Ganz Weißruthenien ist für Deutschland verloren.

26. Juli 1944: Himmler befiehlt die Einstellung der Deportationen aus Ungarn.

30. August 1944: Abberufung Eichmanns aus Budapest.

1. September 1944: Die Rote Armee steht vor Warschau, die Front ist in Südpolen ca. 150 km nach Westen verschoben.[253]

28. September 1944: Befehl Himmlers zur Auflösung des Sonderkommandos Eichmann.

Die Maßnahmen zur Beendigung der Endlösung gehen folglich einher mit dem Verlust dieser Gebiete. Im September gab es wohl auf deutscher Seite wenig Hoffnung, diese Gebiete wieder erobern zu können!

Notiz: Obwohl Auschwitz noch ein halbes Jahr in deutscher Hand war, hat man die Vernichtung sonderbarerweise nicht fortgesetzt. Proteste der Alliierten? Kein namhafter Staatsmann der Alliierten hat öffentlich gegen die Massenmorde protestiert, zumindest nicht vor der Niederlage Deutschlands!

4. Der eiserne Vorhang

Am 25. Februar 1945 benutzte Goebbels in einem Leitartikel für *Das Reich* den Begriff des eisernen Vorhangs, um die Situation an der deutsch-sowjetischen Front zu beschreiben.[254]

Am 12. Mai 1945 verwendete Churchill dieses Wort in einem Telegramm an Truman.[255] Der Text: »Ich bin tief besorgt über die europäische Situation ... Ein eiserner Vorhang wird an ihrer Front herabgelassen. Wir wissen nicht, was dahinter vorgeht ...«[256]

Es ist verständlich, daß ein Land, welches im Kriege steht, sich nach außen abschottet, damit der Feind wenig Informationen erhält. Sonderbar ist aber, daß diese totale Informationssperre scheinbar erst begann, nachdem die Sowjetunion auf dem Vormarsch, ihr Land weitgehend befreit und der Sieg greifbar nahe war. Noch ungewöhnlicher ist, daß diese Informationssperre nach dem Sieg beibehalten und sogar auf die Verbündeten ausgedehnt wurde. Was hatte Stalin zu verbergen?



IV. Fakten II

In diesem Kapitel sollen wesentliche Fakten über die Entwicklung im sowjetischen Machtbereich angeführt werden, die die vorgestellte These stützen.

A. Ungewöhnliche Entwicklungen im sowjetischen Machtbereich von 1943 bis 1953.

1. Der neue Antisemitismus

Die Sowjetunion war seit der Oktoberrevolution weitgehend ein judenfreundliches Land. Zahlreiche Diskriminierungen der Zarenzeit waren beseitigt worden, die Sowjetunion behandelte im Rahmen ihrer Nationalitätenpolitik die Juden als den anderen Völkern gleichgestellt. Zwar wurden im Rahmen der Russifizierungstendenzen zwischen 1936 und 1939 zahllose jüdische Schulen und sieben jüdische Theater geschlossen, von einem neuen Antisemitismus kann aber trotzdem nicht gesprochen werden.[257] Doch 1943, mitten im Krieg, ändert sich das. Zitat:

> »Zusammen mit den anderen Völkern der UdSSR kämpften die Juden gegen den tödlichen Faschismus. Aber 1943 fegte eine neue Welle von Antisemitismus über das Land, die alles übertraf, was unter dem zaristischen Regime bekanntgeworden war. Der Ausgangspunkt des Antisemitismus waren die besetzten Gebiete; von hier aus breitete sich der Antisemitismus in die Reihen der Partisanenbewegung, der Roten Armee und der Nachhut aus. Die Diskriminierung der Juden in der Armee wurde immer spürbarer. Tausende von Juden, die im Kriege Heldentaten vollbracht hatten, blieben wegen ihrer Nationalität ohne Aus-

zeichnung. Zur gleichen Zeit breitete sich hartnäckig das Gerücht aus, daß die Juden nicht kämpften, sondern hinter der Front herumlägen.«[258]

Sonderbarerweise beginnt der Antisemitismus in den von Deutschland besetzten Gebieten, dort, wo die Juden doch alle ermordet werden! Wer kann das erklären?

2. Auschwitz

Am 27. Januar 1945 erreichten sowjetische Truppen das Lager Auschwitz.[259] Die Sowjetunion setzte eine »Ausserordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Schandtaten der faschistischen deutschen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer, ueber die ungeheuren Greueltaten und Verbrechen der deutschen Regierung in Auschwitz (Oswiezim)«[260] ein. Diese Kommission befragte und untersuchte 2819 frühere Insassen des Lagers Auschwitz und wertete deutsche Dokumente aus u.v.m.[261] Am 6. Mai 1945[262] legte sie einen ausführlichen Bericht vor, in dem festgestellt wird:

> »1. Durch Erschiessungen und ungeheuerliche Folterungen vernichteten die Deutschen im Lager Auschwitz ueber vier Millionen Staatsangehoerige der Sowjet-Union, Polens, Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslovakei, Rumaeniens, Ungarns und anderer Laender.
> 2. Deutsche Professoren und Aerzte fuehrten sogenannte medizinische Versuche an lebenden Menschen, Maennern, Frauen und Kindern im Lager aus ...«[263]

Von Vergasungen ist hier nicht die Rede, allerdings von Erschießungen und ungeheuren Folterungen. Gaskammern werden erst im nächsten Punkt genannt und bei den Zeugenaussagen, wo es beispielsweise heißt: »... Ausgesuchte Gefangene wurden in die Gaskammern zur Vernichtung geschickt.«[264] Der Bericht ist in sich widersprüchlich, er ist aber auch der erste und unmittelbarste Bericht über Auschwitz. Doch das weitere Verhalten der Sowjetunion ist sehr seltsam:

1. Die zahllosen Unterlagen und Protokolle, die es nach diesem Bericht geben muß, wurden nie veröffentlicht.
2. Die Sowjetunion hat der israelischen Regierung kein einziges Dokument für den Eichmann-Prozeß zur Verfügung gestellt.[265]
3. Das Thema Massenvernichtung der Juden wird in der Sowjetunion tabuisiert. So »erwähnte Stalin nur ein einziges Mal, daß die Nazis eine Politik betrieben, die die Auslöschung der Juden zum Ziel habe ...«[266]

Im sowjetischen Einflußbereich sind aber auch andere Dokumente zur Massenvernichtung verschwunden oder prominente Zeugen der westlichen Öffentlichkeit entzogen worden.

Der Gerstein-Bericht, der Bericht des SS-Offiziers Kurt Gerstein über Massentötungen in den Lagern Belzec, Treblinka, Sobibor und Majdanek, der Rolf Hochhuth zu seinem Drama *Der Stellvertreter* veranlaßte, enthält verschiedene schwerwiegende Unstimmigkeiten. Gerstein nahm sich wahrscheinlich am 25. Juli 1945 in seiner Gefängniszelle in Paris das Leben.[267] Er kann also nicht mehr befragt werden. Um aber diesen Unstimmigkeiten auf den Grund zu gehen, wären die Vernehmungsprotokolle hilfreich. Doch die Akte Gerstein ist verschwunden. Sie wurde am 10. November 1945 von den französichen Behörden an Professor Gros an der französichen Botschaft in London gesandt, mit der Bitte, sie an den polnischen Delegierten beim Ausschuß der Vereinten Nationen weiterzuleiten. Seitdem fehlt von der Akte jede Spur.[268]

Auch bei Rudolf Höß, dem Kommandanten von Auschwitz, gibt es sonderbare Abläufe. Er wurde am 11. März 1946 in der Nähe von Flensburg verhaftet. Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wurde er nur kurz als Zeuge (!) vernommen und am 25. Mai 1946 an Polen ausgeliefert. Elf Monate später wurde er am 2. April 1947 durch das polnische Oberste Volksgericht zum Tode verurteilt und 14 Tage später in Auschwitz hingerichtet.[269] Auch hier wurde eine zentrale Figur der Massenmorde der westlichen Öffentlichkeit entzogen. Seine spektakulären Aussagen machte er erst in Polen. Höß, der ein sehr williger und aussagefreudiger Gefangener gewe-

sen sein soll,[270] wird unverständlicherweise nicht der internationalen Öffentlichkeit präsentiert. Seine Aufzeichnungen werden erst neun Jahre später vollständig und auf polnisch veröffentlicht![271]

Am 2. Mai 1945 ist Berlin von sowjetischen Truppen völlig erobert[272]. Bis zum Eintreffen der Alliierten am 3./4. Juli 1945 hatten sie die alleinige Kontrolle über Berlin[273] und somit auch über alle Aktenbestände des Dritten Reiches, die in Berlin lagerten. Eine Selektion der Akten wäre der Sowjetunion somit leicht möglich gewesen. Daß dies auch geschehen ist, berichten Zeitzeugen:

> »Als die Russen Berlin 1945 besetzten, durchstöberten sie die amtlichen deutschen Archive mit mehr Kraft als Umsicht: einiges Material wurde nach Rußland verfrachtet, anderes zerstört und der Rest einfach weggeworfen und liegengelassen.«[274]

Ob es an Umsicht gefehlt hat, ist schwer zu beurteilen: man müßte wissen, was »die Russen« gesucht und inwieweit sie das Gesuchte gefunden haben. In den Tagebüchern von Goebbels, die im Hof seines Ministeriums herumlagen,[275] fehlen bei den Eintragungen am 14. Februar 1942 die Seiten 9 bis 36, und sie betreffen, so der erhaltene Kontext: zentrale Ausführungen über das Schicksal der europäischen Juden![276]

3. Die Gründung der UNO

Am 26. Juni 1945 wurde in San Franzisko die UNO von 51 Staaten gegründet.[277] Zu den Gründungsmitgliedern zählt eigentümlicherweise Weißrußland.[278]

Verständlich wäre es gewesen, wenn die baltischen Staaten, die bis 1940 selbständig waren, dazugehörten. Doch sie fehlen.

4. Partisanen in Weißrußland nach 1945

Nach der Befreiung 1944 entsteht sonderbarerweise eine neue Partisanenbewegung in Weißrußland! Oder ist es die alte? Zitat:

»In den ersten Nachkriegsjahren wurde die sowjetische Herrschaft besonders von der Bevölkerung in den Territorien übelgenommen, die von der UdSSR 1939–40 annektiert, 1941 an Deutschland verloren und mit dem Sieg zurückgewonnen wurden. Diese Gebiete – die baltischen Republiken und ehemals polnisches Land (das jetzige Bjelorußland und die westliche Ukraine) – wurden bei Kriegsende von der Sowjetunion annektiert. Ausgedehnte Deportationen der polnischen Unerwünschten folgten. Die unzufriedenen Bürger, die in diesen Gebieten in Freiheit blieben, setzten von geheimen Stützpunkten in den Wäldern ihre sporadischen Guerilla-Aktionen gegen die sowjetischen Behörden fort. Im Kampf gegen diese ›Banditen‹, der bis in die 50er Jahre anhielt, war das MWD/MGD stark beteiligt und wandte hauptsächlich jene Technik an, die die Tscheka im Bürgerkrieg eingeführt hatte: Das Einschleusen falscher MWD-Partisanen in die Partisanengruppen. Beide Seiten erlitten in der Auseinandersetzung beträchtliche Verluste.«[279]

5. Wallenberg und andere

Raoul Wallenberg war Attaché an der schwedischen Gesandtschaft in Budapest. Er hatte diese Position auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung der USA erhalten. Sein Ziel: soviel Juden wie möglich vor der Deportation nach Auschwitz zu retten.[280] Als die Rote Armee Budapest erreichte, wurde Wallenberg am 17. Januar 1945 festgenommen. Er wurde beschuldigt, jüdisches Vermögen geraubt zu haben. Die Untersuchung ergab die Unschuld Wallenbergs und die Tatsache, daß er 30000 Menschen vor der Deportation gerettet hatte. Die Machthaber in Moskau bestanden aber auf der Überführung in die Sowjetunion. Am 4. Februar 1945 wurde er in die Sowjetunion abtransportiert.[281] Auf Intervention des schwedischen Gesandten in Moskau versprach Stalin im Sommer 1946, sich um das Schicksal Wallenbergs zu kümmern. Im August 1947 wurde von sowjetischer Seite mitgeteilt, man könne den Offizier, der Wallenberg festgenommen habe und darüber nach Moskau berichtete, nicht finden.[282] Wallenberg bleibt verschwunden. Er soll aber noch leben, und zwar angeblich in Krasnojarsk östlich von Nowosibirsk in Sibirien unter anderem Namen.[283]

Notiz: So wie Wallenberg und sein Einsatz immer wieder beschrieben werden, hat er über das tatsächliche Schicksal der Juden in Auschwitz bestimmt Bescheid gewußt.

Wallenberg ist nicht der einzige Ausländer, der nach 1945 in der Sowjetunion verschwunden ist. So wird von 600 bis 700 Franzosen berichtet, die gegen ihren Willen in der Sowjetunion zurückgehalten werden, darunter Insassen von deutschen Konzentrationslagern! Sie wurden nach der »Befreiung« generell in Durchgangslager in der Sowjetunion gebracht. Es heißt, sie hätten zu viel gesehen![284]

Notiz: Ab Mitte 1944 wurden viele Auschwitzhäftlinge in deutsche Konzentrationslager gebracht. Höß hat Transportkommandos aus Zigeunern erwähnt. Haben die Franzosen von dieser Seite zuviel erfahren? Denn was könnten sie in einem deutschen Konzentrationslager über die Sowjetunion erfahren?

6. Das Jahr 1948

Das Jahr 1948 zeichnet sich dadurch aus, daß sehr viele der nachfolgend beschriebenen Ereignisse in diesem Jahr stattfanden oder zumindest ihren Ausgang nahmen.

a) Das Jüdische Antifaschistische Komitee. Dieses Komitee war während des Krieges in der Sowjetunion gegründet worden und hatte die Aufgabe, über jüdische Organisationen in den USA Hilfe für die Sowjetunion, die Rote Armee und die Bevölkerung zu organisieren.[285] Vorsitzender des Komitees war S. M. Michoels, ein bekannter jüdischer Schauspieler. Michoels war 1943 in den USA, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren und Geld zu sammeln. Die Reise war sehr erfolgreich, wie es heißt. Am 13. Januar 1948 wurde Michoels auf einer Straße in Minsk von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes ermordet, danach wurde die Leiche von einem Lastwagen überfahren, um einen Unglücksfall vorzutäuschen.[286] Stalin persönlich hat dazu den Befehl per Telefon gegeben, so Stalins Tochter Swetlana, die zufällig Zeuge wurde.[287]

Im Herbst 1948 wurde das Komitee verboten[288], seine Mitglieder verhaftet, gefoltert und 1952 erschossen.[289] Welche Vorwürfe wurden gegen das Komitee erhoben? 1944 wandte sich das Komitee in einem Brief an Stalin mit der Bitte, die entvölkerte Krim für die Juden zur Verfügung zu stellen. Sie wollten eine Jüdische Autonome Republik gründen.[290] Stalin beschuldigte das Komitee, es wolle die Abtrennung der Krim von der UdSSR.[291]

Notiz: Ist es nicht sonderbar, daß 1934, als es noch Millionen von Juden mehr als 1944 in der Sowjetunion gab, nur ein Jüdisches Autonomes Gebiet gegründet wurde?[292] Jetzt, nachdem über eine Million Juden der Sowjetunion ermordet waren, sollte eine Autonome Republik gegründet werden! Und das mitten im Krieg. Bedeutsam erscheint mir das Jahr 1944, da war Weißrußland zurückerobert. Und warum sollten die sowjetischen Juden die Abtrennung dieses Gebietes von der Sowjetunion fordern? Hatte sie nicht den Juden eine Heimat geboten? Wenn Juden aus anderen europäischen Ländern eine solche Forderung erhoben hätten, wäre das verständlich.

b) Gründung des Staates Israel. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel auf Beschluß der Vereinten Nationen gegründet.[293]

c) Zerschlagung von jüdischen Einrichtungen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 wurden in der Sowjetunion wichtige jüdische Einrichtungen verboten oder geschlossen:[294]

- Verbot der führenden jiddischen Zeitung der Sowjetunion *Einikeit*
- Verbot der jiddischen Zeitschrift in der Ukraine *Schtern*
- Schließung des jüdischen Verlagshauses »Emes« in Moskau
- Auflösung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in Moskau.

Außerdem erschienen antizionistische Artikel von Ilja Ehrenburg gegen »eine gewisse Gruppe antipatriotischer Theaterkritiker«.

d) Sperrgebiete entstehen. Nach einem Erlaß vom 30. September 1948 wurde eine Sperrliste veröffentlicht, die für ausländische Diplomaten gesperrte Gebiete aufführte.[295]

e) Gesperrte Einheiten. 1948 begannen in der Sowjetunion umfangreiche Ermittlungen gegen deutsche Kriegsgefangene, die Angehörigen bestimmter Einheiten durften vorerst nicht entlassen werden.[296]

7. Slansky und andere

Am 28. November 1951 wurde die Verhaftung von Rudolf Slansky im tschechischen Parteiorgan Rude Pravo mitgeteilt. Slansky war Generalsekretär der tschechischen KP. Genau ein Jahr später wurde er zum Tode verurteilt.[297] Der Vorwurf: Die Slansky–Gruppe sei eine zionistische Verschwörung.[298]Im Detail:

> »Slansky, Geminder, Sling, Clementis usw. waren nie Kommunisten. Sie entstammen dem wohlhabenden Kleinbürgertum und waren daher von jeher für Abweichungen anfällig. Schon in ihrer Jugend neigten sie dem Trotzkismus zu. Sie waren zugleich jüdische Chauvinisten und Kosmopoliten, sie haben die zionistische Organisation zu illegalen Finanztransaktionen und zum Schmuggel benutzt, sie haben außerdem mit englischen und amerikanischen Agenten zusammengearbeitet, waren auf die Herauslösung der Tschechoslowakei aus dem sowjetischen Block bedacht, arbeiteten deshalb sowohl mit Tito wie in Polen mit Gomulka zusammen, wie sie vorher schon die wahren Vertrauensleute von Benesch und Masaryk gewesen waren. Manche ihrer hochverräterischen Beziehungen wurden durch Mitglieder der ehemaligen Internationalen Brigade in Spanien geknüpft. Sie versuchten, den Handel mit der Sowjetunion zu erschweren, und forderten für Waren, die nach Osten gingen, weit höhere Preise, als sie im Westhandel üblich waren. Bei den Handelsgeschäften mit dem Westen bedienten sie sich freimaurerischer Beziehungen, die ihnen als Juden besonders leicht zugänglich waren.«[299]

Das Schlußbild der Anklage:

»Präsident Gottwald sollte durch seinen Leibarzt beseitigt werden. Die Abwendung der Tschechoslowakei von der Sowjetunion wurde im unmittelbaren Auftrag des amerikanischen und britischen Imperialismus vorbereitet. Diesen Mächten wurden laufend militärische und politische Geheimnisse zugespielt. Ihre Agenten bedienten sich vornehmlich zionistischer Organisationen, die damit zu Agenturen des westlichen Imperialismus wurden. Alle Juden sind daher – ähnlich wie die damaligen roten Spanienkämpfer – besonders anfällig für Korruption durch den Westen. Amerikanische und britische ›fellow travellers‹ wie die Amerikaner Noel und Hermann Field und der britische Labourabgeordnete Zilliacus benutzten ihre linksgerichtete Gesinnung nur als Tarnung. Sie sind in Wirklichkeit besonders gefährliche Agenten des Secret Service und des amerikanischen Geheimdiensts. Benesch war ein Spion des Westens und ein Verräter. Tito, Gomulka und Rajk gehören ebenfalls zur Verschwörung. Bei Tito wirkt außerdem über seinen Vertrauensmann Pijade auch die zionistische Verschwörung unmittelbar ein. Im übrigen waren die Angeklagten auch antisowjetische Chauvinisten, die die Gleichschaltung der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion bekämpften und vor allem wirtschaftlich sabotierten.«[300]

Die Angeklagten waren weitgehend geständig, ganz im Stile der Moskauer Schauprozesse. Sie und die ›Zeugen‹ waren fast alle Juden.[301] Abweichend von ähnlichen ›Reinigungswellen‹ waren sie jedoch nicht nur ›Westler‹, sondern auch ›Moskowiter‹, d.h., sie hatten länger in den westlichen Ländern oder auch in der Sowjetunion gelebt. Das Ergebnis: Im Prager Parteisekretariat und im Parteipräsidium sowie in den oberen Stellen der Armee und des Staates befinden sich keine Juden mehr.[302] Ein interessanter Aspekt: Die Planung und Vorbereitung der Entmachtung Slanskys geht auf das Jahr 1948 (!) zurück. Ende August 1948 starb Shdanow, ein einflußreicher Theoretiker dieser Zeit. Zitat:

»Am Tage nach Shdanows Tode wurde Gottwald zu einer Konferenz auf die Krim gerufen. In Rußland hatte nun der Malenko-Flügel die Oberhand gewonnen. Die Gefolgsleute Shdanows wurden alsbald aus ihren Schlüsselpositionen entfernt. Als Gottwald nach Prag zurückkam, war er der stärkere. In einer Rede, in der noch keine Namen genannt wurden, bezeichnete er Ende 1948 seine Gegner summarisch als Trotzkisten. Von diesem Zeitpunkt ab war Slansky gezwungen, ein hinhaltendes Rückzugsgefecht zu führen.«[303]

Doch neben Slansky und seinem Anhang wurde noch eine andere jüdisch-kommunistische Machtgruppe ausgeschaltet:

»Sehr viel weniger blutig und mit einiger Verzögerung erfolgten die Säuberungen in Rumänien. Im Mai 1952 wurden der stellvertretende Ministerpräsident Vasile Luca und Innenminister Teohari Georgescu ihres Postens enthoben und Ana Pauker aus dem Sekretariat und Politbüro der Partei ausgeschlossen; im Juli mußte sie das Außenministerium aufgeben. Damit war es dem ›Nationalkommunisten‹ Gheorghiu-Dej gelungen, die wichtigsten Repräsentanten des ›Moskoviter‹-Flügels auszuschalten. Luca, Georgescu und Ana Pauker, die alle jüdischer Herkunft waren, verschwanden in der Versenkung.«[304]

Die Aktionen innerhalb der rumänischen und tschechoslowakischen KP heben sich von anderen Säuberungen ab. Zitat:

»Die Affäre Luca–Georgescu–Pauker zeigt, wie schwierig es ist, ›eine allgemeine Theorie der Säuberungen‹ aufzustellen, wenn man alle Säuberungsaktionen auf ein simples Schema à la ›Titoismus‹ zurückführt. Die ›Verbrechen‹, die Luca, Pauker und Georgescu vom rumänischen Zentralkomitee vorgeworfen worden sind, haben nämlich nichts mit ›Titoismus‹, althergebrachtem ›Nationalismus‹ oder ›Antisowjetismus‹ zu tun. Andererseits zeigt die rumänische Krise eine frappante Ähnlichkeit mit der politischen Krise in der Tschechoslowakei, die zur Eliminierung Slánskýs und seiner Anhänger geführt hat. Ana Pauker ist, wie Slánský, jüdischer Abstammung. Indem man sie – wie den Ungarn Luca (mit richtigem Namen László Lukács) aus Siebenbürgen – zum Sündenbock bestimmte, wollte man vielleicht die Unzufriedenheit des Volkes auf die Bahn eines geschickt verborgenen Antisemitismus oder Chauvinismus lenken. Dies ist eine Hypothese, die man nicht a priori beiseite schieben sollte, umso mehr, als die Affäre Pauker mit der Eröffnung einer antizionistischen Ausstellung zusammenfiel. Auch in der Tschechoslowakei hatte die Affäre Slánský Anlaß zur Verhaftung mehrerer Zionisten gegeben, ja sogar eines israelischen Diplomaten und eines israelischen Journalisten der extremen Linken.«[305]

Solche Aktionen sind allerdings nicht nur Stalin anzulasten. Später, als Chruschtschow an der Macht war, waren die Methoden nicht so spektakulär. Hatte man bislang jüdische Gruppen ausgeschaltet, so forderte Chruschtschow die Ausschaltung von führenden jüdischen Einzelpersönlichkeiten. Brzezinski:

»Deshalb suchte Chruschtschow Einheit und Zusammenhalt mit neuen Methoden zu sichern. Malenko hatte, indem er eine wirtschaftliche Lockerung zuließ, das politische Problem für den Augenblick ignorieren können. Chruschtschow, der einen ökonomischen ›Neostalinismus‹ forcierte, mußte jenes Problem direkt angehen. Er arbeitete sein Rezept anscheinend im Laufe des folgenden Jahres aus: zunehmend wurde der Akzent auf die wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten gelegt, während politisch eine begrenzte, nicht näher bestimmte Autonomie gewährt wurde, was unter dem Stalinismus undenkbar gewesen wäre. Dazu gehörte auch die Begünstigung solcher kommunistischer Führer, die dem Volk eher akzeptabel erschienen. Chruschtschow gab mit schmerzhafter Deutlichkeit zu verstehen, daß jüdische Kommunisten, wie Rakosi, Berman oder Ana Pauker, seiner Meinung nach für die Parteien eine Belastung waren.«[306]

8. Der Ärzteprozeß

Am 13. Januar 1953 veröffentlichte die Prawda einen Artikel, wonach die bedeutendsten Ärzte des Kreml-Krankenhauses, die für Stalin selbst und andere hohe Partei- und Militärführer zuständig waren, Patienten mit Absicht falsch behandelt hätten.[307] Von den neun angeklagten Ärzten waren sechs Juden.[308] Unter ihnen befand sich Professor Wowsi, ein Bruder des 1948 ermordeten Michoels.[309] Die weiteren Pläne:

»Stalin befaßte sich persönlich mit der ›Ärzteverschwörung‹. Das von ihm erdachte Szenarium bestand aus mehrere Akten. Erster Akt – die Verurteilung der Ärzte und ihr volles Geständnis. Zweiter Akt – Todesstrafe durch Erhängen. Man sagt, daß die Hinrichtung wie in alten Zeiten auf dem Roten Platz (die frühere Hinrichtungsstelle) in Moskau stattfinden sollte. Dritter Akt – Judenpogrome im ganzen Land. Vierter Akt – bekannte Kulturfunktionäre jüdischer Herkunft bitten Stalin, die Juden vor Pogromen zu schützen und ihnen zu erlauben, die Großstädte zu verlassen und aufs Land zu gehen. Fünfter Akt – Massendeportationen von Juden auf deren ›eigene Bitte‹ in die Ostbezirke des Landes. Das Mitglied des ZK-Präsidiums der KPdSU, der Philosoph D. Tschesnokow, schrieb ein Buch, in dem er die Gründe für die Deportation der Juden darlegte. Das Buch war ursprünglich für die Parteifunktionäre bestimmt. Man wartete nur auf ein Signal zur Wei-

terverbreitung. Die Bitte der jüdischen Kulturfunktionäre war nicht nur schon formuliert worden, sie war bereits auch mit all ihren Unterschriften versehen.«[310]

Stalin starb am 5. März 1953. Dadurch wurden die Pläne gestoppt.[311]

B. Wesentliche Bereiche

1. Lage der Juden

1953, nach Stalins Tod, sind die Juden aus dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ausgeschaltet.[312] Dieser Zustand wird weder unter Chruschtschow noch unter dessen Nachfolger geändert. Lediglich die Methoden wechseln. Folgende Schlagworte beschreiben sie:

- antizionistisch inspirierte Wirtschaftsprozesse,
- antizionistische Agitprops (seit 1967),
- Tabuisierung der Judenfrage[313],
- Israel gilt als der »schlimmste aller Staaten«.[314]

Als typisch für die Tabuisierung wird die Behandlung der Juden in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie genannt:[315]

1932 (1. Auflage) 108 Spalten
1952 (2. Auflage) 4 Spalten
1972 (3. Auflage) 2 Spalten

Man spricht von einem verordneten Schweigen über die Juden und verhindert dadurch die Wiederherstellung der von Stalin zerstörten jüdischen Organe und Institutionen.[316] 1971 gibt es keine einzige jiddische Schule oder auch nur eine einzige jiddische Klasse mehr.[317] Es gibt kein jiddisches Verlagshaus mehr, keine Agentur zum Vertrieb jüdischer Bücher.[318]

Das religiöse Leben der Juden wird stark behindert. So dürfen keine Kultgegenstände, wie Gebetsmäntel oder Gebetsriemen,

hergestellt werden, die zu Verrichtung der täglichen Gebete nötig sind.[319] Die Synagogen verringern sich von:

1956 : 450,
1963 : 96,
1969 : 62,
1971 : noch eine Handvoll.[320]

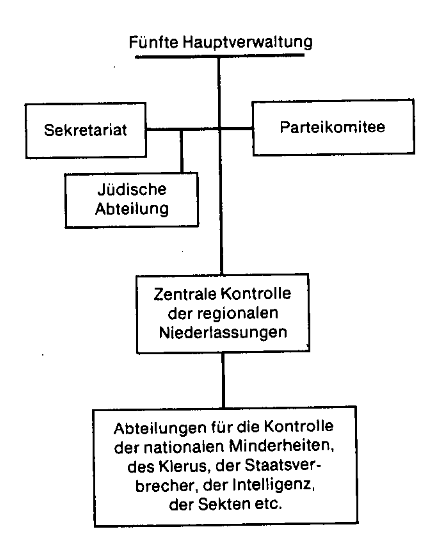
Für Rabbiner oder Kulturbeamte gibt es keinen Nachwuchs, das wird durch Tricks (Verweigerung der Wohnerlaubnis am Ort der einzigen Religionsschule) erreicht.[321] Als Jude bekommt man keine Arbeit, schon gar nicht an den beiden großen Universitäten Moskau und Leningrad.[322] Zu den Hochschulen wird nur ein kleiner Prozentsatz, der zwischen zwei und fünf Prozent schwankt, zugelassen. Zu den Hochschulen, die Personal für die Verteidigungsindustrie ausbilden, haben Juden überhaupt keinen Zugang.[323] Generell muß die Vergangenheit von Juden überprüft werden, bevor sie einen Arbeitsplatz erhalten.[324] Bei einer Auswanderung werden sehr detaillierte Angaben verlangt. Zitat:

»Ausgefüllter Fragebogen an OWIR mit allen Einzelheiten über Antragsteller, Personalien der Angehörigen, Lebenslauf, Arbeitsplatz, Einkommen usw.«[325]

Auch der mächtige KGB ist für dieses Überwachungsprogramm eingerichtet. Der KGB besteht aus Hauptverwaltungen. 1969 wird die Fünfte Hauptverwaltung gegründet. Sie soll die politische Opposition unterdrücken und die Kontrolle über die Bevölkerung verstärken.[326] Diese Hauptverwaltung hat eine auffällige Struktur:[327] siehe Seite 118.

Nur der Fünften Hauptverwaltung wurde auf oberster Ebene eine besondere Abteilung zugeordnet. Zitat:

»Die besondere Jüdische Abteilung wurde 1971 eingerichtet. Sie soll die russischen Juden einschüchtern, öffentliche Proteste unterbinden und Auswanderungswillige entmutigen. Da diese Abteilung noch verhältnismäßig neu ist, gibt es wenig gesicherte Erkenntnisse über ihre Organisation und ihre Arbeitsweise.«[328]



Notiz: Die Sowjetunion verfügt folglich über Instumentarien, um Juden von Kontakten mit dem Westen abzuhalten, sie kann kontrollieren, wer Zugang nach draußen hat.

Besondere Verbitterung herrscht bei vielen Juden im Ausland darüber, daß die Massentötungen durch die Nationalsozialisten von der Sowjetunion systematisch verschwiegen werden. Weiter oben wurde schon erwähnt, daß Stalin nur ein einziges Mal davon gesprochen haben soll. An den Stellen, wo es Massenerschießungen von Juden gab, gibt es keine Gedenkstätten, vor allem Babi Jar wird als Beispiel angeführt.[329] Ungewöhnlich ist auch eine Erklärung von Ilja Ehrenburg in diesem Zusammenhang:

> »Mich verbinden mit den Juden die Gräber, wo die Hitleristen alte Frauen und kleine Kinder einschar(r)ten, in der Vergangenheit verbinden mich mit ihnen Ströme von Blut, später böses Unkraut, das aus dem rassistischen Samen erwuchs, die Zählebigkeit der Vorurteile und Voreingenommenheiten. Als ich an meinem siebzigsten Geburtstag im Rundfunk sprach, sagte ich meinen Zuhörern, ich würde stets wiederholen, daß ich Jude sei, solange es auf der Welt auch nur einen Antisemiten gibt.«[330]

Das ist eine eigentümlich vieldeutige Umschreibung des Schicksals der Juden, vieldeutig interpretierbar, aber kein Wort über das Lager Auschwitz. Dazu paßt, daß die Sowjetunion die Regierung in Israel beim Eichmann-Prozeß mit keinem einzigen Dokument unterstützte.[331]

Konkrete Eindrücke über die Lage der Juden in der Sowjetunion sammelte der amerikanische Jude Prof. Dr. David W. Weiss, als er 1965 in die Sowjetunion eingeladen wurde. Zitate:

»Aus meinem Bericht geht hervor, daß mein erster Kontakt mit den Juden in der Sowjetunion für mich ein Schock war. Und so beschloß ich, ihre Lage weitaus sorgsamer zu untersuchen, als ich ursprünglich vorhatte. Ich habe deshalb täglich zwischen acht und zwölf Stunden in der Sowjetunion darauf verwendet, Kontakte mit Juden oder mit den offiziell Verantwortlichen für jüdische Angelegenheiten zu suchen. Während meines Aufenthalts in der UdSSR hatte ich Gespräche – private Gespräche mit mindestens einhundertfünfzig Juden jeden Alters und aus jeder Schicht.«[332]

»In der Tat, alle Juden, mit denen ich in der UdSSR sprach – junge, solche mittleren Alters und ältere –, sie alle ließen auf irgendeine Art und Weise ihre Ängstlichkeit erkennen, die ihren einzigen Grund darin hatte, daß sie eben Juden waren.«[333]

»Wenn ich Juden fragte, warum sie so ängstlich sind, dann enthüllten ihre Antworten ein völlig einheitliches Bild: Es war die Angst, ihren Beruf, ihre Position oder sogar ihre Aufenthaltserlaubnis in bestimmten Städten zu verlieren. Es war die Angst vor der Verhaftung, vor der Deportation oder vor eher noch schlimmeren Konsequenzen der Behörden als Reaktion gegen sie: nur einfach weil sie Juden sind.«[334]

Über einen Besuch in einer Synagoge heißt es:

»Als ich das erstemal die Synagoge in Kiew am späten Nachmittag besuchte, um am Nachmittagsgebet teilzunehmen, haben einige alte Männer, die durch den Vorhof in die Synagoge gingen, meinen Gruß erwidert. Sie schienen verängstigt zu sein. Als ich in das Gebäude trat, löste sich ein Mann aus der Menge, trat forsch auf mich zu und fragte mich, was ich eigentlich hier wolle.«[335]

»Er gab zu verstehen, daß ich zwar willkommen sei, aber lediglich unter der einen Bedingung, daß ich am Gottesdienst teilnehmen wolle.

Ich sollte aber nicht versuchen, mit irgend jemandem Kontakt aufzunehmen. Dieser Mann – so erfuhr ich später – war der Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde von Kiew.«[336]

»Eines Abends, während ich in der Synagoge auf den Gottesdienst wartete, kamen zwei Mitglieder der israelischen Botschaft in Moskau, die wahrscheinlich aus offiziellen Gründen in Kiew waren, in die Synagoge. Dieser Vorstand der jüdischen Gemeinde forderte die beiden Männer auf, ihr Gespräch mit einigen älteren Juden, die sich sofort um sie geschart hatten, zu unterbrechen und ihren Platz vorne in der Synagoge neben mir einzunehmen, abseits von den anderen. Als die zwei israelischen Besucher sich widersetzten, griff der Mann sie bösartig mit einer Tirade an, die sich über eine halbe Stunde hinzog. Er hat sie persönlich beleidigt und dann noch alle Israelis überhaupt, sie seien Faschisten, Ausbeuter der Araber und des jüdischen Proletariats, sie kooperierten mit den Deutschen usw. Es gab überhaupt keinen Zweifel mehr an der Tatsache, daß dieser Mann hauptsächlich dazu da war, jeden Kontakt zwischen den Besuchern und den jüdischen Einwohnern zu verhindern.«[337]

Zu Babi Jar:

»Schon kurz nach meiner Ankunft in Kiew bat ich meinen Begleiter, er solle mich nach Babi Jar bringen, die Stelle unweit Kiews, wo die Deutschen 1941 Tausende von Juden umbrachten, kurz nachdem sie die Stadt eingenommen hatten. Daraus ergab sich folgendes Hin und Her: Als ich das erste Mal diese Bitte äußerte, sagte man mir: ›Es gibt keinen Platz, der Babi Jar heißt‹.«[338]

Mit Zähigkeit gelingt es ihm doch noch, nach Babi Jar zu gelangen. Die Quintessenz:

»Ich erwähne dieses Erlebnis ganz besonders, um das außergewöhnliche Zögern aufzuzeigen, sobald ein Besucher einen Platz von spezifisch jüdischem Interesse sehen will. Meine Auffassung bestätigte sich während meiner Kontakte mit allen Offiziellen von Intourist. Wann immer und wo immer ich bat, zu einem Platz von speziell jüdischem Interesse gebracht zu werden, wurde alles versucht, mich abzulenken – entweder versuchte man mir einzureden, den Platz gebe es überhaupt nicht, oder wenn ich auf meiner Meinung beharrte, hieß es, dieser Platz sei der Öffentlichkeit nicht zugänglich oder in Reparatur oder ähnliches.«[339]

Seine wichtigste Erkenntnis:

»Ich bekam den festen Eindruck, daß sich die Juden in der Sowjetunion als abgestempelt fühlen. Auf der einen Seite übt die Regierung alle Arten von Pressionen gegen jede Form jüdisch-religiöser und jüdisch-kultureller Äußerung aus. Sie hat dabei nur ein Ziel: die erzwungene Assimilierung. Aber andererseits werden die Juden ununterbrochen als rassische und ethnische Gruppe angegriffen, was gerade die Assimilierung unmöglich macht, was sie aus jedem Gebiet herauswirft und sie in die Ecke treibt: Juden können nicht einmal mehr Zuflucht in ihrem eigenen Jude-Sein finden, weil eben alle Mittel, sein Jude-Sein auszudrükken, strengstens verboten sind.«[340]

»Die zweite allgemeine Schlußfolgerung ist folgende: Die Zivilbehörden in der UdSSR verwenden die äußerste Mühe darauf – und zu diesen Behörden gehören auch solche Juden, die die jüdischen Gemeinden offiziell vertreten –, eine Barriere zwischen den Juden der Sowjetunion und den ausländischen jüdischen Besuchern zu errichten.«[341]

Die Frage drängt sich auf: Wozu das alles?

Zum Abchluß noch ein Hinweis: Der Gebrauch des Jiddischen verringerte sich in der Sowjetunion rapide: 1926 sprachen 72% der Juden jiddisch, 1959 waren es noch 20,8%.[342] Doch die geringe Menge an Literatur, die in der Sowjetunion auf jiddisch erscheint, wird in althebräischen Schriftzeichen gesetzt![343] Wer, so muß man fragen, beherrscht diese Zeichen überhaupt? Vielleicht mehr Juden, als man denkt. Man erinnere sich, daß im vorigen Kapitel aus einer NS-Richtlinie zitiert wurde, in der es hieß: »Neben dem Jiddischen ist das Hebräische als Sprache, die der Absonderung der Juden ... dient, zu fördern.« Wurde diese Anweisung von der Sowjetunion übernommen?

2. Bevölkerungsstatistik

a) Weißrußland. In diesem Abschnitt soll die Bevölkerungsentwicklung innerhalb Weißrußlands zwischen 1939 und 1959 im allgemeinen und die der Juden in der Sowjetunion ab 1939 im besonderen untersucht werden.

Die Angaben der Sowjetunion sind, was statistische Angaben betrifft, sehr mit Vorsicht zu betrachten, da die Zahlen leicht manipuliert sein können. Das Wort von der »Parteilichkeit der Statistik«[344] wird, vor allem in der Stalinzeit, viel gebraucht. Stalin, so heißt es, habe »der sowjetischen Statistik ein riesiges Vorhängeschloß angehängt«.[345] Ein Beispiel für die Statistikfälschungen bei den Getreideernten in der Sowjetunion:[346]

Angaben aus dem Jahr 1951

1940 betrug die Getreideernte 119 Mill. t
1950 betrug die Getreideernte 124 Mill. t

Angaben aus dem Jahr 1958

1940 betrug die Getreideernte 95,5 Mill. t
1950 betrug die Getreideernte 81,2 Mill. t

Die Angaben der Volkszählung von 1939 werden von westlichen Wissenschaftlern sehr mit Vorsicht betrachtet. Dazu ein Zitat:

> »Ein Teil der Differenz kann möglicherweise darauf zurückgehen, daß die für 1939/40 ermittelten Bevölkerungszahlen zu hoch liegen. Wie erinnerlich, hat 1937 in der Sowjetunion eine Volkszählung stattgefunden. Die Ergebnisse sind annulliert worden, weil sie den Erwartungen allzusehr widersprachen. Die verantwortlichen Statistiker wurden zur Rechenschaft gezogen. Es wäre verständlich, wenn die Leiter der Zählung 1939 eine überhöhte Bevölkerungszahl angestrebt hätten, etwa dadurch, daß die bei Zählungen immer vorkommenden Doppelerfassungen von Personen nicht berichtigt wurden. Wie groß das Ausmaß der 1939 möglicherweise überhöhten Bevölkerungszahl aber ist, kann nicht gesagt werden. Jedenfalls läßt sich dadurch ein Teil der Gesamtdifferenz erklären.«[347]

Über die Zahl der Menschen, die 1939 in Weißrußland gelebt haben, gibt es auch zwei unterschiedliche Angaben in sowjetischen Quellen.

1. Angabe

Bevölkerung 1939 in Weißrußland : 10,5 Millionen Menschen.[348]

2. Angabe

Bevölkerung 1939 in Weißrußland : 8,91 Millionen Menschen.[349]

Hier ist zu beachten, daß sich die zweite Angabe auf die »heutigen Grenzen« bezieht! Die Sowjetunion hat nämlich einen Teil des Gebietes um Bialystok 1945 an Polen zurückgegeben. Die Zahl von 10,5 Millionen weicht aber auch, wenn man diese Tatsache berücksichtigt, von den 8,91 Millionen noch erheblich ab. Weißrußland hatte nämlich 1939 eine Fläche von ca. 225000 qkm[350]. Heute hat Weißrußland eine Fläche von 207600 qkm[351]. Die Differenz beträgt folglich 17400 qkm. Geht man von einer duchschnittlichen Bevölkerungsdichte der Region von Bialystok von 43 Einwohner pro qkm aus[352], so ergibt das, daß etwa 0,750 Millionen Menschen in dem an Polen gekommenen Teil gewohnt haben dürften. Diese Zahl ist plausibel, da Bialystok 1941 in etwa 1,372 Millionen Einwohner hatte und die Hälfte des Gebietes an Polen kam.[353] Daraus würde sich ergeben:

1. Angabe (korrigiert)
Bevölkerung 1939 in Weißrußland : 9,75 Millionen Menschen.

Wie man sieht, sind die Angaben über die Bevölkerungszahl von Weißrußland sehr mit Vorsicht zu betrachten. Wir wollen ein weiteres Beispiel für dubiose Angaben bringen. In der Großen Sowjet-Enzyklopädie (deutsche Ausgabe von 1955) heißt es:

> »Nach der Bevölkerungszahl steht die Belorussische SSR unter den Unionsrepubliken an dritter Stelle (nach der RSFSR und der Ukrainischen SSR). 1939 wurden 10,5 Millionen Einwohner gezählt. Am dichtesten besiedelt sind die Gebiete Gomel und Grodno, am dünnsten die Gebiete Polessje und Pinsk. Den Hauptteil der Bevölkerung bilden die Belorussen. Nach der Zählung aus dem Jahre 1926 setzte sich die Bevölkerung in den östlichen Gebieten Belorußlands zu 80,6 % aus Belorussen, zu 7,7 % aus Russen, zu 8,2 % aus Juden, zu 2 % aus Polen, zu 0,7 % aus Ukrainern und zu 0,8 % aus Angehörigen anderer Völker zusammen; in den Westgebieten sind über 80 % der Bevölkerung Belorussen. Nach dem Großen Vaterländischen Krieg hat sich der Anteil der belorussischen Bevölkerung in der Republik dadurch weiter erhöht, daß die in Belorußland lebenden Polen in ihre eigentliche Heimat und umgekehrt die in Polen lebenden Belorussen nach Belorußland umgesiedelt wurden.«[354]

Diese Angaben enthalten wiederum Widersprüche. Nicht nur, daß auch hier von 10,5 Millionen Einwohnern gesprochen wird, widersprüchlich ist auch die Angabe über die Erhöhung des Bevölkerungsanteils der Belo- oder Weißrussen. Danach hatten die Belorussen 1939 etwa einen Anteil von über 80%. Nach der Volkszählung[355] von 1959 lag aber der Anteil der Belorussen bei 81,1%. Von einer Erhöhung kann da wohl nicht gesprochen werden. Nach westlichen Erkenntnissen wurden auch keine (oder nur eine statistisch unbedeutende Zahl) Belorussen umgesiedelt, umgesiedelt wurden aus Polen in die Sowjetunion nur Ukrainer.[356]

Die nächste Volkszählung der Sowjetunion 1959 ergab:
Bevölkerung 1959 in Weißrußland : 8,055 Millionen Menschen.

Nach den vorherigen Angaben hätte man eigentlich eine höhere Zahl erwarten sollen. Aber man kann auch zu der Ansicht gelangen, diese Zahl ist erheblich zu hoch! Dazu muß man verschiedene Besonderheiten von Weißrußland beachten. Nach dem Anschluß des früher polnischen Westteils deportierten die Sowjets große Teile der dortigen Bevölkerung nach dem Ural oder nach Sibirien. Das Ziel: die »polnische Frage« endgültig zu lösen.[357] Eine beziehungsreiche Formulierung. Über den Umfang:

> »Die genaue Zahl der Deportierten lässt sich kaum feststellen. In der sowjetischen Geschichtsliteratur wird diese Frage vermieden; die schon zitierte Warschauer Quelle, aus der Feder eines der besten Militärhistoriker des heutigen Polen, schätzt die Zahl der nach dem September 1939 Deportierten auf 800000 bis 900000; die freiwillige ›Emigration der werktätigen Polen‹ nach Russland beziffert er mit rund 50000. Diese Zahl liegt wohl weit unter der tatsächlichen Zahl der Opfer der sowjetischen ›Umsiedlungspolitik‹. In der Emigrationsliteratur findet man verschiedene Zahlen: sie dürften der Wahrheit wesentlich näher liegen. Laut einem sehr ernsthaften polnischen Autor wurden nach ›vorsichtiger Berechnung‹ 1,2 Millionen Polen deportiert. Ein anderer polnischer Autor stützt sich auf die Betreuungsaktionen, welche die polnische Botschaft in Moskau vom Dezember 1941 bis April 1943 unter den verschleppten Polen in der Sowjetunion durchführte, und schätzt die Deportierten auf etwa 1,5 Millionen. Roman Buczek nimmt eine Zahl von etwa 1,5 Millionen Deportierten und Verhafteten an,

von denen jedoch nur 52% polnischer Nationalität waren; 30% waren Juden, 18 bis 20% Ukrainer und Weissrussen.«[358]

Nach 1945 gab es weitere Bevölkerungsverschiebungen, die Weißrußland betrafen:

»Kulischer schätzt, daß bis zum Dezember 1946, dem Zeitpunkt, zu dem der zwischen der Sowjetunion und Polen vereinbarte Bevölkerungsaustausch beendet sein sollte, rund 1 Million Polen aus dem annektierten ostpolnischen Gebiet nach Polen zurückkehrten, einschließlich derjenigen, die schon bei der Kontrolle und Registrierung die Grenze überschritten hatten. Von Polen nach der Sowjetunion wurden nach Angaben des Polnischen Statistischen Amtes rund 500000 Ukrainer evakuiert, so daß die Sowjetunion im Saldo bei diesem Bevölkerungsaustausch eine halbe Million verloren hätte.«[359]

Da es sich bei den Menschen, die aus Polen in die Sowjetunion evakuiert wurden, um Ukrainer handelte, ist anzunehmen, daß diese in der Ukraine angesiedelt wurden. Deshalb kann man folgende Rechnung anstellen:

1939:	8,9 Millionen
1940/41:	./. 1,5 Millionen
1945/46:	./. 1,0 Millionen
Ergebnis:	6,4 Millionen

Die Sowjetunion hat durch den Zweiten Weltkrieg viele Menschen verloren, ebenso Weißrußland. Im Zeitraum von 1939 bis 1959 hat es folgende Bevölkerungsentwicklungen in der Sowjetunion gegeben (in Tausend):[360]

Land	1939	1959
UdSSR	190678	208826
Ukraine	40469	41893
Litauen	2880	2713
Lettland	1885	2094
Estland	1052	1196

Die Bevölkerung der Sowjetunion nahm im Zeitraum 1939–1959 folglich um knapp 10% zu. Für die Gebiete, die vom Krieg direkt betroffen waren, blieb der Bevölkerungszuwachs erheblich darunter. Man kann danach für Weißrußland auch eine Bevölkerung von etwa:

6,5 Millionen Menschen

erwarten. Man sieht, die Bevölkerungszahl von Weißrußland ist reichlich mysteriös. Denn nach dieser Rechnung wäre die Bevölkerungszahl von Weißrußland um etwa 1,5 Millionen Menschen zu hoch. Ich kann mir schwerlich vorstellen, daß es für dieses sonderbare Verhalten der sowjetischen Regierung keine rationale Erklärung geben soll. So meine ich, daß die Behauptung der Großen Sowjetischen Enzyklopädie, daß sich die Zahl der belorussischen Bevölkerung erheblich erhöht habe, einen realen Hintergrund hat. Ich gehe davon aus, daß die Juden aus dem Einflußgebiet des Nationalsozialismus in Weißrußland konzentriert wurden. Vermutlich wollte man damals, als die Enzyklopädie erschien, bei einer zukünftigen Volkszählung die exakten Zahlen bekanntgeben, und diese Bemerkungen dienten zur Vorbereitung. Vielleicht hat man die Juden aus der Ukraine und den baltischen Staaten wieder zurückgesiedelt. Dann würde die Zahl von 8,055 Millionen nicht einmal sehr stark von den tatsächlichen Zahlen abweichen. Aber das ist Spekulation. Was bleibt, sind die Ungereimtheiten der sowjetischen Volkszählungen. Dazu noch das Urteil eines Kenners:

> »Eine vorhergehende methodische Untersuchung ist besonders notwendig, wenn man die Ergebnisse der neuesten Volkszählung bewerten will. Die erste Bilanz dieser Zählung macht den Eindruck, daß der darin enthaltene Ring von Kennzahlen ein Ergebnis sorgfältiger Auswahl ist, wie das bei der ihr nach Inhalt und Umfang ähnelnden Bilanz der vorläufigen Ergebnisse der Zählung von 1939 auch der Fall war. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Art, wie dieses Material dargeboten ist, z.B. dadurch, daß zum Vergleich Zahlen für 1939 herangezogen werden, die um eine Million niedriger sind als die kürzlich (in Narodnoje chosjajstwo SSSR w 1956 godu, S. 18) veröffentlichten und im Falle der Ukraine und Belorußlands erheblich von diesen abweichen, während bei der RSFSR und anderen Unionsrepubliken volle

Übereinstimmung besteht, ohne daß für diese Differenzen jetzt eine Erklärung geben wird.«[361]

Man beachte auch hier wieder der Verweis auf Belorußland und auf zu niedrige Zahlen. Was verbirgt sich dahinter?

b) Die Zahl der Juden in der Sowjetunion. Ebenfalls sehr kompliziert ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung der Juden in der Sowjetunion. Eigentlich, so scheint es, ist es ganz einfach. Die Zahl der Juden betrug gemäß den entsprechenden Volkszählungen:

1926 :	2673000 Juden
1939 :	3020000 Juden
1959 :	2268000 Juden[362].

Allerdings sind die Zahlen nicht vergleichbar. So war das Gebiet der Sowjetunion 1939 kleiner als 1959. Es umfaßte nämlich nicht die baltischen Staaten und Bessarabien. In beiden Regionen lebten sehr viele Juden. Wenn man die Zahlen von 1939 an die von 1959 angleicht, so wäre dazu zu addieren:[363]

Litauen :	269600 Juden
Lettland :	93479 Juden
Estland :	9000 Juden
Bessarabien :	290000 Juden
Summe :	662079 Juden

Danach ergibt sich als angeglichener Bestand[364]:
1939 (angegl.) : 3 682 000 Juden.

Das bedeutet zunächst, daß sich die Zahl der Juden in der UdSSR nicht erhöht, sondern erheblich vermindert hat und zwar:

1939 (angegl.) :	3682000 Juden
1959 :	2268000 Juden
Fehlbestand :	1414000 Juden

Nach Georges Wellers, auf dessen Arbeit ich mich stütze[365], muß man aber den natürlichen Bevölkerungszuwachs berücksichtigen. Modifiziert man Wellers Verfahren[366], so ergäbe sich als zu erwartende Zahl für 1959:

3682000 + (1% · [3 + 14]) = 4307940 Juden
gerundet = 4308000 Juden.

Der Fehlbestand wird also noch größer:

1959 (erw.) :	4308000 Juden
1959 (gez.) :	2268000 Juden
Fehlbestand :	2040000 Juden

In Wellers Rechnung ist allerdings ein prinzipieller Gesichtspunkt nicht beachtet worden, auf den jetzt eingegangen werden soll. Man kann nämlich mit diesem Verfahren auch berechnen, wie groß die Anzahl der Juden in der Sowjetunion 12 Jahre nach 1959 im Jahre 1971 wohl sein müßte.

2268000 + (1% · 12) = 2540160 Juden

Stellt man die gerundete, erwartete und die tatsächlich bei der Volkszählung 1971 ermittelte Zahl gegenüber, dann ergibt sich:

1971 (erw.) :	2540000 Juden
1971 (gez.) :	2151000 Juden[367]
Fehlbestand :	389000 Juden

Danach fehlen 1971 rechnerisch 389000 jüdische Menschen. Wo sind diese geblieben, wie kommt das? Die Antwort ist einfach: Assimilation! Nur ab wann gab es diese Assimilation, erst seit 1959? Oder schon früher? War der Assimilationsdruck immer gleich stark?

Wie ist es um die Möglichkeit der Assimilation der Juden in der UdSSR bestellt? Ich habe sehr unterschiedliche Antworten gefunden. Zitate:

»Nach sowjetischem Recht steht es jedem Sowjetbürger bei Vollendung des 16. Lebensjahres, beim ersten Antrag auf einen Paß, frei, seine nationale Zugehörigkeit selbst zu bestimmen, unabhängig von Abstammung, Familiennamen, Muttersprache oder Religion. Es könnte sich also jemand, der kein Wort Russisch spricht (weil er vielleicht aus einer usbekischen Familie stammt), als Russe (oder als Angehöriger einer beliebigen anderen Nationalität) eintragen lassen. Muttersprache und Nationalität brauchen nicht identisch zu sein. Es hängt vielmehr vom Traditionsbewußtsein (Einfluß der Familie) und dem Zugehörigkeitsgefühl jedes einzelnen ab, zu welcher Nationalität er sich bekennen will.«[368]

»Von Anfang an war die Definition der jüdischen Nationalität schwierig: ›In den sowjetischen Pässen wird als Nationalität ihrer Inhaber die Nationalität der Eltern eingetragen, unabhängig von Geburts- und Wohnort... Ist der Paßinhaber aus einer Mischehe hervorgegangen, so hat er bei der Aushändigung des Passes das Recht, die Nationalität des Vaters oder der Mutter zu wählen.‹ (Sowjetunion heute 16. Jg., Heft 3, 1.2.1971, S. 33) Nun ist aber die Definition der jüdischen Nationalität keineswegs so einfach. Infolge der zaristischen Verfolgungen bestand vor allem in gebildeteren Schichten das Bestreben, die diskriminierende jüdische Nationalität zugunsten der russischen loszuwerden. Durch die Abkehr von der jüdischen Religion paßten sich weite Schichten, ohne die jüdische Nationalität zu verlieren, so der sie umgebenden russischen Bevölkerung an, daß eine Unterscheidung eben nur noch an Hand der Paßeintragung möglich ist. Diese Juden hatten und haben nicht das Bedürfnis nach einer Autonomie, sie sind faktisch in ihren Wirtsvölkern aufgegangen.«[369]

»Die Juden in der Sowjetunion sind sowohl als nationale Gruppe wie auch als Glaubensgemeinschaft anerkannt und haben als solche einen gesetzlichen Status. Wenn sich beide Eltern als Juden deklariert haben, kann das Kind automatisch als Jude anerkannt werden. Es ist jedoch den Eltern überlassen und wird von den Sowjets im Rahmen ihrer Assimilierungspolitik im Grunde gewünscht, bei der standesamtlichen Eintragung zu überprüfen und zu bestimmen, ob sie ihr Kind als Jude deklariert haben wollen.«[370]

»Und um allem die Krone aufzusetzen, ermuntert man die Juden zur Rassenangleichung. Kinder aus gemischten Ehen sind in der Regel keine Juden. Eduard Kusnezow schildert ein Beispiel in seinen ›Tagebüchern‹. Trotz seines Verlangens, als Jude zu gelten, weil sein Vater ein Jude war, wird er ständig als Russe hingestellt.«[371]

Die Aussagen sind verwirrend und widersprüchlich. Teils, so heißt es, kann man die Nationalität frei wählen, teils nur die von Vater oder Mutter übernehmen, teils können die Eltern für ihr Kind wählen. Das Widersprüchliche ist vielleicht dadurch veranlaßt, daß die Regelung verändert wurde, daß sie regional unterschiedlich praktiziert wird. Für die unterschiedliche Praxis spricht ein Bericht von Professor Weiß über das Zusammentreffen mit einem Juden:

»Er sagte: ›Wissen Sie, daß ich Jude bin?‹ Wir antworteten: ›Ja, Ihr Name scheint jüdischen Ursprungs zu sein.‹ Er erzählte, er habe eine Frau, die Nichtjüdin sei und mehrere Kinder. Dann sagte er uns, daß seine Kinder zu einer Zeit geboren wurden, als das sowjetische Nationalitätenrecht noch vorschrieb, daß Kinder aus einer Mischehe, in denen einer der Partner Jude ist, in ihrem Paß und in anderen Dokumenten als Juden deklariert werden müßten. Sein jüngstes Kind sei aber bereits zu einer Zeit geboren, da dieses Gesetz liberalisiert wurde und daß Kinder, die einen jüdischen Elternteil haben, das Recht hätten, entweder des Vaters oder der Mutter Nationalität zu wählen, sobald sie die Volljährigkeit erreicht hätten.«[372]

Diese Beobachtung von Weiß spricht für zeitliche Veränderungen, eine andere spricht für regionale Unterschiede in der Handhabung:

»Und auf der anderen Seite werden sie von der großen Gesellschaft nicht akzeptiert, selbst wenn sie sich bereit finden, alle Bande zu lösen, die sie an ihre Traditionen binden – ganz gleich, ob sie säkular oder religiös sind. Die Juden in der Sowjetunion haben die schmerzliche Erfahrung zu machen, daß sie an einem Punkt angelangt sind, von dem aus sie nirgendwohin und nirgendwo zurückgehen können.«[373]

Die Sowjetunion praktiziert offenbar recht unterschiedliche Methoden. Teils kann ein Jude sehr leicht die Nationalität wechseln,

teils gar nicht. Vielleicht hängt es von dem einzelnen Juden ab, woher er kommt, wie lange er in der Sowjetunion lebt, welche Erfahrungen er hat. Wer weiß?

Auf einen ganz anderen Aspekt sei noch eingegangen. Zitat:

> »Im Jahr 1959 lebten insgesamt 309000 Griechen in der Sowjetunion, davon 104000 in der Ukraine, 73000 in Georgien und 47000 in der RSFSR (13000 Gau Stawropol, 12000 Krasnodar). Diese Aufschlüsselung zeigt, daß die Griechen nur in ihren angestammten Siedlungsgebieten statistisch registriert sind, in denen sie schon seit 1813 leben. Insgesamt sind 96000 nicht erfaßt, davon 21000 in der RSFSR und 85000 außerhalb der vorher aufgeschlüsselten Gebiete. Andere Statistiken erwähnen noch 5000 Griechen in Armenien (Narodnoe chozjajstvo Armjanskoj SSR v 1964 g., Erevan 1965, S. 6), so daß noch 80 000 fehlen. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um nach 1943 zwangsumgesiedelte Griechen. 1939 lebten in der UdSSR insgesamt 186000 Griechen, davon 84 960 in Georgien. 1959 waren es insgesamt 309000, davon 72938 in Georgien.«[374]

Bedenkt man, daß unter den »nach dem Osten« deportierten Juden auch 13435 Juden aus Griechenland[375] waren, so kann man diese leicht statistisch unter den anderen Griechen »verstecken«. Kann man deutsche Juden nicht als Deutsche »deklarieren«? Kann man nicht die Assimilation von alteingesessenen Juden »fördern« und die Assimilation der Neuankömmlinge verhindern? Ein Vermerk im Paß dieser Menschen gibt den Behörden die nötige Information, daß man jene nicht zur Auswanderung zulassen darf und von Beschäftigungen beispielweise in Moskau fernhalten muß. Viele der vorher beschriebenen Sonderheiten fänden hierdurch eine Erklärung.

Die Sowjetunion verfügt somit über ein umfangreiches Instrumentarium, das es ihr erlauben würde, aus Europa in die Sowjetunion umgesiedelte Juden »zu verstecken«. Man bedenke, wieviele Juden würden wohl bereit sein, nach diesem Schicksal ihr Judesein zu vergessen, und alles tun, um für immer unter ihren Mitmenschen zu verschwinden?

3. Die Partisanen

Auf die Partisanenentwicklung wurde teils schon im vorigen Kapitel eingegangen. Die sowjetischen Veröffentlichungen über die Partisanenbewegung in den einzelnen Unionsrepubliken sind jedoch auch sehr aufschlußreich. Schaut man in ein Handbuch der UdSSR[376], so ergibt sich folgendes Bild:

Estland
Keine Angaben.

Lettland
12000 Partisanen und Illegale [377], bei 2365000 Einwohnern laut Volkszählung 1970[378].

Litauen
16000 Partisanen wurden ausgezeichnet[379], bei 2925000 Einwohnern laut Volkszählung 1970.[380]

Rußland
Keine Zahlenangaben. Es werden nur »mächtige Schläge der Partisaneneinheiten« in den westlichen Gebieten, den Oblasten: Brjansk, Smolensk, Leningrad, Pskow erwähnt.[381] Zahl der Einwohner 1970: 130900 000.[382]

Ukraine
Keine Zahlenangaben. Es wird nur allgemein von einem weiten Netz von Untergrundorganisationen gesprochen, 4300 Grundorganisationen der Partei werden erwähnt, die Aktivitäten entfaltet hätten.[383] 1970 zählte die Ukraine 47136000 Einwohner.[384]

Weißrußland
120000 Partisanen und Illegale wurden Orden und Medaillen verliehen.[385] 1970 hatte Weißrußland 9003000 Einwohner.[386]

Hier fällt wieder die ungewöhnliche Dominanz Weißrußlands auf. Man hat den Eindruck, Partisan sein in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg heißt letztlich Partisan sein in Weißrußland. Die völlige Enthaltsamkeit der Ukraine ist bemerkenswert. Trotz 40000000 Menschen hat es offenbar sehr wenig Aktivitäten gegeben. Denn solche Angaben, wie 4300 in der Partisanenbewegung tätige Partei-Grundorganisationen, sind viel zu blutleer, sie sehen mehr nach einer der üblichen statistischen Aktivitäten aus, die jede Parteiorganisation nach dem Krieg von sich sicher behauptet hat. Ebenso fehlen konkrete Angaben über Rußland selbst. Auffällig sind die Angaben über Lettland und Litauen. Nach Riga in Lettland gingen viele Transporte mit Juden, die dort in Lager gebracht wurden.

Jedenfalls ist es ungewöhnlich, daß unter allen Völkern der Sowjetunion ausgerechnet jene einen derartig herausragenden Partisanenkampf geführt haben, die völlig oder zu einem wesentlichen Teil 1939 oder wie die baltischen Staaten 1940 gewaltsam Teil der Sowjetunion wurden. Russen und Ukrainer hielten sich offenbar so zurück, daß das Handbuch keinerlei Zahlen über die dort tätigen Partisanen veröffentlichte. Man bedenke, daß die Sowjetunion einen Großteil der Bevölkerung des westlichen Teils von Weißrußland (bis 1,5 Millionen werden genannt) deportierte. Was brachte jene Menschen, deren Angehörige, Freunde, Bekannte das doch waren, dazu, sich so für die Sowjetunion einzusetzen? Das ist und bleibt für mich unverständlich! Wenn man jedoch annähme, daß die ansässige weißruthenische Bevölkerung in beträchtlichem Umfang aus dem Ostteil nach dem Westteil Weißrutheniens umgesiedelt und ihr Platz mit deportierten Juden aufgefüllt worden wäre, dann wäre es eine Erklärung.

Daß von seiten der Sowjetunion Partisanenaktivitäten außerhalb Weißrußlands vorgesehen worden sind, soll an Hand der Planungen der sowjetischen Regierung gezeigt werden.

Am 3. Juli 1941 wurde in Moskau die Aufstellung des »Zentralen Partisanenbewegungs-Stabes« begonnen. Anfang 1942 hatte er die Zusammensetzung:[387]

Zentraler Partisanenbewegungs-Stab

1. Marschall Woroschilow vom Politbüro, Chef-Kommandeur der Zentralen Partisanenbewegung;
2. Generalleutnant Ponomarenko, Sekretär des Zentralkomitees von Weißrußland, Stabschef des Zentralen Partisanenbewegungs-Stabes;

Ukrainischer Partisanenbewegungs-Stab

1. Chruschtschow vom Politbüro, Führer der Partisanenbewegung in der Ukraine;
2. Strokatsch, Stabschef (später Generalmajor);

Weißrussischer Partisanenbewegungs-Stab;

1. Gen.-Ltn. Ponomarenko, Sekretär des Zentralkomitees von Weißrußland, Führer der Partisanenbewegung in Weißrußland:

Kuban-Partisanenbewegungs-Stab;

1. Ignatow, Führer des Partisanenbewegungstabes im Kuban.

Aktivitäten waren folglich nicht nur für Weißrußland, sondern auch in der Ukraine und im Kuban-Gebiet geplant. Die konkreten Unternehmungen, die Redelis anführt, spielen auch wieder in Weißrußland. Er geht vor allem auf die Tätigkeiten des Partisanenführers Federow im Gebiet von Tschernigow ein.[388] Tschernigow liegt etwa 120 km südöstlich von Gomel und damit gar nicht in Weißrußland, sondern in der Ukraine. 1943 geschieht nun etwas Sonderbares. Federow erhält den Befehl, sich nach Westen zu begeben[389], und zwar in das Gebiet der Rokitnosümpfe. Federow marschiert 400km nach Westen und schlägt sein Hauptquartier südlich von Pinsk[390], an der Grenze zwischen Weißrußland und der Ukraine auf. Er verlagert damit seine Aktivitäten in jene Gebiete, die schon starke Partisanenbewegungen besitzen! Er schwächt die Region um Tschernigow. Dieser Marsch ist somit unverständlich. Es gibt dafür jedoch eine einfache Erklärung. Wenn man annimmt, daß die Partisanenaktivitäten in Weißrußland sich der Kontrolle der KPdSU entzogen hätten, unabhängig von ihr entstanden wären und unabhängig operierten, dann gäbe dieser

Marsch einen Sinn. Federow könnte dann an seinem neuen Einsatzgebiet diese Aktivitäten zu kontrollieren versuchen.

Noch einige weitere Zahlen über den Umfang der Partisanenbewegung in Weißrußland.[391] Danach waren insgesamt 370000 Partisanen tätig. Von diesen waren 35000 Kommunisten, 10000 wurden während des Krieges Mitglied. 100000 dieser Partisanen seien Komsomolzen gewesen. Der überwiegende Teil der Partisanen stand somit nicht den Kommunisten nahe!

4. Die deutschen Kriegsgefangenen

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion trägt ebenfalls ungewöhnliche Züge. Unmittelbar nach Kriegsende wurden zahlreiche Urteile gegen deutsche Kriegsgefangene gefällt.[392]

1948 setzt plötzlich eine neue große Prozeßwelle gegen die deutschen Kriegsgefangenen ein. Zur Praxis der Sowjetunion ein Zitat:

> »Das Mißtrauen gegenüber der Gewahrsamsmacht war nicht aus der Welt zu schaffen, nur ihr selbst wäre dies möglich gewesen, indem sie die Karten offen auf den Tisch gelegt hätte. Sie aber nannte keine Namen, nur Zahlen, und auch diese ziemlich spät, mit scheinbar amtlicher Genauigkeit erstmals auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947, als die Repatriierung der Kriegsgefangenen bis Ende 1948 festgelegt wurde. Moskau benachrichtigte auch nicht die Familien verstorbener Kriegsgefangener und verbot heimkehrenden Lagerinsassen die Mitnahme von Aufzeichnungen jeglicher Art über lebende oder verstorbene Kameraden. Kein Wunder, daß die Öffentlichkeit in ihrer Überzeugung bestärkt wurde, der Kreml habe ›etwas zu verbergen‹. Kein Wunder auch, daß die rechtswidrige lange Zurückhaltung der Kriegsgefangenen nach Kriegsende und die sogenannten ›Kriegsverbrecherprozesse‹ 1948/50 mit ihren eigenartigen Untersuchungsmethoden, Kollektivbeschuldigungen und Kollektivurteilen (die frühere Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wehrmachteinheit genügte, um den Angeklagten hinter Schloß und Riegel, sprich ins ›Arbeitsbesserungslager‹ zu bringen) nicht wenig dazu beitrugen, daß der Eindruck entstand, die Sowjetunion wolle sich nicht nur auf weitere Jahre hinaus bil-

lige Arbeitskräfte verschaffen, sondern auch die deutsche Intelligenz dezimieren, wie sie es bereits mit der Einrichtung von sogenannten ›Schweigelagern‹ getan habe.«[393]

Die Wehrmachteinheiten, deren Mitglieder die Sowjetunion pauschal verurteilte, wurden im Jargon der Kriegsgefangenen ›gesperrte Einheiten‹ genannt.[394] Eine Liste mit den Namen dieser Einheiten wurde im Westen veröffentlicht.[395] Zur Liste:

»Die Liste (ohne Einheiten der Polizei, des S.D., der Feldgendarmerie, Geh. Feldpolizei u.a., deren Angehörige grundsätzlich der Kriegsverbrechen beschuldigt wurden) beruht ausschließlich auf Heimkehreraussagen und kann daher nicht den Anspruch erheben, vollständig und fehlerfrei zu sein. So wurden über die in der Liste aufgeführten Einheiten hinaus noch weitere 22 Divisionen genannt, doch zeigte sich bei der Überprüfung, daß einige nie existiert haben, andere nie auf dem östlichen Kriegsschauplatz eingesetzt waren. Ob hier ein Irrtum der Aussagenden oder der Gewahrsamsmacht vorliegt, ist nicht auszumachen.«[396]

Die Liste enthält zumeist Angaben auf Divisionsebene. Es werden nur drei Armee-Korps und eine Armee genannt. Zudem werden viele Namens-Divisionen und Divisionen der Waffen-SS aufgeführt. In der Liste sind fast alle Heeres-Divisionen aufgeführt, die beim Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte in Weißruthenien eingesetzt waren. Sie erhielten im vorherigen Kapitel den Vermerk »gesperrt«. Da Armee-Korps aus Divisionen bestehen, ist es gut möglich, daß deren Divisionen ebenfalls zu den gesperrten Einheiten zählen. Es ist sogar wahrscheinlich, da von den 15 Divisionen, die beim Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte namentlich genannt wurden, 13 als gesperrt aufgeführt werden! Schaut man sich die normalen Divisionen in der Liste der gesperrten Einheiten an, so sieht man, daß von den 108 aufgeführten Divisionen 46 in Weißruthenien eingesetzt waren bzw. Soldaten von dort zerschlagenen Einheiten aufgenommen haben. Bedenkt man, daß sieben weitere Divisionen von den 108 überhaupt nicht an der Ostfront eingesetzt waren, so ist der Anteil der Einheiten aus Weißruthenien ungewöhnlich groß.

Bemerkenswert ist, daß viele der weiteren gesperrten Einheiten im Raum Iasi zerschlagen wurden. In diesem Großraum kann es gut weitere Lager mit rumänischen Juden gegeben haben, und zwar aus Podolien und Transnistrien.[397]

Viele Gefangene, die nachweisbar in Gefangenschaft gesehen wurden, sind verschwunden.[398] Es fehlen nach vorsichtiger Schätzung mindestens 96000 Gefangene.[399] Nachdenklich stimmt auch, daß die Sowjetunion keine Angaben über das Schicksal dieser Menschen macht. Schon so elementare Angaben wie die Anzahl der Gefangenen werden verschwiegen.[400]

Eine weitere Gruppe von deutschen Gefangenen in der Sowjetunion bilden die sogenannten Zivilverschleppten. Zitat:

»Die Verschleppung von einigen hunderttausend deutschen Zivilisten aus den Ostgebieten ins Innere der Sowjetunion, wie sie von Flüchtlingen berichtet wurde, bot zudem eine Parallele zum Los der Kriegsgefangenen. Von ihnen, den Zivilverschleppten, drang lange Zeit kein Wort nach Deutschland, keine Karte, kein Brief, kein Lebenszeichen. Wo immer sie auch stecken mochten, ihre Aufenthaltsorte waren zweifellos ›Schweigelager‹. Sie hatten keinen Rückhalt im Völkerrecht, nicht einmal in der Haager Landkriegsordnung von 1907, die wenigstens von den Kriegsgefangenen in Anspruch genommen werden konnte. Kehrten später, vor Stalins Tod 1953, Zivilverschleppte aus der Sowjetunion zurück, so sagten sie wahrheitsgemäß, sie hätten nicht schreiben dürfen.«[401]

Aus dem Jahre 1988 stammt die folgende Meldung:

»Mehr als 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sind noch etwa 400000 Deutsche in der Sowjetunion vermißt, ohne daß nach ihnen bislang offiziell geforscht wurde. Von weiteren 424000 Fällen, um die sich die Suchdienste des Deutschen und des Sowjetischen Roten Kreuzes bemühten, wurden nach Angaben des DRK-Präsidenten Prinz zu Sayn-Wittgenstein fast 15 Prozent geklärt.«[402]

In dem Buch *So weit die Füße tragen* wird von dem Kartenzeichner Danhorn berichtet:

»Kein Haar ist diesem Danhorn seit der Gefangennahme gekrümmt worden. Die Vernehmer haben sich mit ihm wenig Mühe gemacht. Auf

Befragen hat er bereitwillig erzählt, wie die russischen Beutekarten in der Kartenstelle der Armee, bei der Danhorn den ganzen Krieg lang arbeitete, so schnell in ungezählten Kopien mit deutscher Beschriftung an die Truppe hinausgegeben werden konnten, die vordem mit Dreihunderttausenderkarten hatte arbeiten müssen.«[403]

Welches Verbrechen hatte Danhorn, der Kartenzeichner, begangen, wo er doch die ganze Zeit in einer Kartenstelle gearbeitet hatte? Warum machten sich die Vernehmer keine Mühe mit ihm? Vielleicht war sein »Fall« zu klar. Mußten alle verschwinden, die in solchen Kartenstellen gearbeitet haben? Man bedenke die zentrale Rolle, die bei meinen Beobachtungen zu Beginn dieses Buches Karten der Region Minsk gespielt haben. Diese Karten mußten doch erstellt werden.

Generell drängen sich viele Fragen auf. Warum wurden die Einheiten erst 1948 gesperrt? Warum sind so viele reguläre Einheiten darunter, die in Weißruthenien eingesetzt waren? Welche Motive hatte die Sowjetunion? Die beschriebenen Maßnahmen hätten es der Sowjetunion erlaubt, alle jene, die über Judenlager in Weißruthenien oder anderswo Bescheid wußten, ob Soldat oder Zivilist, auszusondern und in der Weite der Sowjetunion verschwinden zu lassen.

C. Reisebeschränkungen

Freies Reisen in der Sowjetunion ist so gut wie nicht möglich. Fast alle Menschen dürfen sich nur in sehr begrenztem Umfang innerhalb der Sowjetunion bewegen. Die Einschränkungen umfassen im Prinzip alle Gruppen:

- Sowjetbürger,
- Diplomaten,
- Touristen.

Der Sowjetbürger, von wenigen Privilegierten abgesehen, kann nicht oder nur sehr schwer seinen Wohnort wechseln. Zitat:

»Die sogenannte ›Propiska‹ spielt im Leben eines Sowjetmenschen eine besondere Rolle. Gesetzt den Fall, Sie lebten in Puschkino (15 km von Moskau entfernt) und wollten nach Moskau umziehen. Das ist genauso unmöglich, wie nach Amerika zu reisen. Sie haben eine ›Propiska‹ für die Provinz, aber nicht für Moskau. Noch schwieriger ist es, aus anderen (angrenzenden) Gebieten in die Gebiete von Moskau, Leningrad, Kiew oder Odessa überzusiedeln. Alle diese Gebiete sind Sperrgebiete. Selbst von einer Stadt in die andere zu ziehen ist unglaublich schwierig, zum Beispiel von Kuibyschew nach Saratow. Es beginnt eine endlose Befragung: Warum ziehen Sie um, aus welchem Grund, haben Sie Verwandte in dieser Stadt, haben Sie eine Wohnmöglichkeit usw.? Und wenn Sie keine hinreichenden Informationen geben, erhalten Sie auch keine ›Propiska‹. Für jemanden, der auf dem Lande lebt – in einer Kolchose – ist es fast unmöglich, eine ›Propiska‹ zu erhalten. Selbst in den Tagen der Leibeigenschaft gab es keine solche Festschreibung, keine solche Bindung einer Person an den Boden...«[404]

Die Propiska oder der Paß wird aber nicht nur für Umzüge, sondern auch für eine Reise von einem Ort zum anderen nötig. Bis 1974 hatten viele Bürger, vor allem die Mitglieder der Kolchosen, gar keine Pässe.[405] 1974 erschien eine neue Verordnung, und danach sollen fast alle Bürger Pässe erhalten.[406] Allerdings sind die Ausführungsbedingungen so gehalten, daß Zweifel berechtigt sind, daß dies so gehandhabt wird.[407] Wer verreisen will, kann das mit dem neuen Paß auch nicht problemlos. Er muß sich selbst bei kürzeren Reisen (unter sechs Wochen) in der Regel registrieren lassen.[408] Zusammenfassend kann man zu der neuen Verordnung sagen:

»Dies allein bedeutet aber nicht, daß das Kolchosmitglied oder überhaupt der Sowjetbürger das Recht der Freizügigkeit nicht nur de jure, sondern auch de facto besitzt. Im vorletzten Absatz der Annotation heißt es: ›Den auf dem Lande lebenden Bürgern, welchen gemäß der vorhergehenden Regelung Pässe nicht ausgehändigt wurden, werden bis zu der allgemeinen Aushändigung eines Passes neuen Typs bei der Reise in einen anderen Ort und für längere Zeit Pässe, bei Verreisen für eine Zeit von weniger als anderthalb Monaten Identitätsbescheinigungen ausgehändigt werden.‹ «[409]

Doch selbst die Paßbesitzer, so ist der Verordnung zu entnehmen, können sich nicht ohne Einschränkung bewegen:

»Bei Reisen unterliegen die Bürger der UdSSR der Anmeldepflicht, der zumeist durch Registrierung (bei einem Aufenthalt von weniger als anderthalb Monaten) oder durch Anmeldung zu einem vorübergehenden Aufenthalt entsprochen wird. Die Anmeldung zu einem dauernden Aufenthalt setzt die Abmeldung im vorhergehenden Wohnort voraus.«[410]

Diplomaten dürfen sich in den meisten Ländern der Welt frei bewegen. Nicht so in der Sowjetunion. 1948 – man beachte das Jahr! – wurde mit Erlaß vom 30.9.1948 die Bewegungsfreiheit der Diplomaten drastisch eingeschränkt.[411] Für Ausländer gesperrte Gebiete wurden großräumig eingeführt, ein Verzeichnis führt die entsprechenden Regionen an. Das heute gültige Verzeichnis enthält eine Überraschung, Weißrußland ist unter den gesperrten Gebieten gar nicht aufgeführt! Schaut man sich diese Verordnung jedoch genau an, so zeigt sich, daß Weißrußland für Diplomaten trotzdem nicht erreichbar ist. Es werden nämlich, vor allem, was Moskau betrifft, mehr die Wege und Gebiete, die für Diplomaten zugänglich sind, aufgeführt:

»Verwaltungsgebiet Moskau, offen sind:« und dann werden die zugänglichen Gebiete beschrieben. Ein Beispiel:[412]

»auf der Wolokolamsker Chaussee: Nach Istra, Wolokolamsk, zum Bahnhof Dubossekowo (über Wolokolamsk) und zum Dorf Terjajewo (über Maslennikowo);
auf der Minsker Chaussee: Nach Swernigorod (bis Golizyno und weiter auf der Swenigoroder Chaussee), Moshaisk und zur Siedlung Borodina (bis Modenowo und weiter auf der Moshaisker Chaussee);
auf der Chaussee Richtung Kaschira (Kaschirskoje schosse): Zum Flughafen Domodedowo und in die Rayons Kaschira, Osjory, Saraisk, Serebrjanye prudy;«

Offensichtlich ist es unmöglich, aus Moskau nach Weißrußland zu gelangen, wenn alle Straßen nur bis zu einem bestimmten Punkt passiert werden dürfen. Ich muß allerdings einräumen, daß ich keinerlei einschlägige Kenntnisse über das Straßenwesen der Sowjet-

union besitze. Aber wenn die Minsker Chaussee nicht durchgängig befahrbar ist, fällt es mir schwer zu glauben, man könne nach Minsk mit dem Auto gelangen. Ein Auto wäre aber nötig, wenn man sich halbwegs frei in Weißrußland bewegen möchte.

Der Tourismus hat seit Stalins Tod in einem Umfang zugenommen, der früher unvorstellbar gewesen wäre.[413] Inwieweit kann sich aber ein Tourist in der Sowjetunion frei bewegen? Welche Informationen kann er überhaupt erlangen? Dabei ist zu bedenken, daß es für die meisten Touristen in der Sowjetunion folgende prinzipiellen Behinderungen gibt:

- die Sprache: nur wenig Ausländer sprechen russisch.
- mangelnde Fremdsprachenkenntnisse der sowjetischen Bürger, sogar Intellektuelle beherrschen westliche Sprachen nur eingeschränkt.[414]
- Kontaktverbot; die Bürger der Sowjetunion werden vor Kontakten mit Ausländern gewarnt. Gespräche mit Ausländern werden sehr oft von dritter Seite unterbrochen.[415]
- Reisebeschränkungen; nur wenige Zentren und Verbindungswege sind erlaubt, am meisten werden Leningrad und Moskau besucht, sonst ist das Land meist nicht zugänglich.[416]

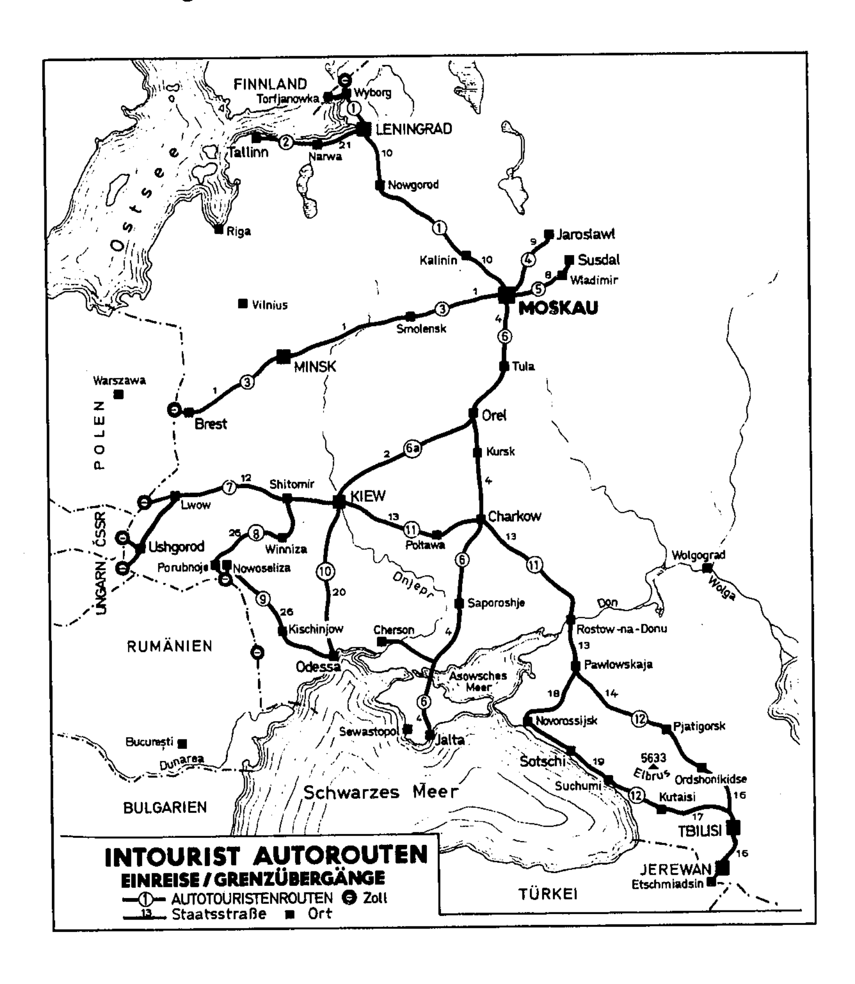
Soweit es sich um Flug- oder um Bahnreisen handelt, sind die Reisen in der Regel staatlich organisiert. Interessanter ist der Autotourismus, der in der Sowjetunion im begrenzten Umfang zugelassen ist. Doch hier gibt es besonders strenge Einschränkungen:

> »Die Autotour eines ausländischen Besuchers der Sowjetunion muß hinsichtlich Dauer, Route, Besichtigungsprogramm, Übernachtungsorten, Verpflegungseinnahmen, Tanken (Benzingutscheine!) vor Reiseantritt genau durch Intourist oder durch ein anderes Reisebüro, das Intourist-Vertragspartner ist, festgelegt und dort im voraus bezahlt werden. Die Fahrt darf nur über Orte erfolgen, in denen Intourist-Zweigstellen bestehen.«[417]

> »Ein Abweichen von den für Touristen freigegebenen Autostraßen ist nicht zulässig, da außerhalb dieser Routen Tanken und Reparaturen nicht gewährleistet werden können. Für die zweifellos geringe Anzahl von PKW-Reisenden, die bei Verwandten oder Bekannten wohnen

und ohne Intourist-Buchung reisen wollen, werden die Visa meist nur mit Schwierigkeiten ausgestellt.«[418]

Welche Autorouten sind überhaupt zugelassen? Dazu eine Karte der Wege:[419]



Auf der Karte sticht die Route Brest–Minsk–Smolensk–Moskau hervor, die Weißrußland durchläuft. Es sollen die Methoden

vorgestellt werden, mit denen die Sowjetunion diese hochinteressante Reiseroute kontrolliert.

Der Grenzübergang Brest ist nur beschränkt zwischen 7 und 21 Uhr geöffnet.[420] Die Dauer der Abfertigung an der Grenze beträgt ziemlich genau eine Stunde. Und das ist von »oben« offenbar so angeordnet.[421] Dadurch wird der Reiseverkehr über diesen Grenzübergang automatisch außerordentlich eingeschränkt. Bei einer vorhandenen Fahrspur können somit 15 Autos die Grenze pro Tag passieren. Da darunter auch sowjetische Fahrzeuge sind, ist mit weniger als 15 ausländischen Autos pro Tag zu rechnen. Die ausländischen Fahrzeuge werden auf der Strecke Brest–Smolensk peinlich genau überwacht, in einem Umfang, der für westliche Maßstäbe unglaublich ist. Ein westdeutscher Journalist, der die Strecke mit seiner Familie abgefahren ist, hat darüber berichtet:

> »Wenig später erreichen wir die autobahnähnlich angelegte Stadtausfahrt in Richtung Minsk. Wir halten und fotographieren das erste Straßenschild mit Hinweis Minsk. Wir stellen fest, daß es nicht schwer ist, solche Hinweise in kyrillisch zu entziffern, rasch prägt man sich das Schriftbild ein. Als wir nach dem gelungenen Fotoschuß an einem Wachhaus zwei Kilometer weiter von Milizionären gestoppt werden, mein Paß abgenommen wird und einer der Beamten damit im Häuschen verschwindet, sind wir zunächst baff. Ich gehe hinterher. Ich beobachte den Polizisten am Telefon, der Paß ist aufgeschlagen und dient als Gesprächsgrundlage. Meine Zwischenfragen werden nicht verstanden und nicht beachtet. Nach fünfminütigem Telefonat reicht man mir den Paß zurück und sagt ›auf Widersähn‹, weist mir die Tür. Das stimmt mich nicht zufrieden, ich gehe zum Angriff über. Aus der Tasche nestle ich Marias Adresse, deute auf die Telefonnummer und verlange energisch, man möge diese Nummer wählen. Der Polizist gehorcht. Ich erkläre Maria den Vorfall und bitte um eine Erklärung. Sie spricht mit dem Beamten, der mir den Hörer wieder übergibt. Maria erklärt mir, ich hätte etwas Verbotenes getan. Arglos schildere ich ihr mein Fotomotiv, das Straßenschild. Sie sagt, daß hinter dem Schild eine Brücke die Straße überquert – und das sei ein verbotenes Motiv, deshalb der Stop.«[422]

In Minsk lernen sie Einheimische kennen. Man verabredet sich zu einem gemeinsamen Ausflug:

»Wir verspäten uns am nächsten Tag um mindestens eine Stunde. Als wir vorfahren, stehen unsere neuen Freunde schon versammelt am Straßenrand, Ehemann Jarislaw und Gattin Luda mit Kind Dimitri; der Freund und Studienkollege Pjotr ist ebenfalls dabei. Mit Ausnahme von Jarislaw steigen alle zu uns ins Wohnmobil. Jarislaw bedeutet mir, daß er etwa fünf Minuten später mit dem eigenen Auto folgen werde – eine reine Vorsichtsmaßnahme, doch Freund Pjotr wisse den genauen Weg. Wir sind verdutzt. Nach etwa sieben Kilometern, an der Stadtgrenze, merken wir auf. ›Wir werden beobachtet‹, meint Beifahrer Pjotr. Tatsächlich: nach weiteren acht Kilometern, an einem Abzweig und schon in Sichtweite zur Sommersprungschanze, stoppt uns ein Milizionär. ›Passport‹, herrscht er mich an. Ich reiche ihm unsere drei Pässe. Er spricht mich weiter in russisch an. ›Sprechen Sie deutsch oder englisch, ich verstehe Sie nicht‹, sage ich betont streng – und das versteht er wiederum nicht. Alle anderen im Wagen sind stumm. So geht unser Kontrolleur zielstrebig an die rückwärtige Wohnmobiltür, reißt sie unwirsch auf und fragt – wir ahnen es – ›wer ist hier Russe?‹.«[423]

Ein weiteres Beispiel:

»Etwa 40 Kilometer hinter Minsk – wir diskutieren noch immer die abrupte Trennung von unseren neuen Freunden – liegt auf der rechten Seite der Straße ein See mit angeschüttetem Badestrand. Als wir die Teerstraße verlassen, um auf einem Querweg die etwa 200 Meter bis zum Strand zurückzulegen, steht wie aus dem Boden gestampft wieder ein Milizionär vor uns. Er stoppt den Wagen. Mit einer Schwimmbewegung und einem Fingerzeig auf den See erkläre ich ihm unser Vorhaben. ›Njet‹ ist die kurze trockene Antwort.«[424]

Diese Episoden sind nur erklärbar, wenn die Sowjetunion ein umfassendes Netz zur Überwachung der westlichen Autotouristen aufgebaut hat. Diese Überwachung der Touristen wird von der sechsten Sektion der Siebten Abteilung der Zweiten Hauptabteilung des KGB durchgeführt[425]:

»Angehörige der Sechsten Sektion stellen Beobachtungsposten in Motels, auf Campingplätzen, an Tankstellen und Autowerkstätten entlang der von Touristen bevorzugten Straßen, sie beobachten zudem alle Ausländer, die in der Sowjetunion mit Flugzeug oder Eisenbahn unterwegs sind. Diese Sektion verwaltet auch ein das ganze Land umspan-

nendes Kommunikationssystem, mit dem die Siebte Abteilung Fotos und Angaben zur Person von Touristen sehr schnell übermitteln kann.«[426]

Zum Abschluß dieses Abschnittes sei noch auf das ausgeklügelte Grenzbewachungssystem der Sowjetunion eingegangen, welches verhindern soll, daß Menschen die Sowjetunion illegal verlassen können.

Die Sowjetunion verfügt über 200000 Grenzsoldaten.[427] Es werden nur besonders zuverlässige Russen eingesetzt, die zudem noch bestimmten politischen Anforderungen genügen.[428] Die Grenze ist in drei Kontrollzonen gegliedert:

1. Beschränkt zugängliche Zone. Sie ist etwa 30 km breit und unterliegt besonderen Sicherheitsbestimmungen. Wer nicht in dieser Zone wohnt, darf sie nur mit Sondererlaubnis des Sicherheitsdienstes betreten.[429]
2. Verbotene Zone. Diese Zone gibt es entlang der eigentlichen Grenze. Ihre Breite hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab. Ihr Aufbau:

»Unterirdische Leitungen entlang der Grenze ermöglichen es den Grenzposten, jederzeit telefonisch mit dem Hauptquartier Verbindung aufzunehmen. Funkverbindungen werden, zumindest was die Grenzpatrouillen betrifft, auf ein Minimum reduziert. Zu den stationären Grenzvorkehrungen gehören Grenzposten, versteckte Posten, Hinterhalte, größere und kleinere Patrouillen, Beobachtungsposten, Paßkontrollposten und Manövergruppen.«[430]

3. Eigentliche Grenzbefestigungen. Sie bestehen aus mehreren 20 bis 30 Meter breiten Spurenkontrollstreifen, auf denen jeder Flüchtling deutliche Spuren hinterläßt.[431]

Derartige Grenzbefestigungen gibt es auch an den Grenzen zu den Verbündeten der Sowjetunion, so zum Beispiel an der Grenze zu Polen.[432] Die Grenzsoldaten werden noch von dritter Seite bei ihrer Arbeit unterstützt:

»Darüber hinaus sind diese Gebiete mit KGB-Agenten und Berufs- oder Gelegenheitsspitzeln besetzt; bei letzteren handelt es sich meist

um Grenzbewohner, denen man nahelegt, nicht nur tatsächliche Grenzverletzungen, sondern auch jeden verdächtigen Fremden zu melden. Daneben gibt es verschiedene Freiwilligenkommandos, meist junge Leute, Schulkinder und Pioniere, die von den lokalen Partei- und Komsomolorganisationen vermittelt werden und ganz offiziell mit den Behörden zusammen arbeiten. Sind sie erfolgreich, so werden diese Freiwilligen mit Geld, Geschenken und Urkunden belohnt. Die Bevölkerung des Grenzgebiets wird ständig zu äußerster Wachsamkeit angehalten.«[433]

D. Weißrußland

Über Weißrußland oder Belorußland, wie es auch genannt wird, und seine Entwicklung nach 1945 liegen nur wenige Erkenntnisse vor. Die geringen Informationen zeigen aber, daß das Land eine in vielerlei Hinsicht abweichende Entwicklung von den übrigen Sowjetrepubliken genommen hat.

1. Die Sonderstellung Weißrußlands

Nach den Beobachtungen westlicher Rußlandkenner ist Weißrußland eine ungewöhnlich Sowjetrepublik. 1964 erschien eine ausführliche Untersuchung der Delegierten des XXII. Parteitages in Moskau. Dieser Parteitag war deshalb für westliche Beobachter so interessant, da hier im Parteitagsbericht erstmals auch die Funktion eines jeden Delegierten aufgeführt wurde.[434] Ergebnisse aus der Untersuchung:

> »Vergleicht man die Delegationen der fünfzehn verschiedenen Unionsrepubliken, so tritt die interessante Tatsache zutage, daß es erhebliche Unterschiede in der personellen Zusammensetzung gab. Die Delegation Belorußlands, insbesondere, hob sich von allen anderen durch die große Zahl von führenden Staats- und Parteifunktionären ab, die sie umfaßte. Diese an sich schon beachtliche Zahl wird noch bedeutsamer, wenn man sie zum relativen Bevölkerungsanteil Belorußlands und zur Mitgliederzahl seiner KP im Verhältnis zu der gesamtsowjetischen KP in Vergleich setzt. Denn an der Bevölkerung der Sowjetunion zum 1.

Januar 1962 (219,7 Mill.) hatte Belorußland mit 8,3 Mill. Menschen einen Anteil von 3,8 Prozent, von der Mitgliederzahl der KPdSU (8872516) entfielen auf die Belorussische KP mit 202068 rund 2,3 Prozent (bei Mitgliedschaftskandidaten 2,8 Prozent), während sich in der belorussischen Delegation 24 hohe Staatsfunktionäre (von insgesamt 119, also 20 Prozent) und acht hohe Parteifunktionäre (von insgesamt 62, also 13 Prozent) befanden.
Außer Vertretern der Belorussischen Unionsrepublik und der KP Belorußlands umfaßte diese Delegation auch hohe Funktionäre der zentralen Partei- und Regierungstellen, die keine ersichtliche Verbindung zu Belorußland hatten. Auch in dieser Hinsicht unterschied sich die belorussische Delegation von der anderer Unionsrepubliken, wenngleich dieser Unterschied sich statistisch nicht so klar erfassen läßt.«[435]

Generell heißt es über die Bedeutung der Zusammensetzung solcher Parteitagsdelegationen:

»Die Zusammensetzung von Parteitagsdelegationen ist das Ergebnis sorgfältiger Auswahl – nicht etwa spontaner Delegiertenwahlen –, und zwar einer Auswahl, die in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Vertretung der wichtigsten Körperschaften des Staates und der Partei getroffen wird (alle Mitglieder des ZK-Büros und -Sekretariats, alle wichtigeren Regierungsressorts, alle Provinzen, sowohl auf Partei- wie auf Behördenebene, die wichtigsten Städte usw.) Der verbleibende Spielraum für besondere, persönliche Qualifikationen als Delegierter ist gering.«[436]

Aus der Zusammensetzung der Delegation zieht der Verfasser den Schluß:

»Jedenfalls tritt in diesen Personalien eine wachsende Bedeutung Belorußlands in der sowjetischen Volkswirtschaft hervor. Es läßt sich vermuten, daß Minsk zu einem Zentrum spezieller und hochtechnisierter Industrien mit militärischer Bedeutung ausgebaut wird. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die bereits gemachte Feststellung, daß man in Belorußland auf Disziplin und strenge Strafpraxis erklärtermaßen großen Wert legt, einen besonderen Beigeschmack.«[437]

Dazu paßt eine andere Erkenntnis:

»Zusammen mit anderen Äußerungen Aksjonows und ähnlichen Worten Petrows und Masurows kann man dies dahingehend deuten, daß

die Polizeikontrolle – sowohl die offene wie die verdeckte – in Belorußland außerordentlich scharf gehandhabt wird. Übrigens war Belorußland die einzige Unionsrepublik, die sowohl ihren Innenminister als auch ihren Chef des Staatssicherheitsdienstes als Delegierte zum XXII. Parteikongreß entsandte, während Georgien, Kasachstan, Usbekistan, Baschkirien, die Tataren-ASSR, die Ukraine und die RSFSR nur Vertreter entweder der einen oder der anderen Behörde, die übrigen Republiken überhaupt keinen Vertreter dieser Ressorts entsandten.«[438]

Zum Schluß noch zwei Zitate aus diesem Aufsatz, die mir hochinteressant erscheinen:

»Zu ihnen gehörten 41 vollberechtige Delegierte und zwölf mit nur beratender Stimme. Einige Einzelhinweise mögen angebracht sein, da eine Gesamtanalyse aus Mangel an näheren Angaben nicht ergiebig ist. Dreizehn von ihnen wurden als ›Militärpersonen‹ (wojennoslushaschtschije) geführt. Von Interesse für die politische Soziologie des Sowjetkommunismus ist die Tatsache, daß fast genau die Hälfte dieser politisch einflußlosen Delegierten Frauen sind, während es unter den politisch wichtigen Delegierten nur eine einzige Frau gibt.«[439]

»Betrachtet man die Laufbahnen der führenden Männer in der Zentrale der KPB (Kommunistische Partei Belorusslands d. V.), so tritt die bemerkenswerte Tatsache hervor, daß es hier in der Zeit nach Stalins Tod keinen scharfen Bruch in der Personalpolitik und den Ernennungen gegeben hat. Vielmehr scheint seit den ersten Nachkriegsjahren ein stetiger personeller Aufbau rund um den Kern der Partisanen und der Komsomol- und Parteifunktionäre der Kriegszeit stattgefunden zu haben.«[440]

Im Zusammenhang mit diesen Texten ergeben sich zahllose Fragen. So weit wirtschaftliche Belange betroffen sind, werden sie später gestellt. Im einzelnen: Wieso hat Weißrußland ein solches Gewicht innerhalb der KPdSU? Was ist an diesem Land Besonderes? Wirkt es nicht sehr farblos? Wieso wurde die Parteitagsdelegation so gewählt, daß sowohl der Innenminister als auch der Chef des Staatssicherheitsdienstes als Parteidelegierte entsandt wurden? Welche Bedeutung haben diese undefinierten »Militärpersonen« innerhalb von Weißrußland, daß sie in solch großer Zahl vertreten sind? Welche Tätigkeit üben sie aus? Wieso kann sie sowohl

von Frauen und Männern offenbar gleichermaßen ausgeübt werden? Wieso gibt es sie nicht bei den anderen Unionsrepubliken? Hängt die Sonderstellung Weißrußlands mit dieser Tätigkeit zusammen? Ungewöhnlich ist auch die kontinuierliche Personalpolitik. Die Männer der Zentrale der KPB kommen alle aus der Partisanenbewegung!

Notiz: Wenn man annähme, daß es sich bei den Militärpersonen um Lagerpersonal handelt, dann wäre die Aufteilung in Männer und Frauen plausibel.

2. Neue Ortschaften

In diesem Zusammenhang sei an die sonderbare Zunahme der Bevölkerungsdichte von Weißrußland erinnert, auf die zu Anfang der Arbeit verwiesen wurde, eine Zunahme, die durch die offiziellen Ergebnisse der Volkszählungen nicht verständlich ist. Diese Beobachtung wird durch eine weitere Tatsache gestützt. Generell sei daran erinnert, daß Weißrußland eine starke Bevölkerungsabnahme zwischen 1939 und 1959 zu verzeichnen hatte. Dabei gibt es die Besonderheit der doppelten Zahlen für 1939, die schon auffällig genug ist. Im einzelnen:

1939 (1. Angabe)	:	10500 Millionen
1939 (2. Angabe)	:	8910 Millionen
1959	:	8055 Millionen

Bei einer derartigen massiven Bevölkerungsabnahme mutet die folgende Angabe aus einem sowjetischen Lehrbuch für die 8. Klasse sehr sonderbar an:

> »Für Belorußland wie auch für die Ukraine bestand nach dem Kriege die Hauptaufgabe im Wiederaufbau der zerstörten Elektrizitätswerke, Fabriken, Betriebe und Ortschaften.
> Neben dem Wiederaufbau geht jedoch auch der Neuaufbau voran. Tausende von Ortschaften und Dörfern sind neu erstanden.«[441]

Wieso entstanden Tausende von Ortschaften und Dörfern neu? Bei dieser Bevölkerungsabnahme? Man erinnere sich an die Ausführungen im vorigen Kapitel, wo es geheißen hatte:

> »Im Kriege spielen natürlich auch andere Dinge eine Rolle. So wird auch erst nach dem Kriege die notwendige Flurbereinigung, die Auflockerung der übervölkerten Dörfer durch Schaffung neuer Siedlungen usw. erfolgen können.«

Beide Systeme, das nationalsozialistische und das kommunistische, hielten die Schaffung neuer Ortschaften für nötig! Sonderbar! Dabei hat es gravierende Zunahmen der Stadtbevölkerung gegeben, was die Angelegenheit noch unverständlicher macht:

Stadt	1941[442]	1959[443]	1970[444]
Minsk	239000	509000	916000
Gomel	166000	272000	
Witebsk	167400	148000	213000
Mogilew	99400	121000	202000
Bobruisk	84100	97000	138000
Brest	73000	122000	
Baranowitschi	26000	102000	
Orscha	31300	64000	101000

Diese Entwicklung belegt eine kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung in den Städten.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1941

Detaillierte Angaben über die Industrie der Sowjetunion sind naturgemäß sehr schwer zu erhalten. Eine Aufstellung über die Jahre 1929/30 vermittelt aber ein ungefähres Bild über die Struktur der Industrie Weißrußlands vor dem Zweiten Weltkrieg:

Bruttoproduktion gemäß Voranschlag für das Jahr 1929/30[445]

Industrie	In 1000 Rubeln in Preisen des Jahres 1926/27	Gegenstände der Produktion	Rechnungseinheiten	Zahl
Bau	3 392,4	Ziegel	1000 Stück	57 500
				682
				2 816
Glas	9 944,2	Fensterglas	Tonnen	5 600
		Lampenglas	Tonnen	4 565
		Flaschen	Tonnen	4 831
Metall	25 847,9	Häckselmaschinen	Stück	1 560
		Dreschmaschinen	Stück	14 875
		Drehbänke	Stück	400
		Gravierapparate	Stück	200
		Steinzerkleinerungsmaschinen	Stück	425
		Wagen	Stück	23 430
		Nägel	Tonnen	7 010
		Brillen, gewöhnliche	Dutzend	736 000
		Brillen, optische	Dutzend	324 000
Textil	22 659,0	Baumwollstoff	1000 m	7 650
		Stoffe	1000 m	141
		Damenstrümpfe	Dutzend	683 000
		Kinderstrümpfe	Dutzend	143 000
		Herrenstrümpfe	Dutzend	230 000
Leder	37 591,7	Große Häute	Stück	304 495
		Kleine Häute	Stück	1 225 000
		Schuhe, Stiefel	Paar	2 367 040
Chemie	4 109,9	Chemische Kreide	Tonnen	4 160
		Farben	Tonnen	800
		Kämme	100 Stück	3 624
		Knöpfe	1000 Stück	37 082
Lebens- und Genußmittel	22 239,7	Hefe	Tonnen	5 500
		Konfekt	Tonnen	2 960
		Pflanzenfett	Tonnen	5 171
		Bauerntabak	Tonnen	2 800
Holz	66 508,6	Sägeware	cbm	730 231
		Fourniere	cbm	129 343
		Streichhölzer	Kisten	2 450 305
Papier	33 008,0	Papier	Tonnen	43 140
		Karton	Tonnen	5 775
		Tapeten	1000 Stück	10 900

Vor dem Zweiten Weltkrieg besaß Weißrußland also nur sehr wenig Industrie; moderne Industriezweige fehlten völlig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Weißrußland stark industrialisiert. Zitate:

»In der Volkswirtschaft Belorußlands wurden von 1946 bis 1950 mehr staatliche Mittel investiert als in allen Fünfjahrplänen der Vorkriegszeit zusammen.«[446]

»Hunderte neuer Betriebe wurden errichtet, neue Industriezweige entstanden. Die Bruttoindustrieproduktion war 1968 81 mal höher als 1913. Besonders rasch entwickelten sich der Kraftwagen-, Traktoren- und Maschinenbau, die metallverarbeitende und chemische Industrie.«[447]

Die tiefgreifendste Veränderung erlebte der Maschinenbau:

»Ernste Probleme der Verbesserung der Spezialisierung, der Verteilung und der Weiterentwicklung hat der Maschinenbau zu lösen, der führende Wirtschaftszweig der Belorussischen SSR. Innerhalb von 20 Jahren, von 1941 bis 1961, gingen sehr wesentliche Veränderungen in seiner Struktur und seiner Spezialisierung vor sich. Neue Zweige entstanden: der Automobil- und Traktorenbau, die Produktion von Brükken, Kränen, Werkzeugmaschinen und Taktstraßen, Motorrädern, Maisvollerntemaschinen, Hydromeliorations- und Straßenbaumaschinen, Pumpen für den Bergbau und die chemische Industrie, Kugellagern, elektrischen Meßgeräten, Rundfunkgeräten, Fernsehempfängern, Uhren usw. Die Produktion des Maschinenbaus vergrößerte sich in diesen Jahren fast um das Zwanzigfache.«[448]

Wodurch wurde diese ungewöhnliche Entwicklung möglich?

»Vorausetzungen der Entwicklung einer derartigen Wirtschaftsstruktur der Belorussischen SSR sind die natürlichen Bedingungen, die die Entwicklung der Landwirtschaft begünstigen, das Vorhandensein von Rohstoffen für die Produktion von Mineraldünger, das Vorhandensein einer großen Zahl von Arbeitskräften und qualifizierten Kadern, die günstige geographische Lage zu den industriell entwickelten Großrayons des europäischen Teils der UdSSR und zu den sozialistischen Ländern Europas.«[449]

Bedeutsam erscheint mir vor allem der Hinweis auf die große Zahl der »qualifizierten Kader«. Waren diese vor 1945 nicht da? Die große Zahl der Arbeitskräfte wird an anderer Stelle nochmals erwähnt:

»Da die Mehrzahl der wichtigsten Industriezweige der Republik auf zugeführte Rohstoffe orientiert ist, die örtlichen Arbeitskräfteressourcen aber durchaus bedeutend sind, ist es vorteilhaft, solche Produktionsarten zu entwickeln, die einen großen Arbeitsaufwand und eine geringere Rohstoffmenge erfordern.«[450]

Der Schwerpunkt der Produktion liegt im Ostteil von Weißrußland.

Deshalb gibt es das Problem »der Umsiedlung in andere Rayons des Landes, vor allem in die östlichen, wo der Arbeitskräftemangel sich besonders bemerkbar macht.«[451]

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung scheint im Ostteil, dem ehemals militärverwalteten Teil, von Weißrußland zu liegen:

»Die wichtigsten Zentren des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung (nach dem Produktionswert) sind Minsk, Gomel, Witebsk, Mogiljow, Orscha, Bobruisk und Borissow.«[452]

Daraus ergeben sich viele Fragen. Beispiele:

- Warum begann die industrielle Entwicklung von Weißrußland 1941?
- Warum wurde gleich im ersten Fünfjahresplan nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem forcierten Aufbau der Industrie begonnen?
- Woher kommen die qualifizierten Kader, mit denen man eine moderne Maschinenbau-Industrie aufbauen kann?

4. Das Polizeiwesen

Bei der in der Sowjetunion üblichen Geheimhaltung ist kaum mit nennenswerten Informationen über das Polizeiwesen von Weißrußland zu rechnen. In einem der vorigen Abschnitte wurden einige wenige Informationen mitgeteilt. So die Tatsache, daß am XXII. Parteitag sowohl der Innenminister als auch der Chef des Staatssicherheitsdienstes als Delegierte teilnahmen, offenbar eine ungewöhnliche Tatsache. Außerdem wurde erwähnt, daß die Polizeikontrollen in Weißrußland sehr scharf gehandhabt werden. 1984 und 1985 erschienen zwei sehr ungewöhnliche Veröffentlichungen im Westen, die sich mit dem Polizeiwesen von Belorußland beschäftigen und interessante Einblicke ermöglichen. Der Erste Sekretär des Gebiets-Parteikomitees von Brest, Sokolow, veröffentlichte einen Aufsatz[453] über schädliche Einflüsse aus dem Ausland. Darin wird von der besonderen Lage der »Grenzfestung Brest« gesprochen. Als Gründe für die Bezeichnung »Grenzfestung Brest« werden angeführt:

> »Viele Einwohner von Brest sind durch verwandtschaftliche Bande mit den Bürgern der Volksrepublik Polen verbunden. Man sollte auch nicht unberücksichtigt lassen, daß ein bedeutender Teil der Bewohner des Gebiets die Möglichkeit hat, die Sendung des polnischen Fernsehens zu sehen. Vor der Verhängung des Kriegsrechts in diesem Land wurden gelegentlich Sendungen antikommunistischer Ausrichtung ausgestrahlt. Sie lähmten den Willen der Polen im Kampf um die Ideale der Arbeiterklasse und gaben keine klassengemäße Beurteilung bezüglich der Tätigkeit der rechten Führer des Gewerkschaftbundes ›Solidarität‹ und ihrer Berater von KOS-KOR. Nicht selten wurden historische Tatsachen verzerrt, und man ließ sich unfreundliche Angriffe gegen unser Land zuschulden kommen.«[454]

Da seit der Verhängung des Kriegsrechtes schon einige Jahre vergangen sind, verwundert der Bezug. Unsinnig erscheinen auch die Maßnahmen, die getroffen wurden:

> »Das Arsenal der Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung von Rechtsbrüchen ist im Gebiet erheblich erweitert worden. Die Bewegung von

Kollektiven und Ortschaften zur Erlangung der Bezeichnung ›beispielhaft‹ breitet sich aus. Es sind Stützpunkte für die Rechtsordnung und Räte zur Vorbeugung gegen Rechtsbrüche eingerichtet worden. Über 65000 Personen beteiligen sich an der Arbeit der Hilfspolizei.«[455]

Ungewöhnlich ist ein weiterer Abschnitt:

»Die Kommandeure und Politfunktionäre der Sicherungseinheiten lehren die Bewohner am Ort, böswillige feindliche Absichten zu erkennen, und sie helfen ihnen, die Eigenschaften zu entwickeln, die erforderlich sind, um Gesetzesübertreter zu verhaften.«[456]

Was sind das für Probleme, um die es hier geht? Was hat das polnische Fernsehen vor der Verhängung des Kriegsrechtes gesendet? Wieso wirkt das Jahre später noch so nach, daß derartige ungewöhnliche Maßnahmen getroffen werden? Welche Funktion haben diese Hilfspolizisten, und was sind das für Gesetzesübertreter, die in diesem Zusammenhang den Ordnungskräften zu schaffen machen?

Notiz: Wenn man annähme, es handele sich bei den antikommunistischen Sendungen um Meldungen über Auschwitz, und den Bewohnern Weißrußlands wäre zu Ohren gekommen, daß man die verschleppten Juden für tot hält, wäre es dann nicht denkbar, daß diese totgesagten Menschen eine Verbindung mit dem Westen auch über Polen suchten? Ein Jahr später erschien ein Interview zum selben Thema. Der Innenminister der Belorussischen SSR W. Piskarjow berichtete über praktische Maßnahmen, die seit 1983 im Bereich seines Ministeriums ergriffen wurden:[457]

»Uns helfen heute mehr als 500000 Hilfspolizisten [druzinniki], und die Mehrzahl ist bereit, sich mutig einem Verbrecher in den Weg zu stellen, wie zum Beispiel der Obermeister des Belorussischen Autowerks, S. Serkazkij, der posthum mit einem Orden ausgezeichnet wurde. Als sein Tod von der Hand eines Verbrechers bekannt wurde, wuchsen die Reihen der Hilfspolizisten um mehrere tausend Mann an. Überhaupt muß ich sagen, daß unser Zusammenhalt mit den Arbeitskollektiven, den Parteiorganisationen und mit der Öffentlichkeit sich in letzter Zeit gefestigt hat. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist zum allgemeinen Anliegen geworden.«[458]

Ein weiteres Zitat:

»[Frage:] Viktor Aleksejewitsch, Sie sagten, in letzter Zeit seien zu Ihnen Tausende neuer Mitarbeiter gekommen. Unter ihnen sind doch aber viele ... Laien. Gegen einen Verbrecher, und um so mehr gegen einen bewaffneten Verbrecher, muß aber ein kluger, starker Berufspolizist antreten.
[Antwort:] Sie sagten ›Laien‹. Ich würde sagen: bis zu einer gewissen Zeit. Wir bilden diese Leute aus! Seien Sie unbesorgt: Nichtausgebildete Leute setzen wir nicht ein.«[459]

Die Verbrechen, die Piskarjow aufzählt und um deretwillen er diesen gigantischen Polizeiapperat braucht, muten kindisch an:

- Kinder die mit Bomben/Feuer spielen[460]
- Krakeeler/Ehestreitigkeiten u. ä.[461]
- als einziges konkretes Beispiel: Tod eines Obermeisters[462]
- Treibstoffdiebstahl.[463]

Wozu bedarf es da der 500000 Hilfspolizisten? Wieso gibt es in Weißrußland bewaffnete Verbrecher in offenbar großer Zahl? Sind das nicht Ausnahmen? Oder verbirgt sich etwas ganz anderes dahinter?

Man beachte: Weißrußland hatte 1970 9 Millionen Einwohner. Zur Illustration eine kleine Rechnung: 500000 Hilfspolizisten auf 9 Millionen Einwohner, bedeutet, daß auf 18 Einwohner ein Hilfspolizist kommt, Kinder, Frauen und Alte mitgerechnet. Nimmt man an, daß ein solcher Hilfspolizist, wie oben beschrieben, über eine gute körperliche Leistungsfähigkeit verfügen muß, so kommen sicher nur Männer in einem bestimmten Alter, nehmen wir an, zwischen 20 und 40 Jahren in Frage. Damit dürfte es aber unter 9 Millionen Einwohnern etwa 1,5 Millionen potentielle Anwärter geben. Jeder Dritte wird somit als Hilfspolizist eingesetzt. Wahrlich ein grotesker Zustand. Bei 500000 Hilfspolisten bedarf es außerdem zusätzlich eines umfangreichen adäquaten Polizeiapparates mit vielen Berufspolizisten! Weißrußland bietet somit das Musterbeispiel eines Polizeistaates. Und alles wegen dieser doch zumeist läppischen Verbrechen?

5. Marjina Gorka (Marina Gorka)

Die detaillierten Ausführungen zu Weißrußland haben im 2. Kapitel mit dem Ort Marjina Gorka begonnen, sie sollen auch mit diesem Ort enden. Greift der Leser, um sich über Marjina Gorka zu informieren, zu einer ziemlich neuen Veröffentlichung aus der Sowjetunion über Weißrußland[464], so kann er unter dem Stichwort: Marina Gorka[465] u. a. folgendes lesen:

> »Marina Gorka, Stadt,...,Bahnstation Puchawitschi. Gegründet im 16. Jahrhundert unter der Familie Radsiwil. 1876 ist eine Schule gegründet worden (die seit 1921 technische Schule ist). 1897 – 2000 Einwohner. Seit 1924 Zentrum des Bezirks Puchawizk. Seit 27.9.1938 Ort mit 6500 Einwohnern.«[466]

Auf einer in dem Nachschlagewerk enthaltenen Karte[467], die das Gebiet von Weißrußland aus der Zeit 1772–1775 zeigt, findet sich auch der Ort Marina Gorka verzeichnet! War also die Heereskarte von 1943, auf die Bezug genommen wurde, falsch, unvollständig? Nein! Es soll dargelegt werden, daß hier von sowjetischer Seite bewußt eine Verschleierung mit Hilfe eines Kniffs vorgenommen wurde.

Eine Untersuchung ergibt, daß es früher eine Bahnstation Marina Gorka und einen Ort Puchowitschi gab. Zur Zeit der deutschen Besetzung wurde die Bahnstation zu einem größeren Ort neben Puchowitschi ausgebaut. Von sowjetischer Seite erhielt jetzt, es deutet zumindest alles darauf hin, die Bahnstation den Namen Puchowitschi. Puchowitschi und Marina Gorka wurden zu einem Ort mit dem Namen Marina Gorka zusammengefaßt.

Auf einer Karte[468] von Minsk und Umgebung aus dem Jahre 1896 findet sich zwar der Ort Puchowitschi, aber kein Marina Gorka. Den Namen habe ich erstmals in *Ritters geographisch-statistischen Lexikon*[469] von 1906 unter Marinagorka und dem knappen Hinweis: Ort in Russl., Gouv. Minsk. P. EdL. Libau–Rommy aufgefunden. Dem Bearbeiter lagen offenbar nur wenige Informationen vor, denn die Bahnlinie Libau–Romy ist über 1000 km lang. Substantielle Informationen sind auf einer Karte[470] aus dem

Ersten Weltkrieg verzeichnet. Da sind die Bahnstation Marina Gorka und der ca. sieben Kilometer entfernte Ort Puchowiczi aufgeführt. 1926 fand in der Sowjetunion die erste Volkszählung statt. In der Auflistung der größeren Orte[471] aus dem Bezirk Minsk, in der Orte mit 594 Einwohnern verzeichnet sind, findet sich zwar Puchowitschi mit 2161 Einwohnern, aber kein Marina Gorka, das doch zu diesem Zeitpunkt angeblich schon über eine technische Schule verfügte.

Mir liegt noch eine Aufstellung des Generalstabs des Heeres[472] von 1941 vor. Da wird Marjina-Gorka aufgeführt mit dem Hinweis: siehe Puchowitschi.[473] Unter diesem Stichwort findet sich: »Puchowitschi (Marjina-Gorka)«[474] und der Vermerk : »Puchowitschi liegt 7–8 km von der Bahnstation entfernt«. In einem Strukturbericht über das Ostland[475] von 1942 werden alle Orte mit mehr als 2000 Einwohner aufgezählt. Dabei stützen sich die Verfasser auf polnische und sowjetische Angaben aus den Jahren 1926, 1931 und 1933. Puchowitschi wird genannt, Marina Gorka fehlt. In der vorn aufgeführten deutschen Heereskarte ist auf dem Nachtrag II. 1943[476] klar und deutlich Puchowitschi zu sehen, Marjina Gorka erscheint erst auf dem Nachtrag VIII. 1943[477] eindeutig abgegrenzt von Puchowitschi als eigenständiger und offenbar größerer Ort als Puchowitschi! Marjina Gorka muß für die deutsche Heeresleitung eine besondere Bedeutung gewonnen haben, denn in einem Bericht[478] über den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte aus dem Jahre 1944, der 1955 veröffentlicht wurde, findet sich auf der Karte, die einige wenige Orte enthält, Marjina Gorka, und das ohne jeden ersichtlichen Zusammenhang mit der militärischen Lage. Soweit die mir bekannten Fakten. Die eingangs zitierten Angaben in der Enzyklopädie weisen schwerwiegende Widersprüche zu den historischen Unterlagen auf:

Danach hatte Marina Gorka schon im Jahre 1897 2000 Einwohner, die bis 1938 auf 6500 angewachsen sind, der Ort besitzt noch regionale Bedeutung, er ist das Zentrum des Bezirks Puchawizk und hat eine technische Schule. Nur unerklärlich ist, warum dieser bedeutende Ort nicht auf diversen Karten aus der Zeit vor 1942 verzeichnet ist, wohl aber der unbedeutendere Nachbarort Pucho-

witschi; ebenso unerklärlich: Marina Gorka wird bei der Volkszählung von 1926 nicht erwähnt, wohl aber Puchowitschi. Für eine gezielte Verschleierung durch die Sowjets spricht die Benennung der Bahnstation Puchawitschi (Puchowitschi). Der Ort gleichen Namens liegt aber 7–8km von der Bahnstation entfernt, während Marina Gorka direkt an der Bahnlinie verzeichnet ist.

E. Ein Gedicht

Der russisch-jüdische Dichter Alexander Galitsch hat Solomon Michoels[479] das folgende Gedicht gewidmet:

> »Nach Rußland haben die Juden einen deutschsprachigen Dialekt[das Jiddische] aus dem Land ihrer Vertreibung mitgebracht, danach sind sie zum Russischen übergegangen, und dennoch sind sie Juden geblieben und allen Ungemachs ihres Stammes teilhaftig geworden. Man hat sie in Gasöfen verbrannt und als Mordärzte denunziert. Ihrer harren auch jetzt noch die Baracken in irgendeinem unendlich weitentfernten Sumpfgebiet, wohin sie nur dank einem unwahrscheinlichen Zufall bisher nicht geraten sind. Noch ist es zu früh, diese Baracken aufzugeben. Wohl sind sie angefault, doch kann man sie mit eigenen arbeitsamen Händen wieder instandsetzen.«[480]

Solomon Michoels ist der Mann, den Stalin 1948 ermorden ließ, da er offenbar der Führer der in der Sowjetunion lebenden Juden war!



V. Fragen

Eingangs wurden dem Leser zwei Fragen unterstellt, die Antwort wird hier gegeben. Material wurde inzwischen vorgelegt, so daß gewisse Aspekte sicher klarer geworden sind.

Zunächst: Warum melden sich die Juden nicht? Aus zwei Gründen. Einmal: Woher sollen diese Menschen überhaupt wissen, daß man »im Westen« nicht weiß, wo sie sind? Von deutscher Seite wurde immer wieder erklärt, die Juden kämen nach dem Osten. Sie wurden in aller, oder zumindest in ziemlicher, Offenheit nach dem Osten transportiert. Was sie nicht wissen können, ist, daß Hitler systematisch verschleiert hat, was sich unter »dem Osten« verbarg. Sie können sicher auch nicht wissen, welche Maßnahmen Stalin ergriffen hat, um den kleinen Kreis der Mitwisser von deutscher Seite, die genau wußten, wo »der Osten« lag, mundtot zu machen. Viele der Juden, die auswandern wollten, konnten nicht in die westlichen Länder gelangen, da ihnen dafür das nötige Geld fehlte. Es scheint auch der Eindruck verbreitet gewesen zu sein: »... unsere Leute wollen uns nicht.«[481] Diese Grundhaltung ist von sowjetischer Seite systematisch verstärkt worden, indem Israel »zum schlimmsten aller Staaten« wurde. Zur Genüge, so meine ich, habe ich dargelegt, daß die Sowjetunion alle möglichen Kontaktwege systematisch abblockt, und wenn jetzt ein junger Jude tatsächlich in den Westen gelangte, ja was soll er vorweisen, daß seine Herkunft glaubhaft wirkt, wie soll er sich legitimieren? Würde er nicht als Provokateur, als Spinner abgetan, und selbst wenn er glaubhaft wirkte, würde es dann nicht heißen, er verkrafte Auschwitz nicht und flüchte sich in Wahnideen?

Weiter: Warum hat keiner, der von deutscher Seite daran beteiligt war, sich gegen den Vorwurf des Massenmordes verteidigt,

wenn es so einfach war? Der Kreis, der wußte, was tatsächlich geschah, der mehr wußte als: die Juden kommen nach dem Osten, war sicher sehr klein. Von der Spitze (Hitler, Himmler, Heydrich) abgesehen, wußten es sicher nur wenige, und die meisten waren »vor Ort«. Man bedenke, für die Durchführung war es doch nur für die wenigsten Stellen wichtig zu wissen, was eigentlich geschah. Warum sollte jemand wie Eichmann wissen, wohin die Juden kamen? Und es waren sicher viel weniger an der konkreten Abwicklung beteiligt, als der Leser glaubt. Und jene, die vor Ort von deutscher Seite waren, wurden gewiß von der Sowjetunion im Zuge der Eroberung Weißrutheniens vollständig erfaßt. Ich würde auch vermuten, daß es spezielle Geheimhaltungserklärungen gab, die der Sowjetunion in Berlin in die Hände gefallen sind und woraus sie entnehmen konnte, wer was gewußt hat. Und auch hier gibt es das Problem der Glaubwürdigkeit. Wenn ein Mann wie Stangl – als Kommandant von Treblinka hat er vielleicht etwas gewußt – erklärt hätte, die Juden seien nach dem Osten, nach Minsk abtransportiert worden, wer hätte seinem Wort – und was sollte er sonst vorweisen – geglaubt?

Inzwischen stellt sich dem Leser vielleicht eine ganz andere Frage. Was ist mit der atemberaubenden Entwicklung in der Sowjetunion? Bricht hier nicht vieles auf und wirkt es nicht völlig unglaubhaft, daß hier solche Ungeheuerlichkeiten, wie von mir behauptet, verborgen bleiben könnten? Gibt es nicht inzwischen einen Obersten Sowjet, der zahllose bis dato in der Sowjetunion für unmöglich gehaltenen Gesetze beschließt, die ausschließen, daß Weißrußland so im Dunkel liegt? In der Tat, wenn diese Gesetze dort gelten würden! Aus dem dadurch entstandenen Dilemma wurde ein raffinierter Ausweg gefunden: Tschernobyl. Dazu folgende Meldung vom 13. Juli 1990:

> »Die Sowjetrepublik Weißrußland ist auf Beschluß des Obersten Sowjet in Minsk zum ökologischen Notstandsgebiet erklärt worden... Der Ständige Vertreter Weißrußlands bei den Vereinten Nationen sei angewiesen worden, dies der Weltöffentlichkeit mitzuteilen. Laut ADN wurde der Beschluß nach einer Anhörung zu den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (April 1986) gefaßt, von der auch

Weißrußland stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Für Weißrußland seien alle Vorschriften sowjetischer Ministerien und Staatskomitees außer Kraft gesetzt worden, die der ›Umsetzung des Republikprogramms zur Überwindung der Katastrophe im Wege stehen‹.«[482]

Wieder geschieht, bezogen auf Weißrußland, etwas Ungewöhnliches, was eine Sonderrolle dokumentiert. Tschernobyl liegt in der Ukraine, nur beschließt diese bislang kein solches Programm! Welche Möglichkeiten sich für Weißrußland aus dem obigen Beschluß ergeben, ist offensichtlich. Doch auch damit nicht genug. Am 3. August 1990 findet sich folgende Meldung:

> »Die Sowjetunion hat die Bahn- und Straßenübergänge an ihrer Grenze zu Polen für Sowjetbürger geschlossen. Im Moskauer Fernsehen hieß es weiter, die Regierung habe die Maßnahme verfügt, um dem Schmuggel- und Wucherwesen ein Ende zu machen.«[483]

Nun zu den Fragen. In den vorherigen Kapiteln haben sich aus den zusammengetragenen Fakten vielerlei Fragen ergeben, teils wurden sie schon dort gestellt, teils geschah es nicht. Hier soll jetzt eine komprimierte Zusammenstellung von möglichen Fragen folgen, wenngleich keineswegs eine vollständige Frageliste vorgelegt wird. Fragen, die man eigentlich sinnvoll beantworten müßte, wenn man meine These ablehnt.

1. Wieso hat sich die Bevölkerung Weißrußlands so beträchtlich erhöht?
2. Warum gibt es diese eigentümlichen Bevölkerungsnester?
3. Was sind das für neue Siedlungen, die 1943 auf deutschen Heereskarten auftauchen?
4. Was heißt: Hitler schickt die Juden in den Morast?
5. Warum vergleicht Hitler das Schicksal der Juden immer wieder mit dem der deutschen Auswanderer? Warum rechtfertigt er sich damit so oft?
6. Wieso macht sich Hitler Gedanken, was mit den Juden nach dem (gewonnenen) Krieg geschehen soll?
7. Was ist aus den Plänen Rosenbergs über die Umsiedlung der Juden nach Weißruthenien geworden?

8. Warum wird die Planung für Weißruthenien plötzlich umgeworfen, warum wird es in eine zivil- und eine militärverwaltete Zone geteilt?
9. Was soll im Protokoll der Wannseekonferenz die Formulierung »kommende Endlösung«? Haben die Aktionen der Wannseekonferenz demnach nicht irgendwie einen vorläufigen Charakter?
10. Worin besteht die Sonderrolle Weißrutheniens?
11. Worin besteht die Pflicht der Weißruthenen dem kommenden neuen Europa gegenüber?
12. Was bedeutet: Weißruthenien muß neu geformt werden? Warum?
13. Warum werden Bauern aus dem Ostteil Weißrutheniens in den Westteil umgesiedelt?
14. Warum wird dieser Vorgang auf regionaler Ebene so groß herausgestellt?
15. Weshalb sollen nach dem Kriege neue Siedlungen in Weißruthenien gegründet werden?
16. Warum sind die Dörfer in Weißruthenien übervölkert? Gibt es keine Kriegs- und Fluchtfolgen?
17. Warum wird Weißruthenien in der Ostkartei so stiefmütterlich behandelt?
18. Warum gibt es im Ostteil von Weißruthenien keine Dienstpostämter?
19. Warum gibt es keinen Postverkehr für die Zivilbevölkerung in Weißrußland, wohl aber in der Ukraine?
20. Weshalb ist das Zeitungswesen in Weißruthenien so schwach ausgebaut im Gegensatz zu anderen besetzten Gebieten?
21. Warum fehlen plötzlich die Durchgangsstraßen im Raum Bobruisk?
22. Ist es Zufall, daß die »Vernichtungslager« alle an der Grenze von Eisenbahnverwaltungsbereichen liegen?
23. Welche Transportkommandos konnte Höß an Zigeuner vergeben?
24. Was heißt »SB nach sechs Monaten«?
25. Warum gibt es 1942 soviele Transporte nach Minsk und Um-

gebung? Warum wurden diese Menschen nicht in den Vernichtungslagern getötet?

26. Warum wurden die Insassen des Zuges, der am 31.7.1942 Minsk erreichte und aus Warschau kam, nicht in Treblinka getötet?
27. Was heißt West-Ost-Verschiebung? Welche Hilfsarbeiten waren dafür nötig?
28. Welche Siedler sollen nach Globocnik Leistungen in Brasilien oder im fernen Osten erhalten?
29. Wieso kann das Abschieben rumänischer Juden die Evakuierung deutscher Juden stärkstens gefährden?
30. Wieso spielt es eine Rolle, daß die deutschen Juden ein Vielfaches intelligenter sind als die Juden Weißrußlands?
31. Was sollen die Kategorien:
    - Tote
    - Sonderbehandelte
    - Juden
    - Gefangene

    beim Unternehmen Hornung?
32. Wieso wird in den vertraulichen Informationen der NSDAP von »Vorbereitenden Maßnahmen zur Endlösung« gesprochen? Und das Ende 1942?
33. Wieso ist nach einem siegreichen Krieg, »der Augenblick für eine endgültige Lösung der Judenfrage gekommen«?
34. Was veranlaßt Bormann 1943 zu erklären, daß jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung unterbleiben muß?
35. Wieso konzentriert sich der Schwerpunkt der Partisanenbewegung auf Weißrußland?
36. Wieso beginnt der Partisanenkampf nicht unmittelbar nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, sondern erst ein Jahr später?
37. Wieso kämpfen so viele Tschechen, Slowaken, Griechen, Spanier und Franzosen in Weißruthenien in der Partisanenbewegung? Wie kamen sie da hin?
38. Warum stoppt Horthy plötzlich den Transport der ungarischen Juden nach Auschwitz?

39. Ist es reiner Zufall, daß im selben Moment Weißruthenien von den sowjetischen Truppen überrannt wird?
40. Wieso kommt es plötzlich zur Umkehr der Transporte?
41. Warum wird in Auschwitz nicht bis 1945 weiter getötet?
42. Weshalb läßt die Sowjetunion einen »eisernen Vorhang« an ihren Einflußbereich herunter? Und das in dem Moment, in dem sie ihr Territorium befreit hat!
43. Wieso entsteht in den von Deutschland besetzten sowjetischen Gebieten in dem Moment ein neuer Antisemitismus, in dem die Juden dort alle ermordet werden?
44. Warum wird Raoul Wallenberg festgenommen?
45. Wieso wird Weißrußland Gründungsmitglied der UN?
46. Weshalb läßt Stalin Michoels ermorden?
47. Warum werden plötzlich so viele jüdische Einrichtungen zerschlagen?
48. Warum werden nach dem Krieg Sperrgebiete eingeführt? Warum sind diese Gebiete so groß?
49. Warum werden plötzlich bestimmte deutsche Einheiten gesperrt? Warum geschieht dies nicht gleich nach dem Krieg? Warum kämpften so viele dieser Einheiten in Weißruthenien?
50. Warum beginnen diese Maßnahmen alle 1948?
51. Was soll der Vorwurf gegen Slansky, er habe eine zionistische Verschwörung organisiert?
52. Ist es rein zufällig, daß durch diese Prozesse die Juden in den sowjetisch kontrollierten Ländern aus Partei- und Staatsstellungen entfernt wurden?
53. Warum will Stalin die verbliebenen sowjetischen Juden in die Ostbezirke der Sowjetunion deportieren lassen?
54. Warum wird das Judentum in der SU systematisch zerstört?
55. Wieso ist Israel der »schlimmste aller Staaten«?
56. Welche Aufgabe hat die Jüdische Abteilung der Fünften Hauptverwaltung des KGB?
57. Was verbirgt sich hinter den unterschiedlichen Bevölkerungsangaben von Weißrußland?
58. Warum darf sich ein Sowjetbürger auch heute noch nicht frei bewegen?

59. Warum werden ausländische Touristen in der Sowjetunion und vor allem im Raum Minsk so intensiv überwacht?
60. Weshalb ist der Grenzübergang Brest geöffnet, wenn offenbar nur 15 Autos am Tag ihn passieren können?
60. Weshalb ist der Grenzübergang Brest geöffnet, wenn offenbar nur 15 Autos am Tag ihn passieren können?
61. Warum hat Weißrußland ein so großes Gewicht innerhalb der KPdSU?
62. Weshalb hat das Polizeiwesen eine so zentrale Bedeutung in Weißrußland?
63. Wieso entstehen in Weißrußland Tausende Ortschaften und Dörfer neu? Ist das kein Widerspruch zu der Bevölkerungsabnahme?
64. Wieso braucht Weißrußland 500000 Hilfspolizisten?
65. Warum investiert die Sowjetunion nach dem Krieg soviel in Weißrußland? Woher kommen die vielen qualifizierten Kader?
66. Was verbirgt sich hinter Marina Gorka?
67. Und was ist mit dem Gedicht zu Ehren Michoels?

Viele, viele Fragen! Noch viel mehr könnten gestellt werden, und der aufmerksame Leser weiß sicher weitere. Wie kann man sie beantworten? Durch eine einzige Annahme: Die Endlösung bestand im Kern darin, daß die Juden in den Ostteil von Weißruthenien umgesiedelt wurden.

VI. Die Endlösung

Was verbirgt sich hinter dem Wort »Endlösung«? Was ist tatsächlich geschehen? Ich werde versuchen, eine gesamte Darstellung der Entwicklung zu geben. Sie wird sicher im Detail und hin und wieder auch in wesentlichen Aussagen fehlerhaft sein, die Grundzüge dürften aber stimmen. Ich bin mir der Problematik von Aussagen, die sich auf deduktive Schlüsse stützen, bewußt. Dieser Abschnitt wurde auch erst nach langem Schwanken und letztlich selbst jetzt noch widerwillig geschrieben. Widerwillig, weil er als Basis für böswillige Auslassungen dienen könnte, letztlich doch, da ich meine, daß es hilfreich sein könnte, wenn der eine oder andere Leser eine geschlossene Darstellung für sein Urteil erhält. Betonen möchte ich ausdrücklich, daß sich meine Aussagen, die den Kern der Arbeit bilden, in den Kapiteln : ›Eine Entdeckung‹,› Fakten I‹ und ›Fakten II‹ finden.

A. Die deutsche Seite

Beginnen will ich mit der Situation, wie sie zum Zeitpunkt der Arbeitstagung des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage« am 27. März 1941 bestand. Die Mächtigen des Dritten Reiches suchten nach einem Ort, an dem sie die Juden in ihrem Einflußgebiet ansiedeln könnten. Innerhalb ihres Machtbereiches war der Raum Lublin zunächst in Erwägung gezogen, dann aber verworfen worden, da dort die Siedlungsdichte zu groß war und die Juden sich nicht aus sich selbst heraus hätten ernähren können. Die Suche

richtete sich deshalb auf Gebiete außerhalb des deutschen Einflußbereiches.

Durch den Einmarsch in die Sowjetunion änderte sich plötzlich die Situation. Ein siegreicher Abschluß des Feldzuges mußte bei dem riesigen Territorium der Sowjetunion völlig neue Möglichkeiten eröffnen. Deshalb erhielt Heydrich von Göring den Auftrag, die Voraussetzungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet zu schaffen.

a). Die Entscheidung. Auch die Deutsche Botschaft in Paris, die die Juden Frankreichs ausgesiedelt haben wollte, trat mit entsprechenden Vorschlägen an Himmler heran. Rosenberg, auf der Suche nach Gegenmaßnahmen zum Kalinin-Plan, die Rußlanddeutschen umzusiedeln, erwog ebenfalls die Möglichkeiten, die Juden nach dem Osten umzusiedeln. Auf sein Geheiß unterbreitete Bräutigam den Plan Hitler, der großes Interesse bekundete, aber die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes forderte. Langsam nahm der Plan Gestalt an. Weißruthenien, von Rosenberg als Auffangbecken »unsozialer Menschen« aus den baltischen Ländern vorgesehen, schien prinzipiell geeignet. Als Raum wurde der östliche Teil Weißrutheniens ausgewählt. Am 25. Oktober 1941 empfing Hitler Himmler und Heydrich, um ihnen seine Entscheidung mitzuteilen und weitere Schritte zu besprechen. Nach den Erfahrungen mit der Euthanasie befürchtete Hitler Proteste der deutschen Öffentlichkeit – das für die Juden vorgesehene Gebiet war sehr unwirtlich – und verfügte deshalb strengste Geheimhaltung. Auf der Wannseekonferenz wurde dann die grundsätzliche Planung von Heydrich den Vertretern des Auswärtigen Amtes mitgeteilt, die ja bei der europaweiten Umsiedlung der Juden mithelfen mußten.

b) Die Maßnahmen. Die eben gebildete organisatorische Struktur Weißrutheniens wurde umgehend umgeworfen. Südliche Teile wurden dem Reichskommissariat Ukraine zugeschlagen, ein neuer, erheblich verkleinerter, auf die westliche Hälfte reduzierter Generalbezirk Weißruthenien gebildet, der Rest unter Militärverwaltung gestellt; die dort gerade gegründeten Gebietskommissa-

riate wurden aufgelöst. Unklar war nur, und das blieb so bis zum Ende des Krieges, ob die Juden im Ostteil von Weißruthenien auf Dauer verbleiben oder ob sie später noch in einem anderen Gebiet angesiedelt werden sollten. Rosenberg, der »sein« Ostland natürlich irgendwann »judenfrei« haben wollte, war für die Umsiedlung. Hitler wollte erst den Ausgang des Krieges abwarten und entschied sich für die Sprachregelung, daß die »eigentliche Endlösung« erst nach dem »Endsieg« durchzuführen sei.

Als erstes werden in Weißruthenien mit Hilfe der vorhandenen jüdischen Arbeitskräfte in den Städten Gettos und auf dem Lande Lager aus- und aufgebaut, um die Juden aufzunehmen. Nach diesen Vorbereitungsarbeiten für die sogenannte »West-Ost-Verschiebung« werden die Juden, bis auf wenige wichtige Handwerker, in die militärverwaltete Zone verbracht, um Platz zu schaffen für die Juden aus dem Generalgouvernement, aus Deutschland, die solange in den Zwischenlagern der zivilverwalteten Zone Weißrutheniens verbleiben, bis für sie Lager in der militärverwalteten Zone bereit stehen. So werden die Juden etappenweise im Ostteil Weißrutheniens konzentriert. Im Generalgouvernement wird Globocnik mit der Organisation der Umsiedlung der Juden beauftragt. Er errichtet an der Grenze zwischen dem Generalgouvernement und dem Osten drei Lager: Belzec, Sobibor und Treblinka. Die Juden werden regional gesammelt, dann in das eisenbahntechnisch am günstigsten gelegene Lager gebracht und von dort weiter nach Weißrußland transportiert. Für die Juden aus den anderen Teilen Europas wird Auschwitz als Zwischenlager vorgesehen, da Auschwitz an einem großen Eisenbahnknotenpunkt liegt und somit als Sammelpunkt der Juden aus dem restlichen Teil Europas bestens geeignet ist. Höß baut als eigentliches Zwischenlager Birkenau auf, von dem die Transporte nach dem Osten, von den restlichen Häftlingen in Auschwitz unbemerkt, abgehen können. Die Transporte der Juden aus den west- und südeuropäischen Ländern werden durch die dortigen Behörden mit Unterstützung der einheimischen Polizei und gegebenenfalls mit Hilfe der deutschen Truppen zusammengestellt. Eichmann organisiert den Transport der Juden nach Auschwitz und übergibt sie an Höß. Höß sucht sich

noch geeignete Arbeitskräfte für die dem KZ Auschwitz angeschlossenen Industriebetriebe aus, der Rest wird nach dem Zwischenlager Birkenau gebracht, und von dort geht es in Sonderzügen weiter nach Weißruthenien.

In Weißrußland wird zunächst die Bevölkerung propagandistisch auf die anzusiedelnden Juden und auf ihre Umsiedelung vorbereitet. Die Grundmuster der Argumentation lauten: Der Westteil von Weißruthenien sei die eigentliche Heimat der Weißruthenen, die Heimat der Väter, da hätten sie ethnographisch ihren Schwerpunkt. Generell müsse Weißruthenien neu geformt werden und im entstehenden nationalsozialistischen Europa die Aufgabe übernehmen, den Juden Raum zu geben.

Um zu verhindern, daß über die Judenansiedelungen Nachrichten nach Deutschland gelangen, werden in Weißruthenien nur wenige Zeitungen zugelassen, der Reiseverkehr wird auf ein Minimum beschränkt, und der Postverkehr für Private ist nicht erlaubt.

Schrittweise werden die Weißruthenen aus dem Ostteil des Landes nach Westen umgesiedelt. Sie finden zunächst Aufnahme in den vorhandenen Dörfern. An die Gründung neuer Ortschaften ist während des Krieges nur begrenzt zu denken. Das wird für die Zeit nach dem Krieg angekündigt. Einzelne Bauern aus dem Ostteil erhalten während des Krieges schon neue Höfe, um den anderen Hoffnung zu geben. An der Grenze zur militärverwalteten Zone werden Dörfer als Wehrdörfer ausgebaut mit der Aufgabe, die Grenze zwischen dem Ost- und dem Westteil zu bewachen, um zu verhindern, daß die Juden ihr Territorium verlassen.

Die Juden erhalten innerhalb ihres Gebietes eine beschränkte Selbstverwaltung unter deutscher Kontrolle. So bleibt die Gerichtsbarkeit für schwerwiegendere Fälle bei Deutschland.

c) Komplikationen. Die planmäßige Durchführung der Umsiedlung wird durch vielerlei Widerstände erschwert. So begann Rumänien seinerseits, rumänische Juden in die Sowjetunion abzuschieben, wodurch die Aussiedlung deutscher Juden behindert wurde. Auch Frank war bestrebt, die Juden aus dem Generalgouvernement möglichst rasch nach dem Osten umzusiedeln, schneller, als man im Generalbezirk Weißruthenien die ankommenden

Juden um- und ansiedeln konnte. Hier ergaben sich nämlich unvorhergesehene Schwierigkeiten: Unter den deutschen Juden, die nach Weißruthenien kamen, befanden sich viele weltkriegserfahrene Männer. Diese begannen mit dem Aufbau einer Partisanenbewegung, die sich auf viele der einheimischen Juden stützen konnte, die sich aus Angst vor den Deutschen noch in den Wäldern befanden. Dadurch wurde nicht nur die Versorgung der Front erschwert, sondern auch die Ansiedlung der ankommenden Juden. Verstärkt wurde die Partisanenbewegung noch durch kommunistische Spanienkämpfer, die aus den Lagern in Frankreich nach dem Osten abgeschoben wurden. Viele jüngere Juden aus allen europäischen Ländern schlossen sich der Partisanenbewegung an. Im Zuge der Umsiedlung der Weißruthenen aus ihrer angestammten Heimat in den Westteil erhielt die Partisanenbewegung weiteren Zulauf.

In Polen ergaben sich ganz andere Schwierigkeiten. Durch die Aussiedlung der Juden aus teils abgelegenen ländlichen Gebieten Polens wurden Seuchen nach Auschwitz und nach dem Osten eingeschleppt, gegen die zwar die Überträger immun waren, aber nicht die anderen Juden oder die SS-Mannschaften. Um diese Seuchen zu stoppen, wurden diese potentiellen Überträger in Birkenau ein halbes Jahr in Quarantäne gegeben. Der fortlaufende Transport der Warschauer Juden nach Treblinka und deren scheinbar spurloses Verschwinden von dort führte dazu, daß die umzusiedelnden Juden im Getto den Gerüchten über den Massenmord Glauben schenkten und so voller Verzweiflung den Aufstand des Warschauer Gettos begannen.

d) Der Abbruch der Endlösung. Nach der Niederlage der deutschen Truppen in Stalingrad begann die Front, sich langsam wieder nach Westen zurückzubewegen. Die sowjetischen Truppen schoben sich immer mehr an den Ostteil von Weißruthenien heran. Horthy, der sich bei Hitler direkt über die Lage der Juden im Osten erkundigt hatte, gab schließlich zögernd seine Einwilligung für die Deportation der ungarischen Juden. Mitten in diesem Umsiedlungsprozeß überrannten sowjetische Verbände mit ungeheurer Wucht und Schnelligkeit den Ostteil von Weißruthenien. Hor-

thy stoppte darauf den Transport der ungarischen Juden, da die Züge kein Ziel mehr hatten. Himmler, immer auf eine Wendung des Kriegsglücks hoffend, schloß sich nur zögernd an. Die in Auschwitz verbliebenen Juden, zum größten Teil arbeitsfähig, wurden daraufhin nach Deutschland gebracht.

B. Die sowjetische Seite

1. Der Zeitraum bis Juli 1944

Die ersten Nachrichten über die Ansiedlung der Juden durch Deutschland in Weißruthenien und die damit verbundene Umsiedlung der Weißruthenen lösten bei den weißrussischen Soldaten eine Welle des Antisemitismus aus. Vermutlich wurde das durch entsprechende Nachrichten von Stalin gefördert, der ziemlich rasch die Möglichkeiten gesehen haben dürfte, die sich einer skrupellosen Macht hier boten. Die sowjetische Führung versuchte, die in Weißrußland entstehende jüdische Partisanenbewegung zu kontrollieren, was ihr auch zum Teil gelang, da sie Waffen und Munition liefern konnte.

Das Problem war natürlich, was aus diesen Menschen nach dem Kriege werden sollte. Hitlers Antisemitismus hatte dem Wunsch der Juden nach einem eigenen Staat neuen Auftrieb gegeben, und es scheint, daß viele der angesiedelten Juden in Weißrußland, wo es eine alte jüdische Tradition gab, ihre Zukunft sahen, wenngleich natürlich nicht unter deutscher Kontrolle. Eine jüdische Republik im Verband der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken war denkbar, nur würde sich diese neue Unionsrepublik nicht so naht- und problemlos dem Schicksal der anderen russisch kontrollierten Sowjetrepubliken fügen, zumal sie auf bedeutende internationale Unterstützung zählen konnte. Stalin hat die Weichen – auf die totale Kontrolle der Juden – gestellt, da vor allem die westlichen Juden hochqualifiziert waren und somit ein enormes wirtschaftliches Potential darstellten. Als Zubrot ergab sich die Möglichkeit, Deutschland auf Jahrzehnte zu diskreditieren.

Der Angriff auf Weißruthenien wurde so geplant und vorbereitet, daß das Gebiet in wenigen Tagen überrollt werden konnte, so war sicher gestellt, daß kaum jemand Weißruthenien verlassen konnte. Prominente Mitwisser, wie der Schwede Wallenberg, wurden unter fadenscheinigen Vorwänden festgesetzt und verschwanden für immer. Da die Rote Armee als erstes Berlin erreichte und sichergestellt war, daß sie für etwa acht Wochen die Stadt allein kontrollierte, war es leicht, die einschlägigen Unterlagen, wie auch Personallisten über potentielle Mitwisser außerhalb Weißrutheniens, zu erbeuten. Die Tätigkeiten der Betreffenden bezogen sich auf die Sowjetunion, und so war es leicht, die Alliierten zu einer Auslieferung zu bewegen. Dort aber, wo sie in Polen tätig gewesen waren, wurden die befreundeten Polen tätig, so bei Gerstein und Höß.

2. Der Zeitraum von Juli 1944 bis 1947

Die befreiten Juden wurden zunächst vertröstet. Erst war natürlich der Krieg zu gewinnen, aber gleichzeitig begann Stalin, sich des jüdischen Potentials zu bedienen. Riesige Mittel, mehr als jemals zuvor, wurden umgehend in Weißrußland eingesetzt. Hunderte neuer Betriebe wurden gegründet, die Dörfer wiederaufgebaut oder neu gegründet, soweit das nicht schon unter der deutschen Besetzung geschehen war.

Vor allem bei den aus dem Westen kommenden Juden regte sich der Wunsch, dieses unwirtliche Gebiet zu verlassen. Sie wurden über Michoels bei Stalin vorstellig, er möge ihnen die verlassene Krim als neue Heimat zur Verfügung stellen. Stalin verzögerte die Entscheidung.

3. Das Jahr 1948

Ende 1947 fällt Stalin die endgültige Entscheidung: Die Juden und ihr Schicksal sind totzuschweigen. Als Auftakt läßt er Michoels in Minsk ermorden. Dann wartet er noch die Gründung des Staates Israel ab und nimmt sie als Anlaß, bei den Juden in Weiß-

rußland den Eindruck zu verstärken, daß der Rest der Welt kein Interesse an ihnen habe. Dann geht es Schlag auf Schlag:

Zahllose jüdische Einrichtungen werden aufgelöst, prominente Juden in der Sowjetunion aus ihren Stellungen verdrängt, jüdische Zeitungen verboten. Stalin trifft Vorbereitungen, um Juden in einflußreichen Positionen in den kommunistischen Parteien Ungarns, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und der Ostzone auszuschalten. Alle Möglichkeiten der Juden, über prominente kommunistische Juden Kontakte zum Westen aufzunehmen, sollen unterbunden werden.

Die Informationsmöglichkeiten der ausländischen Diplomaten werden drastisch beschnitten: zahllose Sperrgebiete entstehen, die sie nicht betreten dürfen.

Die Grenzen werden zu einem perfekten System ausgebaut, damit jede Flucht verhindert werden kann.

Die deutschen Kriegsgefangenen werden zunächst grob sortiert in Einheiten, die auf Grund ihres Einsatzortes etwas über die Juden in Weißruthenien wissen könnten, die sogenannten gesperrten Einheiten entstehen. Deren Mitglieder werden detaillierten Befragungen unterworfen, wer etwas wissen könnte, verschwindet in Sibirien. Die Spur von Hunderttausenden wird verwischt.

4. Der Zeitraum von 1949 bis 1953

Stalin verstärkt diese Anstrengungen, alle beschriebenen Maßnahmen werden fortgeführt und perfektioniert. So werden die geplanten Prozesse durchgeführt, der Antizionismus gefördert und vor allem die Assimilation der nicht in Weißrußland lebenden Juden. Sein Hauptziel ist es jedoch, die Juden endgültig in Sibirien verschwinden zu lassen. Dazu veranlaßt er den sogenannten Ärzte-Prozeß und ein entsprechendes Szenarium zur Verschickung der Juden. Stalins Tod verhindert die Ausführung.

5. Der Zeitraum ab 1953

Nach Stalins Abtreten geht der eingeleitete Prozeß stetig weiter. Die Wirtschaft Weißrutheniens wird weiter ausgebaut, der einsetzende Arbeitskräftemangel führt zu Umsiedlungen aus dem Westteil nach dem Ostteil. Die Orte werden weiter ausgebaut. Die belorussische KP gewinnt an Einfluß durch die Leistungen der einheimischen Industrie. Verstärkt werden aber auch der Überwachungsapparat und die Polizei. 1983 verfügt der Innenminister über 500000 Hilfspolizisten, um seine Überwachungs- und Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

Die UdSSR muß sich langsam für den Westen öffnen, der Tourismus kann nicht völlig unterbunden werden: dazu wird der Geheimdienstapparat geeignet erweitert. Spezielle Einrichtungen entstehen, um die Touristen völlig überwachen zu können. Die Sperrgebiete werden ausgeweitet.

Die Juden werden, soweit es sich um sowjetische Juden handelt, verstärkt zur Assimilation angehalten. Jüdische Kultur wird systematisch vernichtet, der Staat Israel zum »schlimmsten Staat« der Welt propagiert.

VII. Was ist zu tun?

Der nachdenkliche Leser wird fragen, was man tun soll. Da es sich bei meinen Ausführungen um einen Indizienbeweis handelt, so kann er durch weitere Indizien erhärtet werden. Am besten wäre es natürlich, wenn sich die einschlägigen Akten fänden und wenn man Zugang zu den entsprechenden Gebieten hätte!

Und Gorbatschow? So wird mancher fragen, der nicht glauben kann, daß er – und das muß man unterstellen – diese Ungeheuerlichkeiten deckt, wo sich mit seinem Namen soviel Hoffnung für viele verbindet. Es gäbe zwei einfache Maßnahmen, die Gorbatschow veranlassen könnte, um meine Argumentation zu widerlegen. Maßnahmen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten und von denen eine von einem glaubwürdigen Gorbatschow schon lange angeordnet sein sollte, da sie doch den Kern von Glasnost trifft: die Herstellung der Bewegungsfreiheit in der Sowjetunion. Im einzelnen:

Aufhebung der Sperrgebiete in der Sowjetunion für die Diplomaten.

Reisefreiheit für Touristen und vor allem Journalisten; man bedenke, daß alle Berichte über die Unruhen in der Sowjetunion aus sowjetischen Quellen stammen. Warum können westliche Journalisten darüber nicht unmittelbar berichten? Weshalb können Besucher in der Sowjetunion sich nicht genauso frei bewegen wie in anderen sozialistischen Ländern? Wäre das nicht Glasnost?

Sehr hilfreich und überzeugend wäre es, wenn die Sowjetunion alle deutschen Akten und Unterlagen über Weißruthenien an Deutschland zurückgeben oder zumindest der internationalen Öffentlichkeit zugänglich machen würde. Warum sollte sie das 45 Jahre nach dem Krieg nicht tun?

Was die Bundesregierung betrifft: Wäre es unbillig, wenn sie solche Forderungen erhebt? Gorbatschow verdient doch so viel Vertrauen! Wird sie etwas tun? Ich befürchte, man hat Angst, Gorbatschow könnte das »Vertrauen« nicht verdienen, und wird deshalb das tun, was man in solchen Fällen immer tut: nichts!

Am sinnvollsten, weil noch am realistischsten, würde es mir aber erscheinen, wenn die Regierungen des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland eine unabhängige Kommission einsetzten, um die hier aufgestellten Behauptungen zu überprüfen!

Aber ich vermute, daß keiner der erwähnten Schritte geschehen wird. Was kann der Leser aber dennoch tun? Interessant wären weitere Fakten über den Themenkomplex, und da gibt es viele Bereiche, wo noch weitere Informationen so oder so hilfreich sein könnten. Beispiele:

A. Informationen aus der Zeit 1941 bis 1944

- Karten, vor allem Heereskarten, nicht nur 1:300000, sondern auch genauere, nicht nur deutsche, sondern auch sowjetische Originalkarten.
- Welche Einheiten waren in Weißruthenien, vor allem im Ostteil stationiert? Wie war ihr Schicksal, wer kann heute noch berichten?
- Bedeutsam sind auch Tagebücher, Briefe, sonstige Überlieferungen von Menschen, die in diesem Großraum waren.
- Zeitungen, Zeitschriften generell aus diesem Raum, egal ob deutsch- oder fremdsprachig. Beispielsweise kenne ich auch von den zitierten Zeitungen, wie *Deutsche Zeitung im Ostland* oder von der *Minsker Zeitung* nicht alle, von der *Baranowitscher Zeitung* gar keine Exemplare.
- Von Bedeutung sind aber auch Informationen über das Eisenbahnwesen, die Gründe für Transportsperren, so beispielsweise über die Sperre um 1942/43.

B. Informationen aus der Sowjetunion nach 1944

Woher haben westdeutsche Verlage die Bevölkerungsverteilungskarten in den hier erschienenen Atlanten über die Sowjetunion?
Es gibt durchaus zugängliche Literatur über Weißrußland, die nach 1945 in der Sowjetunion erschienen ist. Wer beherrscht die Sprachen und kann sie durcharbeiten? Wer hat Zugang zu Presseerzeugnissen aus Weißrußland?
Wer hat Karten über das heutige Weißrußland? Wer hat das Land bereist und einschlägige Erfahrungen?
Welche Fragen stellten die sowjetischen Vernehmer, um deutsche Kriegsgefangene von »Gesperrten Einheiten« auszusondern?

VIII. Anmerkungen

A. Anmerkungen zu: Die These

1 z.B. Steffen Werner : *Kybernetik statt Marx? Politische Ökonomie und marxistische Philosophie in der DDR unter dem Einfluß der elektronischen Datenverarbeitung.* Stuttgart 1977.
2 Leider kann ich das Buch nicht angeben, da ich es in der Reutlinger Stadtbücherei nicht mehr finden kann. Letztlich ist der Titel für meine Arbeit belanglos. Der zitierte Zwischentitel wurde aus der Erinnerung wiedergegeben.
3 Hier gilt das bei der vorigen Fußnote Gesagte.
4 Georges Wellers:»Die Zahl der Opfer der ›Endlösung‹ und der Koherr–Bericht«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B30/78 vom 29. Juli 1978, S. 22f.
5 ebda, S. 36.

B. Anmerkungen zu: Die Entdeckung

6 Werner Jochmann (Hrsg.), *Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims.* Hamburg 1980.
7 Dr. Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier.* Stuttgart 1977.
8 Werner Jochmann . . ., aaO., S. 44.
9 Neben diesem Zitat gibt es noch mehrere andere mit ähnlichem Bezug. Darauf wird ausführlich im nächsten Kapitel eingegangen.
10 Werner Jochmann . . ., aaO., S. 55.
11 *Dierke Weltatlas*, Braunschweig 1969, 149. Auflage, S. 83. Der Ausschnitt wurde vergrößert und neu gezeichnet.

12 ebda, S. 78f. und S. 80f.
13 *Dierke Weltatlas Braunschweig* 1950. 83. Auflage, S. 74. Der Ausschnitt wurde vergrößert und neu gezeichnet.
14 Gerhard Greiner: *Das Bundesarchiv und seine Bestände*. 3.erg. und neubearbeitete Auflage. Boppard am Rhein 1977, S. 156.
15 *Deutsche Heereskarte 1:300000* von 1941, herausgegeben vom OKH/Generalstab des Herres. Dieses Kartenwerk wurde laufend aktualisiert, es erschienen einzelne Nachträge.
16 *Deutsche Heereskarte 1:300000*, Sonderausgabe 1942, überarbeitet II.1943. Zusammendruck Wilna–Dawidgrodek T55/U55, herausgegeben vom OKH/Generalstab des Heeres. Es handelt sich um dieselbe Ausgabe wie vor, nur wurden sechs Einzelblätter zu einer Karte zusammengefaßt. Quelle: Hauptstaatsarchiv Stuttgart M640-T55/U53. Alle Rechte vorbehalten.
17 *Deutsche Heereskarte 1:300000* von 1941, Blatt Minsk U54, Nachtrag VIII.1943, herausgegeben vom OKH/Generalstab des Heeres.

C. Anmerkungen zu: Fakten I

18 Vgl. Steffen Werner, *Zu einer neuen Theorie des Totalitarismus*. Pfullingen 1984, S. 39f.
19 Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*. Stuttgart 1977, S. 106f. Zitiert als Picker.
20 Hierfür gibt es viele Belege, vgl. z. B. ebda, S. 81ff., S. 113ff.
21 ebda, S. 78f.
22 Adolf Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims herausgegeben von Werner Jochmann. Hamburg 1980, S. 55. Zitiert als Heims. Picker bringt dasselbe Gespräch, datiert es aber auf den Zeitraum September. Da das Gespräch von Heims aufgezeichnet wurde, folge ich seiner Datierung.
23 ebda, S. 90.
24 ebda.
25 ebda, S. 106.
26 ebda, S. 143.
27 ebda, S. 195.

28 ebda, S. 228f.
29 ebda, S. 249.
30 Picker, aaO., S. 187.
31 ebda, S. 305f.
32 ebda, S. 340.
33 ebda, S. 456.
34 Peter-Heinz Seraphim, *Bevölkerungspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage*. München 1943, S. 5.
35 Vgl. *Deutsche Zeitung im Ostland* vom 11.5.1943, »Der Zionismus – eine Weltgefahr«.
36 Peter-Heinz Seraphim, aaO., S. 13.
37 ebda, S. 13f.
38 ebda, S. 20.
39 ebda, S. 21.
40 ebda, S. 21f.
41 ebda, S. 22f.
42 ebda, S. 24.
43 ebda, S. 24f.
44 ebda, S. 26.
45 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*. Nürnberg 1947. Im weiteren wird diese Ausgabe mit *IMT* bezeichnet. Vgl. Bd.XXVI, 1017–PS, S. 547ff.
46 ebda, S. 549f.
47 *IMT*, Bd. XXVI, 1024–PS, S. 561.
48 *IMT*, Bd. XXVI, 1029–PS, S. 573ff.
49 ebda, S. 574.
50 ebda, S. 574ff.
51 *IMT*, Bd. XXVI, 1058–PS, S. 618.
52 ebda, S. 623.
53 *IMT*, Bd. XXVI, 710–PS, S.267.
54 Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Hauptabteilung I, Raumplanung, *Der Generalbezirk Weißruthenien*. Entwurf. Abgeschlossen am 20. Dezember 1941. Vgl. Vorwort.
55 ebda, S. 5.
56 *IMT*, Bd. XXVII, 1138–PS,S. 19.
57 ebda, S. 19.
58 ebda, S. 24f.

59 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden.* Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982, S. 255.
60 *Faschismus–Getto–Massenmord.* Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges. Herausgegeben vom Jüdischen Historischen Institut in Warschau. Ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Berenstein, Artur Eisenbach, Bernhard Mark und Adam Rutkowski. Frankfurt am Main o.J., S. 250ff.
61 Hermann Langbein, ... *wir haben es getan.* Selbstporträts in Tagebüchern und Briefen 1939–1945. Wien 1964, S. 42ff.
62 ebda, S. 46.
63 Leon Poliakov, Joseph Wulf, *Das Dritte Reich und seine Diener.* Frankfurt am Main–Berlin–Wien 1983, S. 120.
64 *Faschismus–Getto–Massenmord*, aaO., S. 252.
65 *IMT*, Bd. XXIX, 2233–PS, S.494.
66 Heims aaO., S. 106.
67 Max Domarus, *Hitler.* Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II. Würzburg 1963, S. 1782.
68 *IMT*, Bd. XXIX, 2233–PS, S. 502f.
69 Der Reichsminister..., aaO., Vorwort.
70 Werner Essen, »Das Reichskommissariat Ostland«, in *Ostland*, Nr. 8, S. 3ff.
71 *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 14. März 1942.
72 *IMT*, Bd. XXV, 212–PS, S. 302ff.
73 ebda, S. 302.
74 ebda, S. 304.
75 ebda, S. 305.
76 ebda, S. 305f.
77 *Holocaust.* Materialien zu einer amerikanischen Fernsehserie über die Judenverfolgung im ›Dritten Reich‹. Erarbeitet und zusammengestellt von Wilhelm van Kampen. Sonderausgabe der Landeszentrale für politische Bildung Baden–Württemberg. 1978, S. 35f.
78 ebda, S. 36.
79 ebda, S. 37.
80 ebda, S. 39.
81 Heims, aaO., S. 241.
82 Leon Poliakov, Joseph Wulf, aaO., S. 142.

83 ebda.
84 *Goebbels Tagebücher*. Aus den Jahren 1942–1943 mit anderen Dokumenten. Herausgegeben von Louis P. Lochner. Zürich 1948, S. 114.
85 Leon Poliakov, Joseph Wulf, aaO., S. 121.
86 *Goebbels Tagebücher*, aaO., S. 142f.
87 ebda, S. 167.
88 ebda, S. 167f.
89 *IMT*, Bd. XXXIV, 344–EC, S. 331f.
90 ebda, S. 348.
91 ebda, S. 350f.
92 Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler*. Wien 1973. Ich bin mir der Problematik des Rückgriffes auf Rauschning bewußt. Rauschning hat jedoch unzweifelhaft Gespräche mit Hitler geführt. Ich halte es für sicher, daß es einen echten Gesprächskern gibt. Zu diesem Kern zähle ich die zitierte Passage. Sie erscheint mir, vor allem im größeren Umfeld, als so typisch für Hitler, daß ich auf sie verweise.
93 ebda, S. 129.
94 Eugen von Engelhardt, *Weißruthenien*. Volk und Land. Amsterdam– Prag–Wien 1943, S. 220ff.
95 *IMT*, Bd. XXVI, 1017–PS, S. 549f.
96 Der Reichsminister . . ., aaO., S. 5.
97 ebda, Vorwort.
98 *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 14. Februar 1942.
99 Werner Essen, »Das Reichskommissariat Ostland. Raum, Lage und Verwaltungseinteilung an Hand einer Verwaltungskarte«, in *Ostland*, Nr. 8 1944, S.3ff.
100 ebda, S. 7.
101 Vgl. z.B. für die sowjetische administrative Einteilung Eugen von Engelhardt, aaO., S. 278ff.
102 *Militärgeographische Angaben über das europäische Rußland*. Weißrußland. Textheft. Hrsg. vom Generalstab des Heeres, Abteilung für Kriegskarten und Vermessungswesen (VI. Mil. Geo.). Berlin 1941, S. 47 und Skizze 11.
103 ebda, S. 49ff.
104 Reichsamt für Wetterdienst (Luftwaffe), *Klima des Ostlandes*. Zugleich Nachtrag zu : Reichskommissar für das Ostland, *Struk-*

turbericht über das Ostland, Teil 1 »Ostland in Zahlen. Teil I. Text. Berlin–Riga 1944, S. 40.

105 Karl Behrend, »Weißrutheniens Weg«, in *Ostland*, Nr. 5 1942, S. 11.

106 ebda, S. 12.

107 H. Kurtz, »Weißrutheniens Weg zur Freiheit«, in *Die Aktion*, 5.Jg. Januar 1944, S. 71.

108 ebda, S. 72.

109 »Neuformung für Weißruthenien«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 21. Februar 1942.

110 »Weissruthenien erfüllt seine Pflicht«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 21. Oktober 1942.

111 ebda.

112 »Neuformung...«, aaO.

113 »Weissruthenien erfüllt...«, aaO.

114 »Eigener kraftvoller Bauernstand«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 30. Dezember 1942.

115 *Official standard Names approved by the United States board on geographic names. U.S.S.R.* Volume I A–B, S. 615.

116 ebda, S. 613.

117 »Einzelhöfe an neun Weissruthenen«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 14. Januar 1942.

118 »Einzelhöfe...«, aaO.

119 *Die Ostkartei. Grundriß des Neuaufbaus im Osten.* Herausgegeben von Dr. Hans Hohenstein. Berlin 1943. Sie erscheint in Einzelheften. Im weiteren zitiert als *Ostkartei.*

120 *Ostkartei*, Heft 4., Nr. 1, S. 1.

121 ebda, Heft 4., Nr. 3, S. 1. Nur dieser erwähnte Teil ist nicht mehr erschienen.

122 ebda, Heft 4., Nr. 18, S. 1ff.

123 »Die Völker des Ostlandes erhalten die Selbstverwaltung«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 19. März 1942.

124 Hermann Schultz *Deutsche Dienstpost 1939–1945*. Düsseldorf 1953, S. 9.

125 ebda z.B., S. 221, und ebda, S. 306f.

126 ebda, S. 330ff.

127 »6000 Poststellen«, in *Deutsche Zeitung im Ostland* (Riga) vom 13. Juni 1942.

128 ebda.
129 Hermann Schultz, aaO., S. 294.
130 Für die Daten vgl. *Ostkartei* Heft 4, Nr. 19; Heft 5, Nr. 19; Heft 4, Nr. 1.
131 *Ostkartei* Heft 4, Nr. 19, S. 7.
132 *Ostkartei* Heft 5, Nr. 19, S. 4.
133 ebda, S. 6.
134 Hans Pottgiesser, *Die Deutsche Reichsbahn im Ostfeldzug 1939–1944*. Neckargemünd 1960, S. 56.
135 »Reisegenehmigungen im Ostland«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 14. März 1943.
136 Runte, »Landeseigene Ostland-Verwaltungen«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 19. März 1942.
137 »Wehrdörfer im Osten«, in *Die Aktion*. Jg. 5, April–Mai 1943, S. 174f.
138 ebda, S. 174.
139 ebda, S. 175f.
140 *Official*..., aaO., Volume III, K., S. 295.
141 *Deutsche Heereskarte 1:300000*, Blatt U54 Ausgabe VIII.43.
142 »Wehrdörfer...«, aaO., S. 175.
143 Peter-Heinz Seraphim..., aaO., S. 24.
144 ebda, S. 23.
145 Werner Essen..., aaO., S. 7.
146 ebda, vgl. Karte.
147 *Militärgeographische Angaben*..., aaO., S. 22 oder auch *Generalbezirk Weißruthenien*, aaO., S. 9.
148 ebda.
149 Peter-Heinz Seraphim..., aaO., S. 22.
150 ebda, S. 19f.
151 *Holocaust*..., aaO., S. 37.
152 W.Pischel,»Die Generaldirektion der Ostbahn in Krakau 1939 bis 1945«, in *Archiv für Eisenbahnwesen*. 74. Jg. 1964, S. 30.
153 Hans Pottgiesser, aaO., S. 26 und S. 36.
154 ebda, S. 138. Ab 1. Dezember 1942 wurden die HBD in RVD (Reichsverkehrsdirektionen) umgewandelt. Ihre Kompetenzen wurden dadurch wohl nicht eingeschränkt.
155 »Die Generaldirektion...«, aaO., S. 49.
156 Hans Pottgiesser, aaO., S. 48.

157 ebda, S. 69.

158 »Die Generaldirektion...«, aaO., S. 30. Man beachte die Lage von Auschwitz bezüglich Krakau–Tarnow und Tschenstochau.

159 Vgl. z. B. Eugen Kreidler, *Die Eisenbahnen im Machtbereich der Achsenmächte während des Zweiten Weltkrieges*. Göttingen 1975. Karte 11.

160 Vgl. zur Lage Martin Gilbert, *Endlösung*. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 133. Im weiteren als *Gilbert, Atlas* zitiert.

161 Ino Arndt/Wolfgang Scheffler, »Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern«, in *aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19/76., 8. Mai 1976, S. 14.

162 Gilbert, *Atlas*, S. 136.

163 *Faschismus–Getto–Massenmord*..., aaO., S. 269f.

164 Rudolf Höß, *Kommandant in Auschwitz*. Autobiographische Aufzeichnungen. Herausgegeben von Martin Broszat. München 1978, S. 110.

165 Martin Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*. München 1982, S. 274.

166 *Auschwitz. Zeugnisse und Berichte*. Herausgegeben von H.G. Adler, Hermann Langbein, Ella Lingen-Reiner. Köln-Frankfurt am Main. Zweite überarbeitete Auflage 1979, S. 121.

167 Alle Angaben sind entnommen: Heiner Lichtenstein, *Mit der Reichsbahn in den Tod*. Massentransporte in den Holocaust 1941 bis 1945. Köln 1985, S. 70–74.

168 *Juden und ihre Heimat Buttenhausen*. Herausgegeben von der Stadt Münsingen. Bearbeitet von Günter Randecker. Münsingen 1987, S. 107ff.

169 Vgl. *Deutsche Heereskarte 1:300000*, Blatt U54 Ausgabe VIII.43.

170 *IMT*, Bd. XXXII, 3428–PS, S. 282.

171 Wladyslaw Bartoszewski, *Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war*. Zeugenberichte eines Christen. Frankfurt am Main 1986, S. 32f.

172 Heiner Lichtenstein, aaO., S. 67.

173 *IMT*, Bd. XXVII, 1472–PS, S. 251ff.

174 Raul Hilberg, aaO., S. 345.

175 Hans Pottgiesser, aaO., S. 35.

176 ebda, S. 35f.

177 Wladyslaw Bartoszewski, aaO., S. 33f.
178 ebda, S. 41.
179 ebda, S. 45.
180 Jochen von Lang, *Das Eichmann–Protokoll.* Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre. Berlin 1982. Anhang.
181 ebda, S. 120.
182 Lucy S. Dawidowicz, *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945.* München 1979, S. 321.
183 Gilbert, *Atlas.*
184 ebda, Karte 224.
185 ebda, Karte 99.
186 Der Reichsminister..., aaO., S. 9.
187 Anton Kloß, »Grossrazzia in Minsk«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 26. Mai 1943.
188 Jochen von Lang, aaO., Anhang.
189 E. Frötschner, »Aufbau im Ostland«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 2. September 1941.
190 Carl W. Gilfert, »Ein Ordensjunker als Stadtkommissar«, in *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 12. Dezember 1941.
191 *IMT*, Bd. XXXVI, O18–L, S. 393.
192 Raul Hilberg, aaO., S. 275.
193 *Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse.* Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno. Herausgegeben von Adalbert Rückerl. München 1978, S. 141.
194 *Faschismus–Getto–Massenmord*, aaO., S. 270.
195 ebda, S. 271.
196 *Wir haben es gesehen.* Augenzeugenberichte über die Judenverfolgung im Dritten Reich. Redigiert und herausgegeben von Gerhard Schoenberner. Dreiech 1981, S. 134.
197 *IMT*, Bd. XXXIV, 4024–PS, S. 64.
198 ebda, S. 66.
199 ebda, S. 64.
200 ebda, S. 72.
201 Leon Poliakov, Joseph Wulf, aaO., S. 132.
202 H.G. Adler, *Die verheimlichte Wahrheit.* Theresienstädter Dokumente. Tübingen 1958, S. 9.
203 Raul Hilberg, aaO., S. 252.
204 *IMT*, Bd. XXXVIII, 135–R, S. 371.

205 ebda, S. 373.
206 *IMT*, Bd. XXXII, 3943–PS,S. 569f.
207 Leon Poliakov, Josef Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*. Dokumente und Aufsätze. Berlin-Grunewald 1955, S. 330. Im weiteren als *Poliakov/Wulf, Juden* zitiert.
208 *IMT*, Bd. XLII, PL–45, S. 329.
209 ebda, S. 320.
210 Heinrich Himmler, *Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen*. Herausgeben von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson. Frankfurt am Main–Berlin–Wien 1974, S. 200.
211 Max Domarus, aaO., S. 2005.
212 Jochen von Lang, aaO., Anhang.
213 ebda.
214 Poliakov/Wulf, *Juden*, aaO., S. 241.
215 *Deutsche Zeitung im Ostland (Riga)* vom 11. Mai 1943.
216 Jochen von Lang, aaO., Anhang.
217 Heinrich Himmler..., aaO., S. 201.
218 Hans Pottgiesser, aaO., S. 86.
219 ebda, S. 91.
220 *In den Wäldern Belorußlands*. Erinnerungen sowjetischer Partisanen und deutscher Antifaschisten. Verantwortlich für die deutsche Ausgabe : Heinz Kühnrich, Karlheinz Pech (Leiter), Dora Schaul. Berlin-Ost 1976.
221 ebda, S. 9.
222 ebda.
223 Sibylle Hinze, *Antifaschisten im Camp Le Vernet*. Berlin-Ost 1988, S. 257f.
224 Carola Stern, *Die SED*. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparats. Köln 1954, S. 13.
225 *SBZ–Biographie*. Ein biographisches Nachschlagewerk über die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, hrsgg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn–Berlin 1964, 3. Auflage, S. 20.
226 *IMT* Bd. XXXI, 3000–PS, S. 463.
227 Alfred Philippi, Ferdinand Heim, *Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 bis 1945*. Stuttgart 1962. Skizze 23.
228 Hermann Gackenholz, »Zum Zusammenbruch der Heeres-

gruppe Mitte im Sommer 1944«, in *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3.Jg. 1955, S. 321.
229 ebda, S. 323.
230 ebda, S. 320.
231 ebda, S. 321.
232 ebda, S. 323.
233 ebda, S. 332.
234 ebda, S. 220.
235 Alfred Philippi, Ferdinand Heim, aaO., S. 248.
236 ebda, S. 249.
237 Hermann Gackenholz, aaO., S. 331.
238 ebda, S. 328.
239 Alfred Philippi, Ferdinand Heim, aaO., Skizze 26.
240 Hermann Gackenholz, aaO., S. 317.
241 ebda, S. 323ff.
242 Jochen von Lang, aaO., S. 197.
243 Martin Gilbert, *Auschwitz...*, aaO., S. 337.
244 Andres Biss, *Der Stopp der Endlösung*. Kampf gegen Himmler und Eichmann in Budapest. Stuttgart 1966, S. 350.
245 Jochen von Lang, aaO., S. 197.
246 Andreas Biss, aaO., S. 351.
247 ebda.
248 Jochen von Lang, aaO., S. 197.
249 Gilbert, *Atlas*, aaO., Karte 222.
250 ebda, Karte 271.
251 ebda, Karte 276.
252 ebda, S. 217.
253 Alfred Philippi, Ferdinand Heim, aaO., Skizze 26.
254 Dr. Goebbels, »Das Jahr 2000«, in *Das Reich* vom 25. Februar 1945, Nr. 8.
255 Georg von Rauch, aaO., S. 449.
256 ebda, S. 592.

D. Anmerkungen zu : Fakten II

257 Hardmann/Wippermann, *24 Zeugen*. Dokumente des Terrors. Sacharow-Hearing Kopenhagen. Würzburg o.J., S. 162.

258 ebda, S. 162f.
259 Martin Gilbert, *Endlösung*. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 217. Im weiteren als *Gilbert, Atlas* zitiert.
260 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*. Nürnberg 1947. Bd. XXXIX, 008–USSR, S. 241.
261 ebda, S. 242.
262 ebda, S. 241.
263 ebda, S. 242.
264 ebda, S. 251.
265 Jochen von Lang, *Das Eichmann-Protokoll*. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre. Berlin 1982, S. 273.
266 Hardmann/Wippermann ..., aaO., S. 163.
267 Saul Friedländer, *Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten*. Gütersloh 1968, S. 7.
268 ebda, S. 8f.
269 Rudolf Höß, *Kommandant in Auschwitz*. Autobiographische Aufzeichnungen. Herausgegeben von Martin Broszat. München 1978, S. 7f.
270 ebda, S. 9.
271 ebda, S. 11.
272 Arno Schulz, *Berlin im Würgegriff*. Berlin-Grunewald 1953, S. 489.
273 ebda, S. 491.
274 *Goebbels Tagebücher*. Aus den Jahren 1942–43 mit anderen Dokumenten. Hrsg. von Louis P. Lochner. Zürich 1948, S. 7.
275 ebda.
276 ebda, S. 87f, insbesondere Fußnote auf S. 88.
277 Karl Ploetz, *Hauptdaten der Weltgeschichte*. 27. Aufl., Bielefeld 1951. S. 235.
278 *Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*. Handbuch. Hrsg. N. Steinberger und H. Göschel. Düsseldorf 1971, S. 694.
279 Ronald Hingley, *Die russische Geheimpolizei 1565–1970*. Bayreuth 1972, S. 280f.
280 Leon Poliakov, Josef Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*. Dokumente und Aufsätze. Berlin-Grunewald 1955, S. 416. Im weiteren als *Poliakov/Wulf, Juden* zitiert.

281 »Wallenberg lebt unter anderen Namen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Januar 1987, S. 3.
282 *Poliakov/ Wulf, Juden*, aaO., S. 419.
283 »Wallenberg lebt...«, aaO.
284 »Sie haben im Osten zuviel gesehen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 1985.
285 Michael Heller, Alexander Nekrich, *Geschichte der Sowjetunion*, Bd. 2 *1940–1980*. Königstein im Taunus 1982, S. 187.
286 ebda.
287 Ronald Hingley, aaO., S. 294.
288 »Aerzte, Juden, Intellektuelle und Spione«, in *Osteuropa* 1953, S. 102.
289 Michael Heller, aaO., S. 187.
290 ebda.
291 Ronald Hingley, aaO., S. 294.
292 Hardmann/Wippmann, aaO., S. 162.
293 *Meyers Neues Lexikon*. Leipzig 1962. Bd. 4, S. 459.
294 Vgl. »Aerzte, Juden...«, aaO., S. 102.
295 Vgl. Notiz in *Osteuropa* 1952, S. 119f.
296 Kurt W. Böhme, *Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand*. München 1966, S. 319.
297 L. Lesny, »Der Slansky-Prozess«, in *Osteuropa* 1953, S. 11.
298 ebda, S. 1.
299 ebda, S. 3.
300 ebda, S. 4.
301 ebda, S. 5.
302 ebda.
303 ebda, S. 9.
304 Jens Hacker, *Der Ostblock*. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980. Baden-Baden 1983, S. 420f.
305 Francois Fejtö, *Die Geschichte der Volksdemokratien* Bd. I. Die Ära Stalin 1945–1953. Graz–Köln–Wien 1972, S. 298.
306 Zbigniew K. Brzezinski, *Der Sowjetblock*. Einheit und Konflikt. Köln–Berlin 1962. S, 190.
307 »Ärzte, Juden...«, aaO., S. 101, und Michael Heller, aaO., S. 188.
308 »Ärzte, Juden...«, aaO., S. 102.
309 Michael Heller, aaO., S. 188.

310 ebda, S. 188f.
311 ebda, S. 191.
312 Felix Philipp Ingold, *Assimilation oder Rückverbindung?* Jüdisches Selbstverständnis in der UdSSR, in *Osteuropa*, 1975, S. 857.
313 ebda.
314 ebda, S. 859.
315 ebda, S. 857.
316 ebda, S. 858.
317 Rolf W. Schloss, *Laß mein Volk ziehen*. Die russischen Juden zwischen Sowjetstern und Davidstern. Eine Dokumentation. München 1971, S. 16.
318 ebda, S. 17.
319 ebda, S. 18f.
320 ebda, S. 19.
321 ebda.
322 Felix Philipp Ingold, aaO., S. 18.
323 Hardmann/Wippermann, aaO., S. 166.
324 »Ärzte, Juden...«, aaO., S. 106.
325 Rolf W. Scholz, aaO., S. 185.
326 John Barron, *KGB*. Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West. Bern und München 1974, S. 113.
327 ebda, nach S. 97.
328 ebda, S. 115.
329 Hardmann/Wippermann, aaO., S. 167 und S. 163.
330 Felix Philipp Ingold, aaO., S. 863.
331 Jochen von Lang ..., aaO., S. 273.
332 Rolf W. Schloss, aaO., S. 25.
333 ebda, S. 28.
334 ebda, S. 28f.
335 ebda, S. 33.
336 ebda.
337 ebda, S. 33f.
338 ebda, S. 39.
339 ebda, S. 40f.
340 ebda, S. 29.
341 ebda, S. 32.

342 Galina V. Selegen, »Einige weitere Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung von 1959«, in *Osteuropa* 1960, S. 488.
343 *Die Union...*, aaO., S. 39.
344 *Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion.* Das Wirtschaftssystem. Herausgegeben von Werner Markert. Köln–Graz 1965, S. 117.
345 Roy Medwedjew, *Sowjetbürger in Opposition.* Plädoyer für eine sozialistische Demokratie. Hamburg–Düsseldorf 1973, S. 211.
346 »Agrarproduktion und Neulanderträge der UdSSR in Zahlen«, in *Osteuropa* 1960, S. 417. Dort werden noch weitere Verfälschungen gebracht.
347 Hermann Schubnell, »Bevölkerungsprobleme in der Sowjetunion«, in *Osteuropa* 1957, S. 156.
348 *Grosse Sowjet-Enzyklopädie.* Reihe Länder der Erde Bd.18 Belorussische SSR. Berlin 1955, S. 28.
349 *Die Union...*, aaO., S. 691.
350 Eugen von Engelhardt, *Weißruthenien.* Volk und Land. Berlin 1943, S. 277.
351 *Die Union...*, aaO., S. 690.
352 Eugen von Engelhardt, aaO., S. 235.
353 ebda, S. 236 und S. 279.
354 *Grosse Sowjet-Enzyklopädie...*, aaO., S. 28.
355 *Die Union...*, aaO., S. 691.
356 Hermann Schubnell, aaO., S. 157.
357 Laszlo Revesz, *Volk aus 100 Nationalitäten.* Die sowjetische Minderheitenfrage. Bern 1979, S. 209.
358 Laszlo Reversz, aaO., S. 209.
359 Hermann Schubnell, aaO., S. 157.
360 Galina V. Selengen, »Die Bevölkerung der UdSSR nach den letzten Zählungsergebnissen«, in *Osteuropa* 1959, S. 715.
361 ebda, S. 716.
362 Galina V. Selegen, aaO., S. 488.
363 Georges Wellers, »Die Zahl der Opfer der ›Endlösung‹ und der Koherr-Bericht«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B30/78 vom 29. Juli 1978, S. 30. Dabei ist Wellers offenbar ein Mißgeschick passiert, er spricht von den baltischen Staaten, zählt aber statt Estland das Memelgebiet auf. Dies wurde hier modifiziert.
364 Eigentlich wäre der Teilbereich Bialystok, der 1945 wieder zu Polen kam, abzurechnen. Da es sich hier aber letztlich nur um

Überschlagsrechnungen handelt, sei auf eine Korrektur verzichtet.

365 ebda. Die Rechenverfahren von Wellers sind anfechtbar, da der Fehler aber relativ klein ist und hier nur Überschlagsrechnungen angestellt werden, wird das Verfahren benutzt.

366 ebda, S. 31ff. Wellers setzt pro Jahr einen Zuwachs von einem Prozent voraus und läßt für seine Berechnungen die Kriegsjahre 1942–1945 weg.

367 *Die Sowjetunion Zahlen – Fakten – Daten*. Herausgegeben von Borys Lewytzkyj. München–New York–London–Paris 1979, S. 51.

368 Dieter Jahn, »Nationalitäten und Nationalitätenpolitik im Spiegel sowjetischer Volkszählungen«, in *Osteuropa* 1970, S. 314.

369 Frank Golczewski, »Die jüdische autonome Provinz in Sowjet-Fernost«, in *Osteuropa* 1972, S. 204f.

370 Rolf W. Schloss, aaO., S. 14.

371 Hardmann/Wippermann, aaO., S. 167.

372 Rolf W. Schloss, aaO., S. 45.

373 ebda, S. 29.

374 Dieter Jahn, aaO., S. 325.

375 Georges Wellers, aaO., S. 27.

376 *Die Union der* . . ., aaO.

377 ebda, S. 738.

378 ebda, S. 736.

379 ebda, S. 746.

380 ebda, S. 742.

381 ebda, S. 771.

382 ebda, S. 755.

383 ebda, S. 821.

384 ebda, S. 820.

385 ebda, S. 694.

386 ebda, S. 690.

387 Valdis Redelis, *Partisanenkrieg*. Heidelberg 1958, S. 41.

388 ebda, S. 47.

389 ebda, S. 68.

390 ebda, Karte 2.

391 *In den Wäldern Belorußlands*. Erinnerungen sowjetischer Partisanen und deutscher Antifaschisten. Verantwortlich für die deut-

sche Ausgabe: Heinz Kühnrich, Karlheinz Pech(Leiter), Dora Schaul. Berlin-Ost 1976, S. 7f.
392 Kurt W. Böhme, aaO., S. 156.
393 ebda.
394 ebda, S. 319.
395 ebda, S. 320ff.
396 ebda, S. 319.
397 Gilbert, *Atlas*, aaO., S. 78.
398 Kurt W. Böhme, aaO., S. 138.
399 ebda, S. 149 und Graphik 11.
400 ebda, S. 133.
401 ebda, S. 155.
402 »Immer noch 400000 Deutsche in der Sowjetunion vermißt«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 1988.
403 Josef Martin Bauer, *So weit die Füße tragen*. Stuttgart o.J., S. 13.
404 Hardmann/Wippermann, aaO., S. 26.
405 »Der neue Paß des Sowjetbürgers«, in *Osteuropa–Archiv* 1977. S. A258f.
406 ebda, S. A250ff.
407 ebda, S. A260f.
408 ebda, S. 255f.
409 Zdenek Hunacek, »Inlandspässe für Kolchosmitglieder? Ja, aber ›dialektisch‹«, in *Osteuropa* 1978, S. 250.
410 ebda, S. 251.
411 *Osteuropa* 1952, S. 119f.
412 *Verzeichnis der Städte und Gebiete der UdSSR, die für Ausländer gesperrt sind*, S. 6. Das Verzeichnis habe ich vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland in Bonn erhalten.
413 Werner Leitmüller, »Tourismus und Auslandsreisen im Sowjetleben«, in *Osteuropa* 1964, S. 81.
414 ebda, S. 84.
415 ebda, S. 85f.
416 ebda, S. 82.
417 *Der große Polyglott*. Moskau, Leningrad mit Kiew, Odessa und den Badeorten am Schwarzen Meer. München o.J., S. 16.
418 ebda.
419 *Grieben Reiseführer* Bd. 296, UdSSR-Reisen. München o. J., S. 83.

420 *Der große Polyglott*, aaO., S. 22.
421 Wilfried Nagel *Mit dem Auto nach Moskau*. Eine Testfahrt auf der Olympiaroute. Gerlingen 1979, S. 61.
422 ebda, S. 21.
423 ebda, S. 35f.
424 ebda, S. 37.
425 John Baron, aaO., S. 109f.
426 ebda, S. 111.
427 Paul Hollander, »Grenzen – ein integraler Teil des Sowjetsystems«, in *Osteuropa* 1969, S. 741.
428 ebda, S. 742.
429 ebda, S. 743.
430 ebda, S. 744.
431 ebda.
432 ebda, S. 745.
433 ebda, S. 743.
434 Robert M. Slusser, »Die Sonderstellung Belorusslands«, in *Osteuropa* 1964, S. 852.
435 ebda.
436 ebda, S. 859.
437 ebda, S. 863.
438 ebda, S. 857.
439 ebda, S. 859.
440 ebda, S. 854.
441 N.N. Baranski, *Die ökonomische Geographie der UdSSR*. Berlin–Ost 1954, S. 324.
442 Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Hauptabteilung I, Raumplanung: *Der Generalbezirk Weißruthenien*. Entwurf. Abgeschlossen am 20. Dezember 1941, S. 9ff.
443 *Die UdSSR*. Enzyklopädie der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. Hrsg. W. Fickenscher unter Mitwirkung von H. Becker, R. Rompe, W. Steinitz; A.M: Uhlmann. Leipzig 1959, S. 850.
444 *Die Union der*..., aaO., S. 691.
445 Eugen von Engelhardt, aaO., S. 320. Die Tabelle wurde aus drucktechnischen Gründen formal modifiziert.
446 N.N. Baranski, aaO., S. 324.
447 *Die Union der*..., aaO., S. 694.

448 *Sowjetunion*. Regionale ökonomische Geographie. Hrsg. V. V. Poksisevskij, S. 164.
449 ebda, S. 162.
450 ebda, S. 163 f.
451 ebda, S. 163.
452 *Die UdSSR*, aaO., S. 851.
453 Karin Schmid, »Brest – ›Bastion‹ im Kampf gegen ›Schädliche Einflüsse‹ aus dem Ausland«, in *Osteuropa–Archiv* 1958, S. A363 ff.
454 ebda, S. A366.
455 ebda, S. A368.
456 ebda, S. A365.
457 »Bessere Fachkräfte und mehr Verantwortung«, in *Osteuropa–Archiv* 1985, S. A669 ff.
458 ebda, S. A472.
459 ebda.
460 ebda, S. A470.
461 ebda, S. A471.
462 ebda, S. A472.
463 ebda.
464 *Beloruskaya SSR. Karotkaya entsyklopedyya.* Tom 1. Minsk 1978.
465 Die verschiedenen Schreibweisen von Marjina Gorka entstehen durch die unterschiedlichen Transkriptionen.
466 *Beloruskaya SSR...*, aaO., S. 392.
467 ebda, Karte vor S. 169.
468 *Entsiklopedicheskiy Clovar*. Bd. XIX. St. Petersburg 1896, nach S. 388.
469 *Ritters geographisch-statistisches Lexikon*. Leipzig 1906, 9. Auflage, 2. Band, S. 184.
470 *Karte West- und Innerrussland*. Große Ausgabe. Entworfen und gezeichnet von G. Freytag. VI. Auflage bearbeitet von Dr. K. Peucher.
471 *Vsesoyusnaya perepis naselenija 1926*. Band X, S. 214.
472 *Militärgeographische Angaben über das europäische Rußland*. Weißrußland. Textheft. Hrsg. vom Generalstab des Heeres, Abteilung für Kriegskarten und Vermessungswesen (VI. Mil. Geo.). Berlin 1941.

473 ebda, S. 139.

474 ebda, S. 148.

475 Reichskommissar für das Ostland. Abteilung II, Raum *Strukturbericht über das Ostland.* Teil 1 o. J.(1942), S. 154.

476 *Deutsche Heereskarte 1:300 000* Sonderausgabe 1942, überarbeitet II. 1943, Zusammendruck Wilna–Dawidgrodek T55/U53, herausgegeben vom OKH/Gen. St. d. H.

477 *Deutsche Heereskarte 1:300000*, Nachtrag VIII. 1943. Blatt Minsk U54, herausgegeben vom OKH/Gen. St. d. H.

478 Hermann Gackenholz, »Zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944«, in *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte.* 3. Jg. 1955, S. 325.

479 Felix Philipp Ingold, aaO., S. 866. Die Schreibweise von Michoels ist nicht immer einheitlich.

480 ebda.

E. Anmerkungen zu : Fragen

481 Ebbo Demant(Hrsg), *Auschwitz – ›Direkt von der Rampe weg...‹.* Kaduk, Erber, Klehr: *Drei Täter geben zu Protokoll.* Reinbek bei Hamburg, 1979, S. 32. Auch bei Simon Wiesenthal kann man die Fassungslosigkeit spüren über die Entdeckung, daß sowohl die jüdischen Zeitungen in Palästina als auch in den USA so gut wie nichts berichteten. Wiesenthal: »Wo war da, wenigstens in den jüdischen Zeitungen, ein Aufschrei, eine tägliche Mahnung?« In Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache.* Frankfurt/M.–Berlin 1988, S. 285.

482 »Weißrußland zum ökologischen Notstandsgebiet erklärt«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Juli 1990, S. 1.

483 »Sowjetunion schließt die Grenzen zu Polen« In *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. August 1990, S. 1.



Wolma
Mochowoje
Sawod Dsechan
Dsechan
Beresowka
Antonowka
Kalita
Kuleschowka
Pobratimowka
Krawtscha
Neshewka
Grebenka
Petrowitschi
Saretschje
Danilowka
Apitschak
Dworez
Dratschkowo
Griwa
Ljady
Sabolotje
Sapolje
Gudowitschi
Werchles
Korsung
Ssmilowitschi
Wolewatschi
Sharawkowitschi
Motorowo
Wyshary
Ssmogorowka
Dukorschtschina
Schestissnowy
Lissiza
Ssmolianka
Podlipki
Golembera
Starin
Molodnewo
Golozk
Gorodischtsche
Klinok
Charewitschi
Dukora
Kedunowo
Krugdoje
Konniza
Turez
Pereshir
Sasselje
Rasswet
Karawajewo
Rownopolje
Sasswjatoje
Rjabinowka
Blagodat
Wesselyj
Energija
Pobeda
Tscherwonaja Niwa
Krassnyi Pachar
Baski
Uslany
Malinniki
Olchowka
Ostrowy
Rudensk
Ostroff
Skobrowka
Woronitschi
Kuchorewka
Oseretschin
Budenowsk
Dubrowa
Malinowka
Oreenowka
Terebel
Kopeina
Nisowka
Stanislawowo
Zitwa
Beresowka
Bor
Russakowitschi
Krassnaja Gorka
Shelonoje
Skrylskaja Ssloboda
Ljuzino
Padwilje
Barowaja Ssloboda
Gorki
Nowyi Kutok
Wendeshskaja Ssloboda
Gorodok
Ljadzo
Nowosselki
Marina Gorka
Puchowitschi
Sazitowskaja Ssloboda
Borowaja
Nowpolje
Kowalewu
Ssorotschinowy
Michailoff
Isbischtsche
Medwedowka
Ssamin
Ssergejewitschi
Shabira
Barbarowo
Pristan
Krassnyi Ostroff
Kowalewitschi
Kamenka
Malinowka
Tscherwonnyi Klin
Woronowka
Leonowitschi
Kobylitschi
Lipsk
Sabolotje
Malinowka
Welen
Rshischtsche
Sady
Janka Kupala
Gorelez
Pestschanka
Starina
Sadoschtschenje
Lutschin
Ssentscha
Welikaja Dolia
Wilorsh
Ktetischin
Dubrowka
Spitschnik
Ossowo
Moschtschenowo
Salushje
Rowischak
Ljuschza
Kalenin
Tscherwonyi Tur
Sossin
Satische
Ivanitschi
Rudezkaja Ssloboda
Lushiza
Chotschino
Staryj Dwor
Krassnaja Niwa
Kriwopolje
Tschernograd
Staryje
Schabuni
Ssmolnja
Stepanowa
Belaja Lusha
Welikij Les
Sarubnoje
Krassnyi
Pekalin
Werchi
Schemetowo
Rotkowschtschina
Mostischtsche
Wodoboi
Lipowaja Koloda
Stanok
Pomeshnoje
Glebkowitschi
Ssleptischtsche
Dubniki
Bolschoi Trostenez
Golinowo
Jelniza
Ssinela
Serafinowo
Michanowitschi
Lechniza
Peski
Sabolotje
Dobrowo
Werbowo
Ostrowki
Gusowka
Dubrowa
Drazowka
Felizianowo
Ksawerowo
Borki
Chaspininki
Bardilowka
Saisserki
Tscherwonyj Bereg
Dubniki
Malinowka

